

Die Politische Meinung

GESCHICHTE

Was lehrt sie noch?

ZUM SCHWERPUNKT Norbert Lammert, Erinnern als Aufgabe; Horst Möller, Drohender Identitätsverlust?; Ursula von der Leyen, Tradition und Traditionspflege in der Bundeswehr; Lamya Kaddor, Was muslimische Jugendliche über deutsche Geschichte wissen sollten

INTERVIEW Felix Klein über das neue Amt des Antisemitismus-Beauftragten

KOMMENTIERT Axel Reitel, Über die Freiheit und ihre Abgründe im ehemaligen Geltungsgebiet der DDR

ERINNERT Herfried Münkler, Der Dreißigjährige Krieg und das kollektive Gedächtnis der Deutschen

”

Kann eine Nation Phasen oder Ereignisse der eigenen Geschichte verdrängen, wenn sie das nationale Selbstwertgefühl belasten? Sigmund Freud würde antworten: Krank wird, wer verdrängt; Friedrich Nietzsche jedoch: Gesund ist, wer vergisst.
Horst Möller, Historiker

Die Herausforderung des Populismus betrifft im Bereich der Wissenschaft vielleicht kein Fach so sehr wie die Geschichte.
Martin Schulze Wessel, Historiker

Nationalismus auf Kosten anderer sowie die Unfähigkeit, mit den dunklen Seiten der eigenen Geschichte umzugehen, schaffen eine Atmosphäre, in der es der jüdischen Bevölkerung weit schwerer fällt, beruhigt zu leben.
Deidre Berger, Direktorin des American Jewish Committee Berlin

Für junge Menschen insbesondere mit einem außereuropäischen Migrationshintergrund lassen sich die Geschehnisse der deutschen Geschichte allzu leicht als irrelevant für ihr eigenes historisches Empfinden abtun.
Lamya Kaddor, muslimische Religionspädagogin

Die besten Demokratieförderprogramme, die Witz hatten, ... hießen kurz gefasst „Prager Frühling“, Alexander Solschenizyn, Wolf Biermann, Bettina Wegner, „Solidarność“ und natürlich andere.
Axel Reitel, Journalist und Schriftsteller

Auch zum Vermeiden von Fettnäpfchen studieren wir Geschichte. Und das ist weit weniger banal, als es sich anhört.
Alexander Brakel, Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Jerusalem

“

Editorial

Bernd Löhmann, Chefredakteur

„Berlin würde sich am Ende Weimar nähern“, warnte der stets mit größter Bedachtsamkeit formulierende Hans Maier die im Asylstreit entzweite Union. Der Bruch ließ sich abwenden, doch beunruhigt, dass es überhaupt zu dieser Zuspitzung kommen konnte.

Eine Union „am Abgrund“ (Wolfgang Schäuble) ist Symptom einer Gegenwart, in der historisch-politische Selbstverständlichkeiten ins Wanken geraten. Die Mahnung mit Weimarer Verhältnissen wirkt zwar noch, aber sie hat offenbar an Schrecken verloren. Ermüdungsrisse zeigen auch die aus den Erfahrungen der Weltkriege und Diktaturen gegossenen Grundfesten der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union – Menschenrechte, Friede, Freiheit, Solidarität. Allzu mechanisch beschworen, werden sie inzwischen hämisch infrage gestellt. „Gutmenschen“ und „gute Europäer“ stehen bisweilen als Gestirge da; „Wutmenschen“ glauben sich im Besitz der Zukunft.

In allen europäischen Staaten treten Kräfte hervor, die beleben, was vermeintlich überwunden war: Ausgrenzung, Nationalismus und Verachtung der repräsentativen Demokratie. Skrupel schwinden, der Tabubruch – jüngstes Stichwort: „Vogelschiss“ – wandelt sich vom verräterischen Ausraster zum routinierten populistischen Instrument.

Allenthalben werden unverhohlenen Hassbotschaften geäußert und finden über das Internet enorme Verbreitung. Wieder betrifft es Juden in besonderer Weise. Josef Schuster, Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland, beklagt eine neue „Sichtbarkeit“ des Antisemitismus, angefacht nicht zuletzt durch Muslime, die von Hass auf Israel getrieben sind: Mobbing gegen jüdische Schüler, etliche judenfeindliche Übergriffe auf den Straßen ...

Das entschlossene „Nie wieder!“, das die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik begründet hat, erodiert. Zwar ist das 20. Jahrhundert längst zu Ende, doch darf deshalb die Imprägnierung gegenüber autoritären Sehnsüchten, die nach 1945 erreicht worden ist, schwinden?

Nicht wenige der hochbetagten Überlebenden aus den Konzentrationslagern äußern sich resigniert. Ihre Hoffnung, dass die Welt aus ihrer Erfahrung lerne, sehen sie enttäuscht. In einer Zeit, in der Selbstverständlichkeiten wanken, ist eines gewiss: An der aktiven Verbundenheit mit denen, die unsagbar gelitten haben, erweist sich damals wie heute das Gelingen der demokratischen Ordnung. Wie 1945 sind auch 2018 als Erstes die Unionsparteien in der Pflicht. „Klarheit schaffen und Orientierung geben“ (Hans Maier) – darin liegt ihre historische Leistung, vor allem aber ihr Auftrag.

Bernd Löhmann

INHALT

1 EDITORIAL

SCHWERPUNKT

Geschichte – was lehrt sie noch?

14 ERINNERN ALS AUFGABE

Norbert Lammert

Ein Plädoyer für die staatliche
Verantwortung

19 DROHENDER IDENTITÄTS- VERLUST?

Horst Möller

Entwicklung und Perspektiven
der deutschen Erinnerungskultur

31 INTERVIEW: KEINE VERLÄSSLICHE PROPHYLAXE

Deidre Berger, Direktorin des American
Jewish Committee (AJC) Berlin, über
die Erinnerungskultur des Holocaust
und Antisemitismus in Europa

37 TRAGISCH VERBUNDEN

Shlomo Avineri

Deutsche Erinnerung aus israelischer
Perspektive

42 NEUER ERLASS ALS KOMPASS

Ursula von der Leyen

Tradition und Traditionspflege in
der Bundeswehr

47 DIESES MAL IST ALLES ANDERS!

Alexander Brakel

Vom (begrenzten) Nutzen der Geschichte

52 INTERVIEW: „KEINE FEIGENBLATT- FUNKTION“

Felix Klein über das neue Amt des
Antisemitismus-Beauftragten

57 ANGRIFF AUF DIE GESCHICHTE

Martin Schulze Wessel

Populismus versus kritisches Geschichts-
bewusstsein

63 GEGEN OPFERKONKURRENZ

Lamya Kaddor

Was muslimische Jugendliche über die
deutsche Geschichte wissen sollten

70 „UNSERE“ GESCHICHTE

Ulrich Bongertmann

Geschichtsunterricht im Integrationsland
Deutschland

74 INTERVIEW: TRAUMA DER POLNISCHEN NATION

Zeithistoriker Włodzimierz Borodziej
über polnische Erinnerungskultur und
europäische Geschichte

84 UNSAGBARKEIT?

Michael Braun

Literatur in der Empörungsdemokratie

88 GESCHICHTE UND HEIMAT = HEIMATGESCHICHTE?

Guido Hitze

Pläne für ein „Haus der Geschichte
Nordrhein-Westfalen“

94 LERNENDE SYSTEME

Marie-Luise Recker

Reflexion über die deutsche Parlaments-
geschichte

99 DIE NÄCHSTE GROSSE DEBATTE?

Ulf Morgenstern

Über die neue Relevanz der deutschen
Kolonialgeschichte

Gelesen

27 SEIN LETZTES DICKSCHIFF

Jacqueline Boysen

Die Lebenserinnerungen von
Hans-Peter Schwarz

116 „MARKE BIBI“

Bastian Matteo Scianna

Benjamin Netanjahu im Lichte neuer
Biographien

Kommentiert

79 SCHALES REVOLUTIONSGLÜCK

Axel Reitel

Über die Freiheit und ihre Abgründe im
ehemaligen Geltungsgebiet der DDR

Erinnert

104 DER DREISSIGJÄHRIGE KRIEG

Herfried Münkler

Das kollektive Gedächtnis der Deutschen
und die jüngsten Kriege

110 DEUTSCHES ARMAGEDDON?

Hilmar Sack

Der Dreißigjährige Krieg und die
Deutschen im 19. Jahrhundert

Impulse

120 DIE ZUKUNFT DER WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION

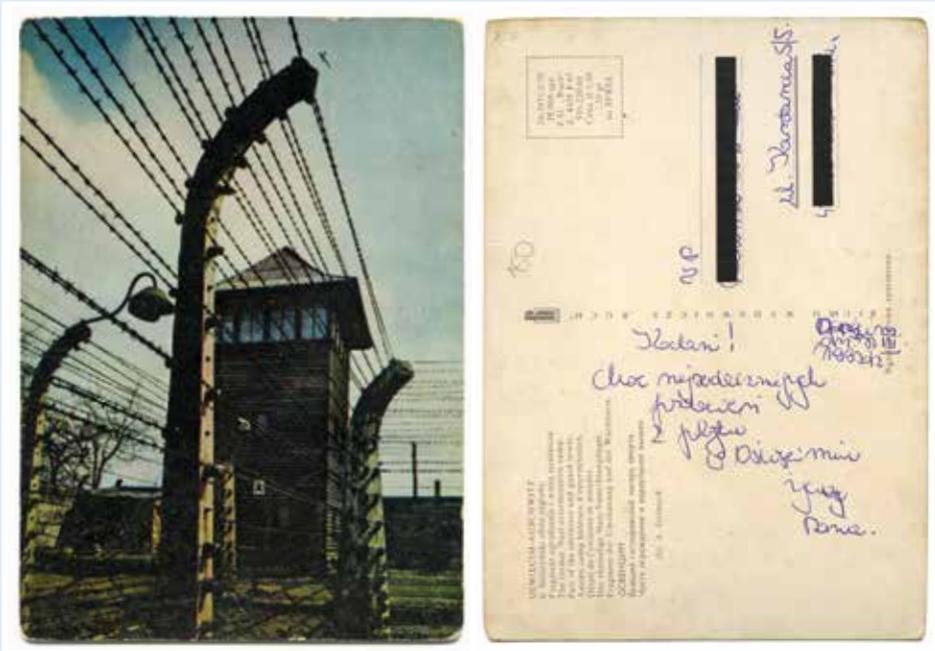
Christian Calliess

Bausteine eines Package Deals zur
Reform des Euroraums

Aus der Stiftung

124 NEUERSCHEINUNGEN UND PERSONALIA

126 FUNDSTÜCK



„Grüße aus Auschwitz“

**Die verstörende Postkartensammlung des polnischen Künstlers
Paweł Szypulski**

Auschwitz, auf polnischem Territorium gelegen, markiert den Tiefpunkt der deutschen Geschichte und ist das Symbol unserer historischen Erinnerung schlechthin. Es war das größte nationalsozialistische Konzentrations- und Vernichtungslager. Hier ermordete die SS über eine Million Menschen, neunzig Prozent waren Juden.

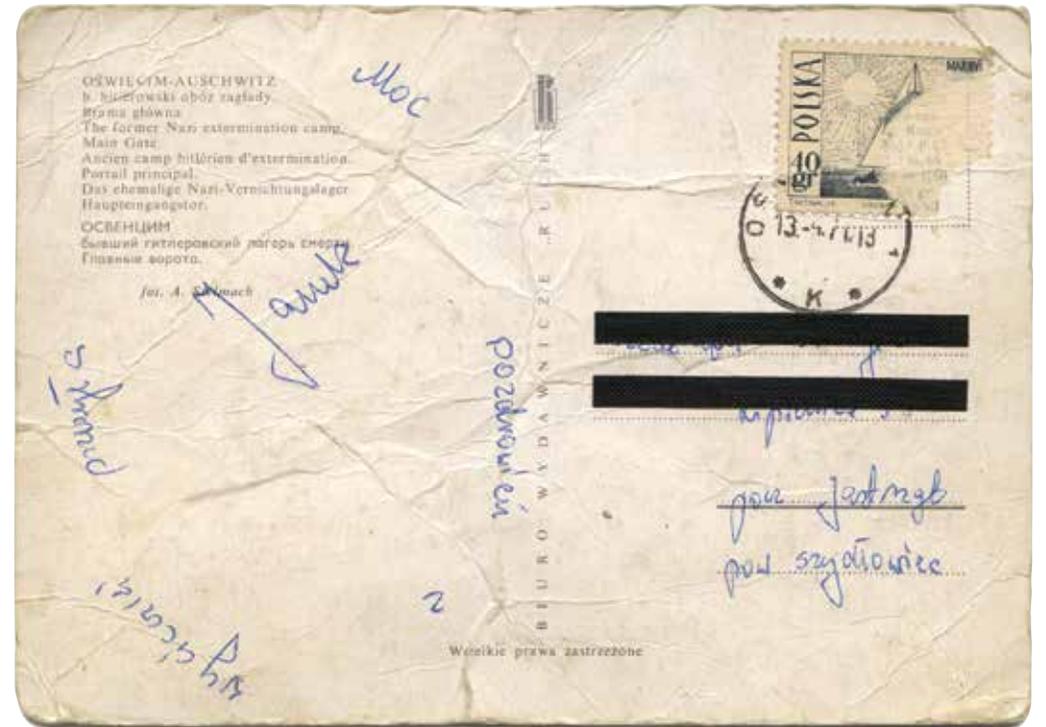
Paweł Szypulski sammelt historische Ansichtskarten – die älteste entstand 1947, also nur zwei Jahre nach der Befreiung des Lagers –, die die Stätten des Grauens zeigen. Einst wurden die Karten von Touristen, die das Lager besuchten, an Familienangehörige, Nachbarn und Freunde verschickt – ohne dass die übermittelten Grüße und Wünsche etwas von dem Schrecken des Ortes erkennen ließen:
„Alles ist bestens, ich vermisse nur Dich und die Sonne.“

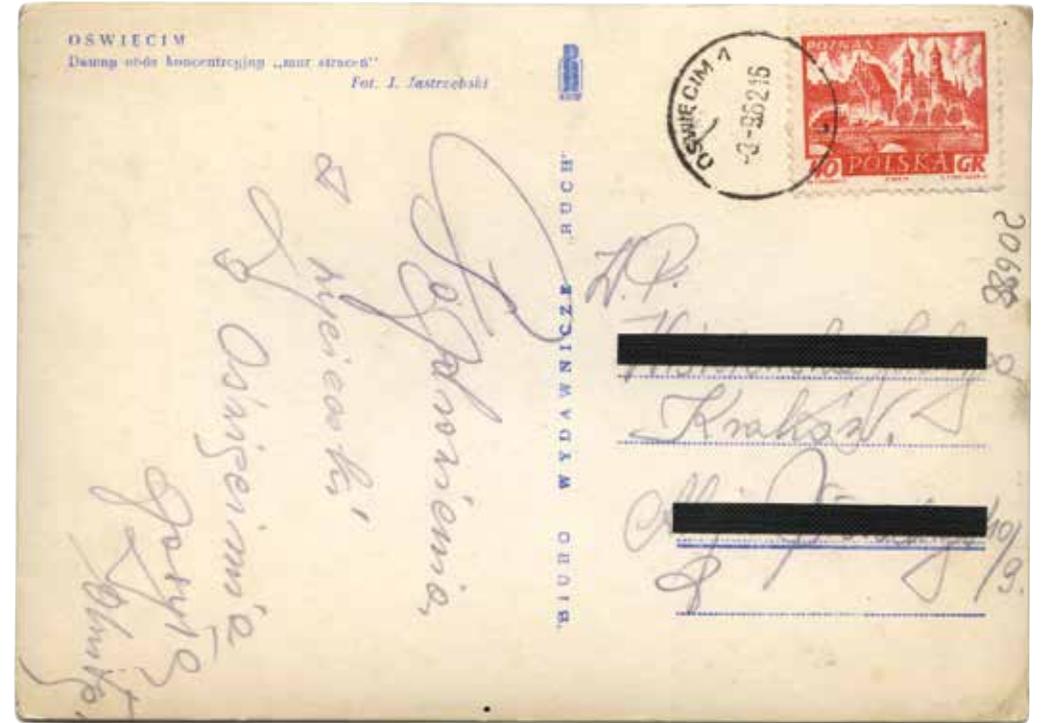
Die Postkarten dokumentieren den Unwillen oder das Unvermögen, die allzu monströse Erinnerung bis in die eigene Lebenswirklichkeit hinein zuzulassen. Zwar sind die Karten historisch, aber die Frage, die sie aufwerfen, bleibt höchst aktuell: „Was hat das mit mir zu tun?“

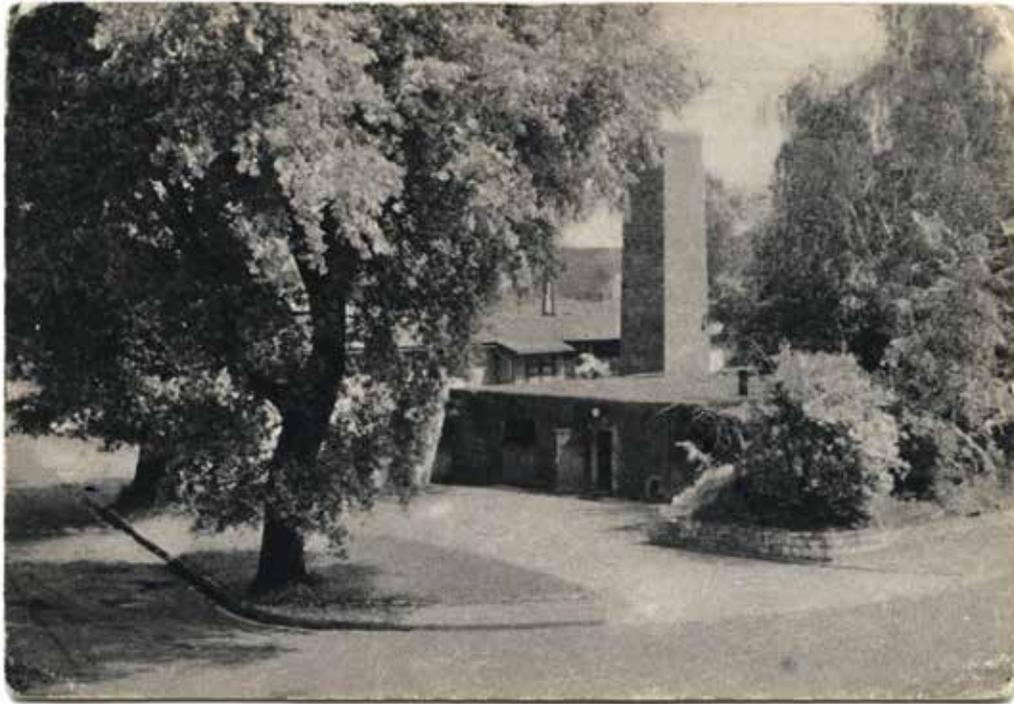
Fotos: © Paweł Szypulski,
„Greetings from Auschwitz“, Edition Patrick Frey, 2015

Geschichte

Was lehrt sie noch?







OSWIECIM AUSCHWITZ OCREHIBIM
 Krematorium I czynne w latach 1940-1943.
 Spalono w nim około 70 tysięcy osób.
 Crematorium I active in the years 1940-1943.
 About 70 thousand people were cremated there.
 Crématoire I fonctionnant entre 1940-1943.
 70 mille hommes environ y furent brûlés.
 Krematorium I, während der Jahre 1940-1943 in Betrieb. In diesem Krematorium wurden etwa 70 tausend Menschen verbrannt.
 Крематорий I, работающий в период 1940-1943. В нем было сожжено ок. 70 тыс. людей.

Růžena, Vlastislav, Pavel.

OKŁADNY ADRES
 PRZYSPIESZA DORECZNI
 LISTU

KRAKÓW
 12 4 65-8

1900 ROBERTAŁA
 40 GR. POLSKA

WYDAWNICTWO PAŃSTWOWEGO MUZEUM W OSWIECIMIU

*Mnoho srdečnýel
 pozdravů a vzpo-
 minek ze zájezdu
 do Polska - Osvé-
 timi a Krakova
 zaslala Tobě i
 rodině Vladimira*

Vážení paní
 [redacted]
 Československo
 Ostrava - Max. Hory
 [redacted]

41465.

Fot. mgr Jerzy Frankiewicz

Erinnern als Aufgabe

Ein Plädoyer für die staatliche Verantwortung

NORBERT LAMMERT

Geboren 1948 in Bochum, Sozialwissenschaftler, 1998 bis 2002 kultur- und medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 2005 bis 2017 Präsident des Deutschen Bundestages, seit 2018 Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Jedenfalls mit Blick auf die Vergangenheit könnte die Politik es sich leicht machen und dem englischen Historiker Eric Hobsbawm folgen. Für ihn hat Geschichte in Politikerhand nichts zu suchen. „Die beste Form der Vergangenheitsbewältigung“ sei, „die Vergangenheit hinter sich und die Geschichtsschreibung ganz den Historikern zu überlassen.“

Diese prägnante Bemerkung bestätigt zwar die Hobsbawm nachgesagte Freude an einer auffälligen Pointe. Sie unterschätzt aber die fundamentale Bedeutung von Vergangenheitsbezügen nicht nur im Allgemeinen, sondern insbesondere für die Konstituierung und Legitimierung politischer Ordnungen. Staatliches Handeln vollzieht sich ausnahmslos in historischen Kontexten. Auch die Wahrnehmung staatlichen Handelns vollzieht sich zwar nicht immer, aber doch vergleichsweise häufig in historischen Kontexten – was für eine sorgfältige, sehr differenzierte Behandlung dieses Themas spricht, besonders aus deutscher Perspektive.

Die Gegenwart ist nicht nur, aber doch wesentlich das Produkt der Vergangenheit, und die Zukunft ist nur schwer zu bewältigen ohne Bewusstsein für das, was früher war. Die Identität eines Menschen wird wesentlich durch dessen Herkunft bestimmt. Für die Identität von Völkern und Nationen gilt das in ähnlicher Weise. Aus der Art, wie sich eine Gesellschaft und ein Staat zur eigenen Geschichte verhalten, lassen sich durchaus Rückschlüsse auf das jeweilige Selbstverständnis ziehen – und wenn das für eine Nation ganz sicher gilt, dann für unsere. Dass dies für uns Deutsche in der Wahrnehmung unserer Nachbarn ein geradezu prägender Aspekt des Verhältnisses ist, wurde hinreichend häufig und zu Recht beschrieben.

Nach meinem Kulturverständnis ist der Staat nicht für Kunst zuständig, wohl aber für die Bedingungen, unter denen sie stattfindet. Welche Bücher geschrieben, welche Theaterstücke inszeniert, welche Bilder gemalt werden, geht den Staat nichts an. Er muss aber ermöglichen, dass die Kreativität der Künste sich entfalten kann, wenn er ein Kulturstaat sein will. Nach diesem Verständnis ergibt sich ausdrücklich keine inhaltliche Kompetenz des Staates für Kunst und Kultur. Lediglich für einen einzigen Bereich der Kulturpolitik reklamiere ich sie dagegen ausdrücklich: die sogenannte „Erinnerungskultur“! Insofern reden wir, wenn wir über Erinnerung im Allgemeinen und Erinnerungskultur im Besonderen sprechen, immer auch über staatliche Verantwortung.

Der Staat kann und darf sich aus dem gesellschaftlichen Nachdenken, Entwickeln und Weiterentwickeln des eigenen Selbstverständnisses nicht heraushalten. Er muss sich zur eigenen Geschichte verhalten. In der Art, wie er das tut oder verweigert, prägt er die Erinnerungskultur der Gesellschaft.

ANFANG UND ENDE DER GESCHICHTE

Seit geraumer Zeit sind sowohl ein vermeintlich neues Interesse an Geschichte zu beobachten als auch regelmäßige Klagen über einen erschreckenden Mangel an historischen Kenntnissen zu vernehmen. Für beides gibt es Belege. Wir haben in Deutschland eine bemerkenswerte Zahl von teils sehr aktiven Geschichtswerkstätten. Autobiographische Bücher sind mit bemerkenswerter Regelmäßigkeit auf Bestsellerlisten zu finden. Historische Ausstellungen haben eine beachtliche Konjunktur und oft auffallend überdurchschnittliche Zuschauerzahlen. In Filmen werden historische Stoffe wiederentdeckt. Im Fernsehen gibt es für erzählende Dokumentationen historischer Ereignisse den Begriff des „Histotainment“.

Doch ich zögere, wenn ich von einem vermeintlich neuen Interesse an der Geschichte lese. Ich habe den Eindruck, dass die Wahrnehmung dieses Interesses vielleicht neuer ist als das Interesse selbst. Ich bin nicht sicher, dass es ein nachhaltiges Interesse ist; dass es über die offenkundig ausgeprägte

spontane Neigung, sich mit historischen Sachverhalten zu beschäftigen, hinaus ein nachhaltiges Auf- und Einarbeiten historischer Wahrnehmungen in aktuelle Lebensbezüge diesseits und jenseits der Politik gibt. Denn so richtig der Hinweis auf Literatur und Ausstellungen, Filme und andere einschlägige Darstellungsformen ist, so einschlägig sind leider auch die Untersuchungen, die das historische Wissen beziehungsweise Nichtwissen nachwachsender Schülergenerationen belegen.

Die jüngere deutsche Geschichte erzeugt häufig eher ein Bedürfnis nach Distanz gegenüber dem eigenen Land und der eigenen Geschichte als einen spontanen Wunsch nach Identifikation. Dafür wird man mit Blick auf den besonderen Verlauf der deutschen Geschichte zumindest Verständnis aufbringen müssen. Jedenfalls erklärt es ein wenig den in den meisten unserer Nachbarländer sehr viel unkomplizierteren Bezug der Bürger zur eigenen Geschichte im Vergleich zu Deutschland. Vielleicht hat dieses Bedürfnis nach Distanz aber auch mit der verständlichen und dennoch unzulässigen Verkürzung der Wahrnehmung deutscher Geschichte zu tun. Sie hat weder 1933 begonnen, noch war sie 1945 zu Ende. Und auch die heimliche oder besser unheimliche Variante der umgekehrten Verkürzung führt zum gleichen Befund: Die deutsche Geschichte hat nicht 1945 erst begonnen, nachdem sie 1933 vermeintlich zu Ende gegangen war. Wir befinden uns immer in der Kontinuität einer Geschichte, die nicht nur viel komplizierter ist als manch andere, sondern auch länger, vielfältiger und vielseitiger, als sie in der Regel wahrgenommen wird.

„RÜCKSICHTSLOSE“ GESCHICHTSAUFARBEITUNG

Nun ist es eine banale, wenig zielführende Bemerkung, dass Geschichte sich nie wiederholt und die Befassung mit historischen Ereignissen nur als eine Orientierung für die Bewältigung aktueller und künftiger Herausforderungen taugt. Nach meinem persönlichen Urteil widerlegt die Nachkriegsgeschichte Deutschlands allerdings eindrucksvoll die weitverbreitete Vermutung, dass sich aus der Geschichte einzig lernen lasse, dass sich nichts aus ihr lernen lasse. Wenn es ein Land gibt, für das dies weder objektiv noch im Selbstverständnis zutrifft, dann ist das wiederum Deutschland. Die bald siebzigjährige Geschichte der Bundesrepublik ist ein bemerkenswerter, jahrzehntelanger Lernprozess im Umgang mit der eigenen Geschichte und ihrer Aufarbeitung. Aber dass es nicht nur in Europa kein zweites Land gibt, das so viel Grund hat wie wir, sich mit der eigenen Geschichte auseinanderzusetzen, sondern dass es tatsächlich auch kein zweites Land gibt, das sich so gründlich wie wir dieser eigenen Einsicht gestellt und unterzogen hat, gehört zu den ermutigenden Erfahrungen und schlägt sich längst auch in der Wahrnehmung Deutschlands

durch unsere Nachbarn nieder. Dass unser Land überhaupt wieder gleichberechtigt in die europäische Völkerfamilie aufgenommen wurde, ist ohne unsere konsequente, gründliche und im Wortsinn rücksichtslose Befassung mit der eigenen Geschichte nicht erklärbar.

WAS IST ERINNERUNGSKULTUR?

Es gehört zu den besonders delikaten Aufgaben sowohl für Historiker als auch für staatliche Institutionen, in ihrem jeweiligen Umgang mit historischen Entwicklungen und Ereignissen weder die Handschriften zu übersehen, die Persönlichkeiten für diese Entwicklungen und Ereignisse beigetragen haben, noch die großen geschichtlichen Linien hinter solchen Köpfen verschwinden zu lassen. Denn Geschichte ist immer beides: Sie lässt sich weder von den handelnden Personen lösen, noch lässt sie sich allein durch die jeweils Handelnden hinreichend erklären.

Seit dem Tode Helmut Kohls wird viel darüber nachgedacht und geschrieben, ob denn der Prozess der Wiedervereinigung ohne seine besondere Persönlichkeit so stattgefunden hätte. Beachtlich ist, dass es in den bald dreißig Jahren nach diesen Ereignissen eine inzwischen weitverbreitete Vermutung gibt, dass sich der Ablauf der Ereignisse ohne seinen persönlichen Beitrag nur schwer vorstellen lässt. So, wie – ohne dass ich dieses Beispiel überstrapazieren möchte – die Gründung des deutschen Nationalstaates ohne den persönlichen Beitrag Otto von Bismarcks kaum nachvollziehbar erscheint, hätte auch Helmut Kohl die deutsche Einheit nicht wiederherstellen können, wenn es nicht die Bürgerrechtsbewegung in der DDR und anderen mitteleuropäischen Staaten gegeben hätte und den Fall der Berliner Mauer in der Amtszeit von George H. W. Bush und Michail Gorbatschow als Staatschefs der damaligen Supermächte. Beide Beispiele illustrieren den Zusammenhang von Ereignissen und Personen, die in solchen Situationen an einflussreichen Positionen sind und mit glücklicher oder unglücklicher Hand Einfluss auf die Entwicklungen nehmen.

Zu den herausragenden Ereignissen der jüngeren deutschen Geschichte gehört für mich auch der 17. Juni 1953. Fast jeder, der mit diesem Ereignis einen konkreten Namen verbinden sollte, hätte erhebliche Schwierigkeiten. Vereinfacht kann man sagen, dass es den 9. November 1989 ohne den 17. Juni 1953 nicht gegeben hätte – und wohl auch nicht den Ungarnaufstand, den Prager Frühling und die Solidarność-Bewegung in Polen in dieser Serie von zunächst gescheiterten Aufständen. Freiheitskämpfe verdienen nicht erst dann Respekt, wenn sie erfolgreich gewesen sind, sondern schon dann, wenn sie stattfinden. Gerade deswegen ist Erinnerungskultur mehr als die Erinnerung an herausragende Persönlichkeiten – oder umgekehrt: Eine der wichtigsten Aufgaben der Erinnerungskultur ist es, an Persönlichkeiten

zu erinnern, an die sich niemand mehr erinnert, ohne die es diejenigen, an die wir uns erinnern, aber sicher ebenso nicht gegeben hätte.

Wie verhalten wir uns zur eigenen Geschichte? Wie identifizieren wir die Markierungspunkte, die erklären helfen, warum dieses Land heute so ist, wie es ist? Was ist uns davon wichtig?

Es gibt eine wenn auch vergleichsweise übersichtliche, aber dennoch eindrucksvolle deutsche Freiheits- und Demokratiegeschichte, die übrigens nicht erst in den 1980er-Jahren begonnen hat. Vielmehr lässt sie sich spätestens in dem Einfluss der Französischen Revolution auf damals ganz unterschiedlich verfasste kleinere deutsche Territorialstaaten in ihren Anfängen finden und nachzeichnen, die über das Wartburgfest und das Hambacher Fest in die Frankfurter Paulskirche geführt haben, als gescheiterter Anlauf zur Etablierung einer demokratischen Ordnung in einem deutschen Nationalstaat. Der Versuch, Demokratie und Nationalstaat gleichzeitig zu realisieren, war offensichtlich zu ehrgeizig. Aber jeder, der nicht ganz zu Unrecht diesen Anlauf als Beispiel für ein Scheitern erklärt, übersieht, dass es unser heutiges Grundgesetz ohne die Frankfurter Paulskirchenverfassung so nicht gäbe.

WAS UND WIEVIEL ERINNERN?

Solche Zusammenhänge zu verdeutlichen, ist die Aufgabe von Historikern. Vor allem aber ist die Erinnerung daran unverzichtbarer Bestandteil des Selbstverständnisses unseres Landes. Sie muss deswegen auch als staatliche Aufgabe begriffen werden.

Wieviel Erinnerung braucht Demokratie? Braucht sie mehr Bewusstsein ihrer historischen und kulturellen Voraussetzungen als andere politische Systeme? Die Demokratie bedarf tatsächlich mehr als andere Staatsformen der ständigen Selbstvergewisserung, weil sie andere Stützen der Stabilität, über die autoritäre Systeme reichlich verfügen, nicht nur nicht im Repertoire führt, sondern ausdrücklich daraus verbannt hat.

Kann es auch ein Zuviel an Erinnerung geben? Sicher gibt es das Risiko der Vergangenheitsfixierung, der Realitätsflucht. Auch dafür gibt es Beispiele. Das Risiko aber, unter Berücksichtigung der tatsächlich stattfindenden Entwicklungen, Neigungen und Reflexe zu wenig in die Befassung mit der eigenen Geschichte und ihrer Lebendigkeit im öffentlichen Bewusstsein zu investieren, ist ungleich größer. Denn der Preis der Geschichtsvergessenheit, des Verlustes von Erinnerung oder des Verdrängens, ist Kopfllosigkeit. Eine Gesellschaft, die sich nicht erinnern will oder kann, ein Staat, der so tut, als habe er mit seiner eigenen Vergangenheit nichts zu tun, enthauptet sich gewissermaßen selbst, weil er sich der Mittel beraubt, die er zur eigenen Selbstvergewisserung braucht.

Drohender Identitätsverlust?

—
Entwicklung und Perspektiven der deutschen Erinnerungskultur

HORST MÖLLER

Geboren 1943 in Breslau, 1992 bis 2011 Direktor des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin, 1996 bis 2011 Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Kultur ohne Geschichte ist theoretisch undenkbar und praktisch unmöglich; selbst eine Revolution setzt sich ständig mit der Vergangenheit auseinander; ob man sich der Geschichte bewusst ist oder nicht, wirkt sie doch auf Gegenwart und Zukunft. Ohne historische Erinnerung gibt es keine nationale Identität. Allerdings ist es ein wesentlicher Unterschied,

ob eine Gesellschaft aus der Tradition lebt, ihre Wertorientierung aus der Herkunft und dem „alten Recht“ definiert oder sich an dem seit der Aufklärung und der Französischen Revolution dezidiert vertretenen Zukunftspathos orientiert.

Nach den Exzessen des 20. Jahrhunderts, dem Ersten Weltkrieg mit mehr als zehn Millionen Toten und dem Zweiten Weltkrieg mit mehr als 55 Millionen Toten, die sowohl im Namen zukunftsorientierter Missionsideen als auch nationaler Imperialismen geopfert wurden, konnte die nationale Erinnerung in Europa nicht mehr bleiben, was sie vorher war: die Beschwörung einer positiven nationalen Identität.

Entscheidend für die Erinnerungskultur ist nicht, *ob* sich eine Gesellschaft ihrer Geschichte stellen will, sondern *wie* sie es tut. Kann eine Nation Phasen oder Ereignisse der eigenen Geschichte verdrängen, wenn sie das nationale Selbstwertgefühl belasten? Sigmund Freud würde antworten: Krank wird, wer verdrängt; Friedrich Nietzsche jedoch: Gesund ist, wer vergisst. Zwischen diesen beiden Polen oszilliert der Umgang mit der Vergangenheit. Ohne zu zögern, vertrat Thomas Jefferson am Ende des 18. Jahrhunderts die Meinung: Die Toten haben kein Recht gegen die Lebenden. Aber darf eine Nation wirklich die Opfer vergessen, die sie in früheren Epochen ihrer Geschichte verursacht hat? Sie darf es nicht!

Doch geht es dabei keineswegs um die selbstverständliche Aufgabe der Historiker, die Vergangenheit zu erforschen, sondern um die Folgen solcher Ignoranz oder Verdrängung in der Gegenwart. Die Verantwortlichkeit der Nachlebenden hat nichts mit einer rückwärtsbezogenen oder aktuellen „Kollektivschuld“ zu tun. Sie gibt es nicht, und sie zu behaupten, ist schon deshalb fatal, weil „Kollektivschuld“ die tatsächlich Verantwortlichen exkulpieren würde. Und alle Erfahrung zeigt, dass eine dauerhafte Verdrängung ohnehin nicht gelingt. Doch damit sind wir bei einem weiteren Problem: Geschichte ist nicht einfach gegeben, sondern wird durch die Gegenwart, also eine spätere Rezeption, vermittelt und aktualisiert. „Erst im Gedächtnis formt sich die Wirklichkeit“, schrieb Marcel Proust.

FORMEN DES ERINNERNS UNTERSCHIEDEN SICH

Die Erinnerungskultur wandelt sich also und entwickelt sich trotz der Europäisierung national unterschiedlich: Selbst in Bezug auf gemeinsame Erinnerungsorte können Nationen eine verschiedene, ja gegensätzliche Erinnerung verbinden. Regelmäßig aber verblassen Erinnerungen, wenn sie nicht durch mediale, politische, museale oder wissenschaftliche Aktualisierung wiederbelebt werden. Schließlich ist die Erinnerung generationsspezifisch, die individuelle Erinnerung ist außerdem selektiv.

Nicht allein die Formen des Erinnerns unterscheiden sich, sondern ebenso die sich verändernden und überlagernden nationalen Identitäten. Sie sind epochen- und kontextspezifisch. Sie bilden sich überdies im Gegen- und Miteinander zu anderen Nationen, sind generations- und sozialspezifisch, jedenfalls weder homogen noch unveränderlich.

Wie entwickelte sich und wohin geht die Erinnerungskultur in Deutschland, worin unterscheidet sie sich von der anderer Staaten? Ohne jeden Zweifel überlagerte die Katastrophe des Zweiten Weltkriegs sowie der nationalsozialistischen Diktatur mit ihren millionenfachen Massenverbrechen gegen die Nachbarvölker und die europäischen Juden alle anderen historischen Themen: Die innerhalb nur weniger Jahre erfolgende Wiederbegrün-

dung einer rechtsstaatlichen, parlamentarischen Demokratie in Westdeutschland nach zwölfjähriger Diktatur und mehrjähriger Besatzungsherrschaft wäre ohne eine radikale Abkehr von der nationalsozialistischen Vergangenheit und eine Auseinandersetzung damit ausgeschlossen gewesen. Insofern war und bleibt für die Erinnerungskultur in der Bundesrepublik die spezifische Prägung durch die Diktaturerfahrung wesentlich.

FUNDAMENTALER DEMOKRATISIERUNGSPROZESS

Gegen diese Bewertung wird regelmäßig eingewendet, die Auseinandersetzung habe zu spät begonnen, sei halbherzig gewesen, zahlreiche durch ihre Mitgliedschaft in der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) oder anderen NS-spezifischen Organisationen belastete Beamte seien im Dienst geblieben oder wieder eingestellt worden, und der ideologische Einfluss sei in der frühen Bundesrepublik noch spürbar gewesen. Tatsächlich trifft die kritische Einschätzung der Erinnerungsarbeit der Nachkriegszeit nur begrenzt zu. Sie geht in der Regel von Einzelfällen aus oder von einer fragwürdigen Reduktion der Belastung auf die bloße Parteimitgliedschaft. Doch bleibt diese Einschätzung oberflächlich: Da es am Ende der NS-Diktatur etwa 8,5 Millionen Parteigenossen gab, verschwand diese Personengruppe nach 1945 nicht schlagartig, weil die NSDAP verboten wurde. Die aufgrund unseres historischen Urteils kritikwürdige formelle Mitgliedschaft in der NSDAP bedeutet nicht zwangsläufig juristisch strafwürdiges Verhalten. Opportunistisches Verhalten oder politischer Irrtum bedeuten nicht automatisch verbrecherisches Handeln, bedeuten nicht zwangsläufig, dass andere Personen zu Schaden kamen. Jedenfalls konnte sich, um Bert Brecht zu variieren, die Regierung kein neues Volk aussuchen.

Die interessantere Frage aber lautet: Wie ist es angesichts der Tatsache zahlreicher NS-Belasteter, auch unter den Beamten, möglich gewesen, innerhalb weniger Jahre so schnell einen stabilen Rechtsstaat und eine stabile Demokratie zu begründen? Offenkundig ist: Dieser fundamentale Demokratisierungsprozess der zweiten Hälfte der 1940er- und der frühen 1950er-Jahre besitzt in der bundesdeutschen Erinnerungskultur längst nicht den Rang, den er verdient.

Und wie verhält es sich mit der Kritik, die Auseinandersetzung sei zu spät und zu halbherzig und erst seit den „1968ern“ in Gang gekommen? Letzteres ist eine selbstgestrickte Legende, die nicht deshalb wahrer wird, weil sie in Öffentlichkeit und Politik ständig wiederholt wird. Kritisierbar ist durchaus, dass es nicht wenige tatsächlich NS-Belastete gibt, die entkommen sind, zu spät entdeckt oder angeklagt wurden oder mit (nicht nur in den Augen von Nicht-Juristen) lächerlich geringen Strafen davonkamen. Sind sie repräsenta-

tiv für das Gesamtbild? Keineswegs, allerdings prägen sie nachhaltig die Erinnerungskultur. Die Gesellschaft konnte in dieser Hinsicht nicht homogen sein. Und folglich begegnet in ihr neben der selbstkritischen Auseinandersetzung zugleich das von Hermann Lübke so genannte „Beschweigen“, das er als unvermeidlich für eine Re-Integration in die sich entwickelnde demokratische Gesellschaft ansah.

Stimmt die Erinnerungskultur mit der tatsächlichen historischen Entwicklung der sogenannten Vergangenheitsbewältigung – oder, wie man heute sagt, der „Aufarbeitung“ – überein? Tatsächlich setzte sie nicht erst spät, sondern schon früh – 1945/46 – ein, blieb aber für Jahrzehnte durch Aktualitätsschübe charakterisiert. Mit anderen Worten: Phasen intensiver und weniger intensiver oder gar lascher Auseinandersetzung lösten sich ab, wofür jeweils Gründe erkennbar sind. Aber nicht nur die zeitlichen Schübe müssen unterschieden werden, sondern auch die systematischen Felder: *erstens* politische Fundamentalentscheidungen 1945 beziehungsweise 1949 und in den Folgejahren; *zweitens* der öffentliche Diskurs über Ursachen, Wirkungen und Ideologie des Nationalsozialismus; *drittens* juristische Ahndung; *viertens* finanzielle Entschädigung von Opfern.

Die Bundesrepublik wurde seit 1949 zu einer rechtsstaatlichen parlamentarischen Demokratie, also dem Gegenteil der NS-Diktatur. Sie hat in nahezu siebzig Jahren jeglichen Extremismus erfolgreich bekämpft und zählt trotz mancher „Schönheitsfehler“ zu den stabilsten Demokratien Europas und der Welt.

KRITISCHE AUSEINANDERSETZUNG MIT DEM NATIONALSOZIALISMUS

Wie verhält es sich mit dem zweiten Sektor, dem öffentlichen Diskurs? Anders, als die oft bemühte Verdrängungsthese behauptet, setzte diese Debatte bald nach Kriegsende ein. Dabei muss berücksichtigt werden, dass die Masse der deutschen Bevölkerung nach 1945 mit der Bewältigung der existenziellen und alltäglichen Probleme beschäftigt war. Im Übrigen sind Diskurse dieser Art stets auf die „schreibende Zunft“ beschränkt, obgleich sie auch öffentlich rezipiert werden, wie man beispielsweise an Auflagenhöhen von Zeitschriften und Büchern, aber auch an demoskopischen Befunden ablesen kann.

Schon 1946 erschienen der Essay *Die Schuldfrage* des vom NS-Regime entlassenen Philosophen Karl Jaspers sowie das Buch *Der SS-Staat* von Eugen Kogon, das zwischen 1946 und 1974 eine Auflage von 350.000 Exemplaren erlebte. Ebenfalls im Jahr 1946 veröffentlichten der liberale Historiker Friedrich Meinecke sein Buch *Die deutsche Katastrophe* und der Kommunist Alexander Abusch, der spätere Kulturminister der DDR, *Irrweg einer Nation*. Der konservative Historiker Gerhard Ritter, der selbst dem Widerstand um den

Goerdeler-Kreis nahestand, forderte eine „Revision des deutschen Geschichtsbildes“, der Journalist Ernst Müller-Meinigen jr. eine „Lösung des Nazi-problems“ und veröffentlichte sein Buch *Die Parteigenossen*.

Dies sind nur wenige von vielen Hundert Titeln zur kritischen Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit. Hinzu kamen zahlreiche, ebenfalls in den ersten Nachkriegsjahren gegründete kulturpolitische Zeitschriften, die sich auf das gleiche Problem konzentrierten. Dutzende blieben zwar kurzlebig, etwa 25 erschienen jedoch über längere Zeiträume, zum Teil bis heute. Die bekanntesten Zeitschriften sind *Die Wandlung*, herausgegeben von Karl Jaspers und Dolf Sternberger, die *Frankfurter Hefte*, herausgegeben von Walter Dirks und Eugen Kogon, die *Deutsche Rundschau* von Rudolf Pechel, *Die Sammlung* von Otto Friedrich Bollnow, Wilhelm Flitner und Hermann Nohl, *Der Ruf*, herausgegeben von Alfred Andersch, später gemeinsam mit Hans Werner Richter, und *Die Gegenwart*, herausgegeben unter anderem von Benno Reifenberg.

Sie alle setzten sich mit dem Nationalismus in Deutschland, mit der NS-Diktatur, seiner Ideologie und seinen Verbrechen auseinander und forderten eine neue Wertorientierung der Gesellschaft und eine neue politische Ethik. Walther Hofers Dokumentation *Der Nationalsozialismus* aus den 1950er-Jahren brachte es bis zur Wiedervereinigung 1990 auf 1,1 Millionen verkaufte Exemplare, *Das Tagebuch der Anne Frank* erreichte schon bis 1981 54 Auflagen mit 1,79 Millionen Exemplaren.

Eine Bibliographie aller Essays, literarischen und wissenschaftlichen Werke, Dokumentationen, Zeitungsartikel, Rundfunk- und später Fernsehsendungen während des vierzigjährigen Bestehens der „alten“ Bundesrepublik würde mehrere dicke Bände füllen. Das von der Bundeszentrale für politische Bildung 1987 herausgegebene Handbuch *Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus* umfasst in seiner zweiten, ergänzten Auflage von 1995 allein für die „alte“ Bundesrepublik 1.830 Seiten.

IGNORANZ UND UNWILLEN, FAKTEN ZUR KENNNTNIS ZU NEHMEN

1948/49 gründeten Bayern und Hessen in Verbindung mit mehreren Ländern in München das „Institut zur Erforschung der nationalsozialistischen Zeit“ (später umbenannt in Institut für Zeitgeschichte). Schon in der ersten Ausgabe der *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* wurde 1953 Kurt Gersteins Bericht über Massenerschießungen von Juden veröffentlicht. Diese Beispiele intensiver Berichterstattung ließen sich fortführen, und sie zeigen: Die ständige Behauptung, in der Bundesrepublik sei die NS-Vergangenheit „verdrängt“ worden, belegt die Ignoranz und den Unwillen, Fakten zur Kenntnis zu nehmen. Man könnte aber auch fragen: Welches politische Interesse liegt dieser Igno-

ranz zugrunde? Warum prägt sie in erheblichem Maße die Erinnerungskultur in der Bundesrepublik? Warum wird diesen Behauptungen nicht widersprochen?

Natürlich gab es nicht zu jeder Zeit eine vergleichbar starke Diskussion über die NS-Vergangenheit, obwohl die Forschung sich immer stärker intensiviert. Hier wie im dritten zentralen Bereich, der justiziellen Auseinandersetzung, gab es zweifellos Lücken und Versäumnisse, und doch zählt das Gesamtbild. Es wird verzerrt, wenn immer nur diejenigen genannt werden, die zu spät oder gar nicht zur Rechenschaft gezogen wurden – tatsächlich machen sie nur einen Bruchteil der Fälle aus.

Das Institut für Zeitgeschichte München-Berlin hat zwischen 1997 und 2009 auf der Basis sämtlicher deutscher Ermittlungsakten eine Datenbank erstellt, deren Quellenbasis der Gedenk- und Forschungsstelle Yad Vashem in Jerusalem in Kopie zur Verfügung gestellt worden ist. Demzufolge haben westdeutsche (bis 1949) beziehungsweise bundesrepublikanische Justizbehörden bis 2005 insgesamt 36.393 Ermittlungsverfahren gegen 172.294 Personen eingeleitet, davon wurde in 16.740 Fällen Anklage erhoben, 13.952 rechtskräftige Urteile wurden gesprochen. Auch wenn der Anteil der tatsächlich Verurteilten mit 6.656 Fällen vergleichsweise gering ist, beweist allein diese hohe Zahl der Ermittlungen, in welchem Ausmaß und wie intensiv eine justizielle Auseinandersetzung erfolgte. Ging die Zahl der Verfahren seit Anfang der 1950er-Jahre zunächst zurück, stieg sie nach dem sogenannten Einsatzgruppenprozess in Ulm sowie der Gründung der „Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen“ in Ludwigsburg 1958 wieder steil an.

Natürlich zeigen die Verfahren auch die Grenzen rechtsstaatlicher Möglichkeiten. Doch zählt man zu diesen Verfahren und Verurteilungen die alliierten sowie ausländischen Urteile sowie die hier nicht eingerechneten der ehemaligen DDR hinzu, dann belegt dies: Insgesamt wurden Zehntausende NS-Täter zur Rechenschaft gezogen – eine Zahl, die in Relation zu den *vergleichsweise* wenigen, die bedauerlicherweise einer Verurteilung entgangen sind, doch ein völlig anderes Bild ergibt, als es in der öffentlichen Erinnerung vorherrscht.

ENTSCHÄDIGUNG FÜR ZWANGSARBEITER

Der letzte hier zu nennende Aspekt der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit ist die sogenannte Wiedergutmachung, ein meines Erachtens verfehelter Begriff, weil eine „Wiedergutmachung“ im strengen Sinn ausgeschlossen ist, es also ausschließlich um materielle Entschädigungen gehen kann. Seit den frühen 1950er-Jahren hat die Regierung Konrad Adenauer solche Entschädigungen realisiert.

Bis 1997 hatte die Bundesrepublik Zahlungen geleistet beziehungsweise bis 2030 verbindlich zugesagt, die sich auf 124 Milliarden D-Mark beliefen – ein Wert, der angesichts der in den früheren Jahrzehnten erheblich höheren Kaufkraft nach heutigen Kriterien sehr viel höher anzusetzen ist.

Seit 1998 leitete die Regierung Gerhard Schröder eine weitere, deutlich umfangreichere Entschädigung für Zwangsarbeiter ein. Die vorgesehene Summe von zehn Milliarden D-Mark leistete zur Hälfte der Bund, zur Hälfte große Unternehmen, die in der NS-Diktatur Zwangsarbeiter beschäftigt hatten. Bisher hat kein anderer Staat, der für Kriegsverbrechen beziehungsweise Zwangsarbeit verantwortlich war, auch nur annähernd solche finanziellen Entschädigungen geleistet.

Überblickt man die hier geschilderten Stationen der „NS-Aufarbeitung“, dann wird klar: Es waren keineswegs die „1968er“, die die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus aus der vermeintlichen Verdrängung geholt haben, sondern die sich immer wieder ergebenden Aktualitätsschübe: Sie trugen dazu bei, dass die bundesdeutsche Erinnerungskultur entscheidend durch die NS-Thematik bestimmt wurde und bis heute wird. Und doch wird die „Leistungsbilanz“ dieser jahrzehntelangen Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur und ihren Massenverbrechen in der Erinnerungskultur keineswegs objektiv gewürdigt, sondern in der Regel werden neben dem notwendigen Gedenken an die Opfer vor allem Defizite hervorgehoben.

VERENGUNGEN DER DEUTSCHEN ERINNERUNGSKULTUR VERMEIDEN

Anders als die Erinnerungskultur unserer Nachbarländer ist die der Deutschen fast nur negativ durch antitotalitäre Abgrenzung definiert: Obwohl es inzwischen auch in anderen Nationen partiell Selbstkritik gibt, orientieren sie sich ganz überwiegend an ihren positiven nationalen Geschichtsbildern, selbst wenn sie – geschichtswissenschaftlich gesehen – auch problematische Komponenten haben. Demgegenüber neigt die deutsche Erinnerungskultur zu pointierter Selbstkritik. Tatsächlich können die Deutschen in Bezug auf den Nationalsozialismus gar nicht kritisch genug sein, doch besteht die deutsche Geschichte zum Glück nicht allein aus der NS-Diktatur.

Ihren zwölf Jahren steht im 20. Jahrhundert nicht nur die vierzehnjährige Geschichte der Weimarer Republik, sondern vor allem die fast siebzehnjährige Geschichte der Bundesrepublik als Rechtsstaat und parlamentarische Demokratie gegenüber. Sie wird erinnerungspolitisch unterbelichtet, was höchst bedenkliche Folgen für die nationalen Identitätsbilder, vor allem jedoch für die politische Bildung jüngerer Generationen hat, weil sie über die Diktatur meist mehr wissen als über die Demokratie. Es geht aber darum, die permanenten Verengungen der deutschen Erinnerungskultur zu vermeiden.

Inzwischen gibt es Debattenbeiträge, in denen höchst verschämt, wenn überhaupt, von deutschen Kulturleistungen beziehungsweise einer deutschen Kultur die Rede ist. Wie die Kultur anderer Nationen auch, besitzt auch die deutsche unverkennbar transnationale Komponenten, steht also in ständiger Wechselbeziehung mit der Kulturentwicklung der europäischen Nachbarn. Wenn jedoch die Integrationsbeauftragte der vorhergehenden Bundesregierung bestreitet, dass es deutsche Kultur überhaupt gibt und sich kaum jemand darüber aufregt, ist das nicht nur ignorant, sondern skandalös – ein Beispiel für nicht gelungene Integration.

Nur korrekte Diagnosen erlauben angemessene Therapien. Das zeigt beispielsweise die Debatte über Antisemitismus. Dieser muss selbstverständlich in jeglicher Form bekämpft werden. Doch verschärft sich das Problem, wenn etwa bei Mahnveranstaltungen nicht zwischen Antisemitismus *in* Deutschland und *von* Deutschen unterschieden wird. Tatsächlich importiert Deutschland mit der großen Zahl arabischer Zuwanderer deren anti-israelische Grundhaltung, die auch in antisemitische Aktionen umschlagen kann.

INFRAGESTELLUNG POSITIVER NATIONALER IDENTITÄTEN

In der gegenwärtigen Entwicklung Europas sind auch in der nationalen Erinnerungskultur höchst fragwürdige und bedauerliche Re-Nationalisierungen zu beobachten. Die deutsche Antwort darf nicht darin bestehen, diesen Fehler auch in Deutschland zu begehen. Doch ist die permanente Infragestellung positiver nationaler Identitäten oder die Reduzierung der Erinnerungskultur auf den Nationalsozialismus problematisch, weil sie zu gesellschaftlicher Verunsicherung führen. Und diese Entwicklung ist in einer zunehmend multikulturellen Gesellschaft nur zu offensichtlich. Solche Verunsicherungen provozieren radikale beziehungsweise nationalistische – „identitäre“ – Antworten.

Der beängstigende Vertrauensverlust in die demokratische Kultur und ihre Institutionen ist nicht zuletzt auf einen befürchteten Identitätsverlust zurückzuführen. Auf der anderen Seite teilt der größte Teil selbst der integrierten Zuwanderer die bisherigen Schwerpunkte der deutschen Erinnerungskultur nicht; auch darauf müssen Antworten gefunden werden. Sie müssen – ohne die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus aufzugeben – gerade den rechtsstaatlichen, demokratischen, menschenrechtlichen Traditionen und dem religiösen Toleranzprinzip in Deutschland, die sich aus naturrechtlichen und aufklärerischen, aber auch christlichen Wertorientierungen über Jahrhunderte entwickelt haben, einen zentralen Ort in der Erinnerungskultur zuweisen. Und dafür bleibt die ständige Betonung des Gegensatzes von Diktatur und Demokratie unentbehrlich.

Sein letztes Dickschiff

Die Lebenserinnerungen von Hans-Peter Schwarz

JACQUELINE BOYSEN

Geboren 1965 in Hamburg, freie Journalistin, Moderatorin und Publizistin, Berlin.

Hans-Peter Schwarz: *Von Adenauer zu Merkel. Lebenserinnerungen eines kritischen Zeitzeugen*, hrsg. von Hanns Jürgen Küsters, Deutsche Verlagsanstalt, München 2018, 736 Seiten, 50,00 Euro.

Das Bild auf dem Cover könnte treffender nicht sein: Der Professor schaut einem Argument hinterher, er scheint die Reaktion auf eine spitzbübische oder spitzfindige Analyse zu erwarten. Ins Auge sticht – der Verlust dieses Großen seiner Zunft ist betrüblich. Umso erfreulicher, dass Hans-Peter Schwarz zum Ende seines Lebens

ausführliche Erinnerungen zu Papier gebracht hat. Daraus ist ein letztes „Dickschiff“ geworden, wie er selbst die voluminösen Bände aus eigener Feder nannte. Nun legt es an – neben seinen hochseetauglichen Biographien über Adenauer, Kohl, Springer. Hans-Peter Schwarz historisiert sich selbst.

Wenn ein bedeutender, zumal sprachbegabter Politikwissenschaftler über seine eigene Zeitzeugenschaft mehr als eintausend Seiten verfasst und diese Memoiren auf fast 700 Textseiten posthum veröffentlicht werden, ist dies ein Ereignis für sich. Und Ereignisse bergen Überraschungen – da bildet dieser Band keine Ausnahme. Für Leser von heute sind Passagen beachtenswert, die Schwarz selbst angesichts seines beachtlichen akademischen Werdegangs und seines politischen

Wirken als Ratgeber vermutlich selbst gar nicht unbedingt zu den erhellendsten zählen würde. Es sind jene Kapitel, in denen er spezielle Biotope schildert: seine Herkunft, die Hochschulreformen, das alte Bad Godesberg – Schwarz ist eng verwoben mit der Bonner Republik.

Das einerseits ob seiner historischen Schuld geschmähte, andererseits wirtschaftlich rasch prosperierende Teildeutschland lag in den frühen Jahren nicht nur unter Mehltau, wie die 68er in munterer Selbstlegitimierung später diagnostizierten. Die Bundesrepublik war in jungen Jahren zwar bevölkert von alten Nazis, verstockten Vertriebenen und Wehrmachtssoldaten, die ihre Ritterkreuze versteckten. Sie lebte mit Familien wie den Schwarzens, bei denen laut Schwarz „Gottesglaube, Nationalismus, Militarismus und gut lutherischer Obrigkeitsgehorsam eine aus heutiger Sicht seltsame, aber im damaligen Deutschland nicht ganz seltene Verbindung eingegangen waren“. Aber es gab auch Optimismus, Zukunftsfreude und den Ehrgeiz von jungen Menschen vom Schlage eines Hans-Peter Schwarz.

INNERFAMILIÄRE PROZESSE DES BESCHWEIGENS

Vermutlich hat sie niemand gefragt, ob sie sich vom Nationalsozialismus befreit *fühlten*. Als junge Erwachsene aber *lebten* sie befreit. „Ich selbst fand den politischen Irrtum der geliebten Eltern vermutlich genauso genierlich wie sie selbst.“ So beschreibt Schwarz den innerfamiliären Prozess des Beschweigens. Es hätte ihn gereizt, die Eltern zu befragen, aber es schien ihm ungehörig.

Schwarz ist 1934 in Lörrach geboren – sein Jahrgang hat sich vor NS-Verseuchung noch retten können. In der Diktatur verlebt er eine idyllische Kindheit im Markgräflerland. Als Sohn des Dorfschullehrers ist ihm ein hohes Bildungsethos geschenkt worden, dem er zeitlebens treu bleibt: Auch in Kapiteln, in denen er längst als renommierter Professor auftritt, taucht immer wieder arglos das Wort „studieren“ auf. Schwarz begriff sich zeitlebens als „Studierender“ – und in seinem Sprachgebrauch ist das keine gendergerechte Variante des Wortes *Student*, sondern meint wortwörtlich den Gelehrten im andauernden Prozess des Lernens, des *Sich-Bildens* – so stolz er im Verlauf des Lebens auf das Erreichte auch sein wird.

Unbedingt beachtenswert, weil selten fundiert aus der Innensicht eines Beteiligten geschildert, sind die Kapitel, die sich um die Reformen an den bundesdeutschen Hochschulen in den 1970er-Jahren drehen. Schwarz ist junger Professor, der *jüngste* deutsche Professor und ambitioniert mit Forschung und Lehre befasst, während die hierarchische Ordinariatenuniversität mutiert und sich zur Massenuniversität mit drittelparitätischen Leitungsstrukturen auswächst.

Als junger Politikwissenschaftler an der Universität Hamburg erlebt er Studentenproteste, die nun moderne Theoriebefrachtung der Politik- und Geschichtswissenschaft und die politischen Rankünen hautnah mit. Im Rückblick zeichnet er ein aufschlussreiches Sittengemälde einer Welt im Umbruch. Dass ihm anderes vorschwebte, wird deutlich. Authentisch sind seine damals angestellten hochschulpolitischen Überlegungen – in voller Länge abgedruckt. Verkämpft hat sich Schwarz damals nicht. Doch seine Hal-

tung mit einem von Georg Simmel entlehnten Begriff der „engagierten Objektivität“ drehte nach rechts.

Wie entwickelt sich das Konservative? Diese Frage ist heute von großer Aktualität. Schwarz thematisiert sie nicht ausdrücklich. Implizit aber wird in seinen Schilderungen der Jahrzehnte nachvollziehbar, wie der Wissenschaftler vom Bürgerlich-Liberalen mit profunder christlicher Färbung und persönlichem Entfaltungswillen zum CDU-Mitglied und schließlich zum nationalkonservativen Einwanderungskritiker wird. Für den Parteieintritt in den 1980er-Jahren mögen Karrieregründe mitentscheidend gewesen sein, ein Hauch Opportunismus. Vor allem aber ist die Mitgliedschaft einem Reflex gegen die uniform linke und nicht immer tolerante Umgebung zuzuschreiben. Der schrille Grundton in der universitären Welt verletzt ihn in seiner Bürgerlichkeit und weckt seinen intellektuellen Widerspruchsgeist. Schon Willy Brandts Regierungserklärung mit dem Postulat „Wir stehen nicht am Ende unserer Demokratie, wir fangen gerade erst richtig an“ hat Schwarz als Frechheit empfunden. „Mehr Demokratie wagen“ ist eine Provokation für jene, die das demokratische Wagnis längst eingegangen sind.

DER „HAUPTSTADTPROFESSOR“

Schwarz begreift sich in seiner Rolle als Wissenschaftler alter Schule auch als politischer Akteur, er genießt als arrivierter Ratgeber in außenpolitischen Fragen die Nähe zu Diplomaten, Ministerialen, Politikern und zu namhaften Geistesgrößen. Doch erliegt der „Hauptstadtprofessor“,

der von Hamburg über Köln schließlich einem Ruf nach Bonn folgt, nicht der Versuchung, Mächtigen nach dem Munde zu reden. Auch ruht er sich nicht auf seinen Lorbeeren aus. Er ist ehrlich dankbar für alles Erreichte – insbesondere übrigens für die verschiedentlich liebevoll erwähnte treusorgende Ehefrau und die wohlgeratenen Kinder. Der überzeugte Transatlantiker ist fortwährend unterwegs, auf Konferenzen und in Gremien engagiert und fungiert als Herausgeber maßgeblicher Handbücher und gewichtiger Quelleneditionen. Schwarz prägt die Politikwissenschaft und Zeitgeschichtsforschung der Bundesrepublik so wie diese ihn – mit seiner sozialwissenschaftlichen Grundlagenforschung erwirbt er auf verschiedenen Feldern seiner Disziplin Meriten. Die Freude daran teilt er mit dem Leser.

Der Band lebt von kleinen Aperçus wie über den seinerzeit hoffnungsvoll eingeführten Gemeinschaftskundeunterricht in Schulen – von Altmeister Theodor Eschenburg liebevoll „Fahrschule für Politik“ genannt. Und natürlich über Helmut Kohl und dessen Rittertafel. Kohl habe gespürt, „dass seine Bonner Trutzburg auf Sand gebaut war, ohne genau zu wissen, wie dem zu begegnen sei“. Typisch für beide, Bundeskanzler und Biograph, ist eine Beschreibung der Kohl'schen Monologe im Vorstand der Konrad-Adenauer-Stiftung. Allerlei Nichtigkeiten werden aufgespießt, Schludrigkeit beklagt und „gegen die ‚Verbannung‘ der eigenen Partei [...] gewettert, als sei er nicht längst zum Oberbonzen geworden“. Hemdsärmeligkeit liebt Schwarz gar nicht. Dass der Kanzler gern den Historiker hervorkehrt, muss auf den Wissenschaftler schamlos und peinlich gewirkt haben; so bleibt zwischen dem Pfälzer und ihm eine Distanz.

Ausdrücklich begrüßt er natürlich die Wiedervereinigung. Am 3. Oktober 1990 jubelt Schwarz, vehementer Befürworter des Beitritts, dass „die deutsche Geschichte als Geschichte der Bundesrepublik“ weitergehe und das „Ende der Identitätsneurose“ erreicht sei. Skeptisch betrachten die Bonner Kreise die Bürgerrechtler der DDR, deren selbstgestrickte, zumeist im Pfarrhaus kultivierte Kulturträgerschaft und deren politischer Idealismus am Rhein nichts gelten – Schwarz ist da keine Ausnahme.

APOLOGET DER ALTEN BUNDESREPUBLIK

Das Jahrhundert neigt sich seinem Ende zu und es kommt damit auch zu einem Bruch. Fad und nervös erscheint ihm die Diskussion über gesamtdeutsche Identität, falsch das engere europäische Zusammenwirken. Der Zeithistoriker und die Zeitläufe entfremden sich. Ins 21. Jahrhundert tritt Schwarz nicht mehr mit der Offenheit, die ihm zuvor eigen war. Er bleibt ein Apologet der alten Bundesrepublik. Den Euro und die Europäische Union verfechten jene, die zuvor die Zweistaatlichkeit befürwortet hätten – das disqualifiziere das Einigungsprojekt insgesamt. Die Tagespolitik wird ihm suspekt. Demokratie brauche den Nationalstaat. Die globale Entwicklung, die er in seinem vorletzten Buch „Völkerwanderung“ nennt, lehnt er vehement ab.

Dennoch ist sein Rückblick frei von Bitterkeit – und lebt von seiner Detailgenauigkeit, Ironie und Formulierungskraft. Kurios ist, dass Hans-Peter Schwarz ungeniert die beachtliche Höhe ihm gebotener Honorare verrät. Misslich indes,

dass dem Band ein Namensverzeichnis fehlt, dass er keine Zeittafel enthält und dass auf so einfache redaktionelle Eingriffe wie das Eliminieren von Wortwiederholungen oder altväterlicher Wendungen verzichtet wird. Dass auch mal von „deutsch“ die Rede ist, wenn es nur um die *Bundesrepublik* geht, ist kein leicht verzeihlicher Fehler. Einige allzu eitle Schnörkel hätten mühelos geradegezupft werden können. Und manche politische Entwicklung käme besser heraus, wenn der Text gestrafft worden wäre. „Lex Schwarz“ nennt der vielbeschäftigte Lehrstuhlinhaber das Limit von 450 Seiten für eine Habilitationsschrift. Dieses Gesetz hätte auch hier ohne inhaltliche Verluste Anwendung finden können.

Insgesamt bilden diese außergewöhnlichen Lebenserinnerungen – wie von Schwarz nicht anders zu erwarten – das Entstehen der alten Bundesrepublik vorzüglich ab. Seine Zeitzeugenschaft geht über Erleben hinaus: Bewusst hat er sie mitgestaltet und von ihrem Erfolg profitiert.

Implizit macht der Band deutlich, warum so vielen bewundernswürdigen Herren dieser Generation das Verständnis für Entwicklungen und Entscheidungen heute abgeht, warum sie ihrer Störgefühle oder gar ihrer Zukunftsangst im 21. Jahrhundert nicht Herr werden. Den Rückweg in eine imaginierte Welt vermeintlich übersichtlicher Verhältnisse zu wünschen, erscheint nach der Lektüre des Bandes indes noch abwegiger, als es ohnehin ist. Die Generation Merkel sollte dies – ebenso wie alle Nachkommenden – ermutigen, ihrerseits unbeirrt einen *eigenen* Weg zu gehen – die politischen Väter haben das auch getan und uns Europa vererbt. Die Generation Schwarz hatte ein schlimmeres Vermächtnis zu schultern.

Keine verlässliche Prophylaxe

Über die Erinnerungskultur des Holocaust und die zunehmenden Tendenzen des Antisemitismus in Europa

DEIDRE BERGER

Geboren 1953 in City of St. Louis, Montana (USA), seit 2000 Direktorin des American Jewish Committee (AJC) Berlin / Lawrence and Lee Ramer Institut für Deutsch-Jüdische Beziehungen.

Das American Jewish Committee war nach dem Holocaust die erste jüdische Organisation, die Kontakt mit Deutschland suchte. Können Sie uns erklären, wie das vor dem Hintergrund des Geschehenen möglich war?

Deidre Berger: Die damalige AJC-Leitung war der Überzeugung, dass dies – trotz allem, was passiert war – der beste Weg war, um einer Rückkehr zum Faschismus vorzubeugen. Wir wollten einen Beitrag dazu leisten, dass eine stärkere Demokratie entsteht, als es die Weimarer Republik gewesen ist. Bereits seit seiner Gründung 1906 versteht sich das AJC als eine zivilgesellschaftliche Kraft, die das Wohl und die Sicherheit von Juden und Minderheiten schützt, indem sie Brücken



© AJC Berlin / Lawrence and Lee Ramer Institut für Deutsch-Jüdische Beziehungen

baut, den Dialog sucht und so offene und demokratische Gesellschaften fördert.

Welchen Stellenwert hatte und hat der Holocaust für das AJC?

Deidre Berger: Nach dem Holocaust war allzu offensichtlich, dass die Menschenrechte international viel zu schwach verankert waren. So wurde das AJC zu einer treibenden Kraft für die Verabschiedung der Menschenrechtscharta durch die Vereinten Nationen. Uns stand vor Augen, dass Demokratien scheitern, wenn einzelne Gruppen angefeindet werden. Wir Juden sind oft besonders und zuerst betroffen. Aber am Ende trifft es alle Minderheiten. Daher greift es zu kurz, wenn wir uns nur selbst schützen.

Die jüdische Welt und Deutschland haben neue gemeinsame Wege gefunden. Das ändert selbstverständlich nichts daran, dass der Holocaust für uns bis zum heutigen Tag einen unbeschreiblich wichtigen Stellenwert besitzt. Der Holocaust kann und darf nicht vergessen werden; man kann ihn nicht „bewältigen“. Vielmehr stehen die jüdische Welt und Deutschland vor der gemeinsamen Aufgabe, die Erinnerung an den Holocaust relevant zu erhalten – was mit Sicht auf die jungen Generationen schwieriger wird, weil wir dabei sind, die Zeitzeugen zu verlieren. Was machen wir, wenn sie fehlen?

Die Erinnerung an den Holocaust hat eine eigene, über siebzigjährige Geschichte, zu der leider auch zahlreiche

Versuche seiner Leugnung gehören. Können Sie mit Blick auf die internationale Arbeit sagen, ob die Bereitschaft, Relativierung hinzunehmen, zunimmt oder abnimmt?

Deidre Berger: Es ist nicht leicht, präzise auf solche Fragen zu antworten, weil entsprechende Daten fehlen. Dennoch scheint mir unübersehbar, dass eine Welle von Relativierungen durch Europa und andere Regionen wogt, und zwar mit steigender Tendenz und in einer Qualität, wie wir sie noch nicht erlebt haben.

Besorgniserregend ist auch, dass diese Woge in einigen Ländern die Regierungsebene erreicht hat. Man versucht, die eigene Geschichte neu zu schreiben und nationale Geschichtsbilder zu entwickeln, die das Positive hervorheben und etwa den Anteil von Antisemitismus in der eigenen Bevölkerung minimieren.

Welche Länder und Regierungen meinen Sie?

Deidre Berger: Dass Polen und Ungarn ihre Curricula in diesem Sinne verändern, beobachten wir mit Sorge, selbst wenn es auch dort durchaus positive Entwicklungen gibt. In Polen wird auf der zivilgesellschaftlichen und der Gedenkstättenebene eine unglaublich gute Arbeit geleistet, um eine Geschichte von Krieg und Holocaust ohne jegliche Abstriche zu erzählen. Dabei ist es richtig, darauf zu achten, dass es „deutsche“ Vernichtungslager waren. Trotzdem gab es – nicht in organisierter Form und damit in gänzlich anderer Dimension – auch die Teilnahme einiger Polen an Judenverfolgungen. Man muss alles anschauen und dabei differenzieren.

Welche Rolle spielt eine substanzielle Erinnerungskultur bei Ihrem weltweiten Engagement?

Deidre Berger: Eine solche Erinnerungskultur ist ein Fundament, auf dem die Sicherheit und das Wohl der Juden gründen – in jedem Land der Welt. Wo die Geschichte ausgeblendet wird, lässt es sich als Jude nicht sicher leben, weil die Ressentiments und Stereotypen unter der Oberfläche trotzdem vorhanden sind. Nur wenn man sie offen angeht, lassen sie sich bekämpfen.

In Frankreich ist die 85-jährige Mireille Knoll, eine Holocaust-Überlebende, auf scheußliche Weise ermordet worden, weil sie Jüdin war. Bis dahin durfte man die Hoffnung haben, dass die europäischen Gesellschaften den Holocaust zumindest insoweit „verarbeitet“ hätten, dass Derartiges nicht mehr passieren kann.

Deidre Berger: Dazu gäbe es viel zu sagen – vor allem aber, dass die Erinnerungskultur keine verlässliche Prophylaxe gegen Antisemitismus darstellt. So wichtig sie ist: Die Kenntnis über die Shoah allein schaltet Antisemitismus nicht einfach aus. Antisemitismus ist tief verwurzelt und setzt bei der bekannten „jüdischen Weltverschwörung“ an, mit der alle Katastrophen und Schwierigkeiten auf einen Schuldigen zurückgeführt werden. Dieses schreckliche Bedürfnis nach einem „Sündenbock“ bleibt verführerisch und zeigt sich in immer neuen Formen des Antisemitismus.

In Deutschland und Frankreich ebenso wie in anderen Ländern Europas stammen wachsende Teile der Bevölkerung aus

Herkunftskulturen, die wenig bis keinen Bezug zum Holocaust besitzen. Dabei gibt es vor allem in arabischen Ländern, im Iran und leider auch immer mehr in der Türkei einen extrem starken Antisemitismus. Über die Brücke der sozialen Medien wird er von dort aus in Europa immer wieder angefeuert – bis zu dem Punkt, dass er genozidale Mechanismen freisetzt und Menschen meinen, es wäre völlig normal, andere einfach „auszuradieren“. Allein in den letzten zehn Jahren sind beinahe zwanzig Menschen in Europa, die meisten Juden oder solche, die sich an jüdischen Orten befunden haben, gezielt ermordet worden.

In einem früheren Interview führen Sie die Zunahme von Antisemitismus auf die zweite Intifada zurück und sagen, dass sie vor allem aus Teilen der muslimischen Bevölkerung hervorgegangen sei. Nach dieser Aussage könnte man annehmen, dass das Anwachsen populistischer Kräfte in diesem Zusammenhang eine weit geringere Rolle spielte.

Deidre Berger: Das wäre ein folgenreicheres Missverständnis. Der Antisemitismus in Teilen der muslimischen Bevölkerung in Deutschland ist nicht das einzige Problem. Es gibt weiterhin einen Antisemitismus, der nie ganz verschwunden war. Leider sind da zuletzt Tabus gebrochen worden, die das offene Klima beschädigen. Man muss also den Gesamtzusammenhang sehen: Die zweite Intifada hat in einem gewissen Spektrum, insbesondere in Teilen der muslimischen Bevölkerung, eine gewalttätige Welle von Antisemitismus ausgelöst. Es gab seitdem Tausende von antisemitischen Gewalttaten in Europa bis hin zu den Morden. Das

schnelle Anwachsen populistischer Kräfte in den letzten Jahren ist eine andere Art von Bedrohung. Dieser Antisemitismus agiert verdeckter, zeigt immer offener Sympathien mit der Nazi-Zeit, geht sogar in die Richtung von Holocaust-Verharmlosungen, insinuiert jüdische Machtvorstellungen und wendet sich öfter gegen Beschneidungen und Schächtung – wie Sie wissen, manifestieren sich darin religiöse Vorschriften, ohne deren Befolgung jüdisches Leben unmöglich wird.

Zum Teil nehmen diese Kräfte sogar für sich in Anspruch, sie seien aufseiten der Juden oder Israels, weil sie sich aggressiv gegen Muslime wenden. Gegen diese seltsamen Vereinnahmungen hat sich die jüdische Gemeinde verwahrt und eine starke Gegenposition zum Rechtspopulismus bezogen. Ein weltoffener Patriotismus ist eine gute Sache! Aber Nationalismus auf Kosten anderer sowie die Unfähigkeit, mit den dunklen Seiten der eigenen Geschichte umzugehen, schaffen eine Atmosphäre, in der es der jüdischen Bevölkerung weit schwerer fällt, beruhigt zu leben. Alle Umfragen bestätigen, dass die Vorstellung, Europa zu verlassen, erstaunlich hoch ist.

Welche Wirkung hat es aus Ihrer auch internationalen Sicht, wenn eine Führungsfigur einer im Deutschen Bundestag vertretenen Partei die Nazi-Herrschaft als „Vogelschiss“ bezeichnet?

Deidre Berger: Es ist eine ebenso beschämende wie extrem beruhigende Äußerung, bodenlos und frech in der Verharmlosung. Dabei läuft das Vorgehen nach bekanntem Muster ab. Nachher sagt man: „Es war nicht so gemeint!“ Aber dann

sinkt der Hemmschwelle, und es kommt wieder und wieder ...

Wenn ein deutscher Politiker an prominenter Stelle im Bundestag den Holocaust verharmlost, wird das sofort global wahrgenommen und führt nicht nur in der jüdischen Welt zu der Frage, ob Deutschland auf seinem demokratischen Kurs bleibt. Es schadet dem Ansehen des Landes enorm, was ungerecht ist, weil sich Deutschland – beispielsweise, was den Umgang mit seiner Geschichte betrifft – öfter vorbildlich verhalten hat.

Der jüdische Zentralrat in Frankreich hat die Teilnahme von Marine Le Pen und Jean-Luc Mélenchon am Trauermarsch für Mireille Knoll für unerwünscht erklärt. Als „ideologische Brandstifter“ des Antisemitismus beschimpft, mussten sie den Umzug verlassen. Aus deutscher Perspektive verwundert diese Art „Gleichsetzung“. Wie ist Ihre Haltung dazu?

Deidre Berger: Man könnte darin eine Gleichsetzung sehen, das war aber wohl nicht im Sinne einer Botschaft gemeint – selbst wenn beide Politiker zu extremen Lagern gehören, die mit antisemitischen Stereotypen spielen. Im Mittelpunkt stand eher die Absicht, zu verhindern, dass diese Gruppierungen den Anlass der Trauerfeier für ihre Interessen ausnutzen.

Der einstige Front National hat, angefangen mit seinem Gründer Jean-Marie Le Pen, eine klar antisemitische Grundströmung. Jean-Luc Mélenchon hat sich zuletzt relativierend geäußert, indem er sagte, dass sich die Franzosen wegen des Holocaust überhaupt nichts vorzuwerfen hätten. Leider speist sich ein wachsender Teil des neuen Antisemitismus aus linken

Quellen, wie etwa die diffamierende Kritik an Israel zeigt. Sogenannte Globalisierungsgegner hantieren nicht selten mit dem antisemitischen Stereotyp einer jüdischen Weltverschwörung. Hier treffen sich das rechte und linke Lager.

Israel feiert das siebzigjährige Jubiläum seiner Staatsgründung. Doch ein Frieden oder nur ein Ausgleich mit den Palästinensern scheint weiter entfernt als je zuvor. Ist da die – auch zu Recht begrifflich umstrittene – „Israelkritik“ nicht doch verständlich?

Deidre Berger: Siebzig Jahre Israel ist eine riesige Leistung! Ein kleines Land, eine florierende Demokratie mit einer Lebendigkeit, die man sich in einigen europäischen Ländern vielleicht wünschen würde; geprägt von einer extrem regen Zivilgesellschaft mit freier Presse und einem unabhängigen Obersten Gericht. Es gibt eine frei gewählte Regierung und alle Kontroll- und Korrekturmechanismen einer Demokratie.

Selbst die Beziehungen zu seinen Nachbarländern haben eine erstaunliche Entwicklung genommen: Nicht nur hat Israel Friedensverträge mit Ägypten und Jordanien schließen können; hinzu kommt in den letzten Jahren ein viel engerer Austausch mit Ländern aus der Region wie etwa Saudi-Arabien und den Emiraten, auch mit Griechenland und Zypern. Weiterhin gibt es fraglos viele Spannungen, trotzdem existiert ein Niveau an Austausch und Zusammenarbeit, das früher kaum vorstellbar war. Daher hat sich die Lage, ein Abkommen mit den Palästinensern zu erreichen, auf internationaler Ebene möglicherweise sogar verbessert.

Gleichwohl steht es jedem frei, die Politik eines Landes zu kritisieren, aber die Floskel „Israelkritik“ drückt aus, wie obsessiv, reflexhaft und einseitig Kritik an Israel allzu oft geübt wird: Pro Jahr betrifft ein Drittel aller Resolutionen des Menschenrechtsrates in Genf den Staat Israel – und das in einer Welt, in der es Dutzende Länder gibt, in denen Zehntausende Menschen brutal von ihren Regierungen unterdrückt werden.

Im Gazastreifen werden die Menschen von der Hamas als Schutzschilde missbraucht und von jeglichen wirtschaftlichen Perspektiven abgeschnitten. Seit Jahrzehnten fließt enorm viel Entwicklungshilfe in die palästinensischen Gebiete; trotzdem sind die Menschen sehr arm. Zwar ist die Lage in der Westbank besser, doch bleibt die politische Entwicklung in den palästinensischen Gebieten unklar. Es ist wichtig, die demokratischen Kräfte dort zu unterstützen. Aber Gaza ist mit und ohne Hamas ein schwieriges Problem, weil es dort andere, noch radikalere Kräfte gibt. Allein daran lässt sich erkennen, wie schwierig es für Israel ist, überhaupt nur an einen möglichen Partner für ein Abkommen zu denken.

Der ehemalige Pink Floyd-Musiker Roger Waters hat im Juni bei einem Deutschland-Konzert eine wütende Rede auf Israel gehalten. Wie ordnen Sie das ein?

Deidre Berger: Ich ordne es in eine Reihe sehr beunruhigender Aktivitäten ein, die nicht nur darin bestehen, Israel von der Bühne herab zu kritisieren, sondern die vor allem darauf zielen, Israel zu stigmatisieren, zu boykottieren und zu isolieren. So hat sich Roger Waters mit seinem Wut-

ausbruch für die weltweite Kampagne „BDS“ stark gemacht, die Künstler, Wissenschaftler, Sportler, aber auch Politiker und Unternehmen unter Druck setzt, Auftritte, Investitionen oder Kooperation in und mit Bezug zu Israel abzusagen oder zu beenden. Im August 2017 gab es einen Boykottaufruf für ein Musikfestival in der Berliner Kulturbrauerei, weil es zu einem geringen Teil von der israelischen Botschaft gesponsert war. Und tatsächlich haben sich einige Künstler zurückgezogen. Das Gleiche passiert in noch größerem Umfang in diesem Jahr. Umgekehrt ist in Spanien ein amerikanisch-jüdischer Künstler von einer Veranstaltung ausgeschlossen worden, weil er seine israelkritische Haltung nicht schriftlich garantieren wollte.

Gerade die Musikbranche ist ein prekäres Feld, weil sie eine hohe Anzahl von jungen Menschen beeinflusst. Die Querelen um die inzwischen abgeschafften ECHO-Preise zeigen nur die Spitze des Eisbergs. Die Rapper-Szene ist insgesamt sehr anti-israelisch und antisemitistisch eingestellt, und das vermittelt sich über Lieder und Videos millionenfach.

Das alles sind globale Trends von Antisemitismus, die sich rapide über das Netz verbreiten. Umso wichtiger wird die Bekämpfung des Antisemitismus im Internet und den Sozialen Medien. Deutschland hat erste Schritte unternommen, um dort gegen die Verbreitung von Hass vorzugehen. Aber es ist wirklich erst ein Anfang. Den Kampf gegen Antisemitismus müssen wir auf allen Ebenen führen, von dem politischen Bereich bis hin zu unserem Alltag. Jede Stimme zählt in diesem Kampf.

Das Gespräch führte Bernd Löhmann am 7. Juni 2018.

Tragisch verbunden

Deutsche Erinnerung aus israelischer Perspektive

SHLOMO AVINERI

Geboren 1933 in Polen, Politologe, Historiker, Professor an der Hebräischen Universität von Jerusalem.

Als der erste Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Israel, Rolf Pauls, 1965 ankam, gab es Demonstrationen – schon der Gedanke an diplomatische Beziehungen zwischen dem jüdischen Staat und Deutschland war vielen zuwider. Selbst die Bereitschaft Deutschlands, Reparationen an Israel zu leisten, konnte ein grundsätzliches Unbehagen über die Beziehungen zwischen den beiden Ländern und den beiden Völkern nicht überwinden. Jahrelang waren israelische Reisepässe mit dem Hinweis versehen, für Reisen nach Deutschland keine Gültigkeit zu besitzen; selbst als diese Einschränkung aufgehoben wurde, mieden viele Israelis noch immer Deutschland oder den Kauf deutscher Waren. Dass Pauls ein Offizier der Wehrmacht gewesen war, der an der Ostfront gedient hatte, verschärfte die Ambivalenz der Beziehung. Auch die Tatsache, dass Bonn viele Jahre lang aus Sorge um mögliche negative Reaktionen der arabischen Staaten gezögert hatte, formale Beziehungen zu Israel aufzu-

nehmen, trug nicht dazu bei, die Schatten der persönlichen und kollektiven Erinnerung an den Holocaust zu vertreiben.

Heute gilt Deutschland neben den USA als der beste Freund Israels; Berlins Unterstützung für Israel in den komplexen Beziehungen zur Europäischen Union wird hoch geschätzt. Als Bundeskanzlerin Angela Merkel in einer Rede vor der Knesset die Existenz und Sicherheit Israels als Teil der deutschen Staatsräson bezeichnete, erhielten die ohnehin einzigartigen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel eine besondere theoretische und moralische Dimension. Dass ein Begriff wie „Staatsräson“, der aus offensichtlichen Gründen in Deutschland nach 1945 tabu war, nun die gegenseitige Bindung der beiden Länder symbolisiert, ist eines der tiefgreifendsten und bedeutsamsten Anzeichen für eine Entwicklung, die noch vor wenigen Jahrzehnten unvorstellbar gewesen wäre.

Es wäre nur natürlich, wenn auch oberflächlich, diese Veränderung dem Gang der Zeit zuzuschreiben – schließlich trennt uns heute mehr als ein halbes Jahrhundert von den verbrecherischen Schrecken des Holocaust. Doch paradoxerweise ist die Erinnerung an den Holocaust heute im Geschichtsbild Deutschlands wie Israels präsenter als in den Jahrzehnten direkt nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Die dialektische Folge dieser vertieften Erinnerung war, dass beide Länder näher zusammenrückten, anstatt sich weiter voneinander zu entfernen. Dieses überraschende Ergebnis verlangt nach einer Erklärung. Die folgende Beschreibung ist notwendigerweise allgemein gefasst, doch scheint sie dennoch einige bedeutsame Wahrheiten im kollektiven Bewusstsein beider Länder zu beinhalten.

WICHTIGERE PROBLEME?

Nach 1945 konzentrierten sich die Anstrengungen in Westdeutschland (und in etwas anderer Form auch in der zukünftigen DDR) auf den Wiederaufbau eines physisch und moralisch verwüsteten Landes. Die Nürnberger Prozesse bezeugten auf schreckliche Weise die Verbrechen der Nazis; vielen Deutschen erschienen sie gewissermaßen als ultimative Abrechnung mit den Verbrechen des „Dritten Reichs“ – nicht, indem sie einen Schlussstrich zogen, aber sie gaben der deutschen Öffentlichkeit die Chance, sich auf die Zukunft und nicht auf die Vergangenheit zu konzentrieren. Die Aufteilung des besiegten Deutschlands in West und Ost, die Gründung der DDR als Satellitenstaat der Sowjetunion und die Blockade Westberlins schufen völlig neue Bedingungen, die es scheinbar erforderlich machten, die Schrecken des Zweiten Weltkriegs hinter sich zu lassen und sich auf die Zukunft zu konzentrieren.

Konrad Adenauers Entscheidung, Israel Reparationen anzubieten – eine historische Entscheidung, die moralische Überlegungen und Realpolitik miteinander verband und damit auf breiter Basis legitimierte – erschien

ebenfalls als ein Schlussstrich unter die Verbrechen der Nazis: Es waren Hitler und der Nationalsozialismus, die sowohl die Schuld als auch die moralische Verantwortung für das Geschehene zu tragen hatten, nicht das deutsche Volk als solches, das schließlich auch ein Opfer des Naziregimes, seiner Ideologie und seiner Politik gewesen war.

Der Wiederaufbau eines funktionierenden Staates in Westdeutschland fußte auf zwei Grundlagen: Zum einen war der Staat in den Prinzipien des Grundgesetzes verankert; zum anderen wurde über die Vergangenheit Zehntausender früherer Beamter des „Dritten Reichs“ hinweggesehen, von denen einige sogar in hohe Positionen in der Bundesrepublik aufstiegen. Rechtliche Probleme, moralische Überlegungen und Zweckmäßigkeit ließen es als nicht ratsam erscheinen, Täter der Nazi-Verbrechen vor Gericht zu stellen. Der Mord an sechs Millionen Juden – der Begriff „Holocaust“ war damals noch nicht allgemein gebräuchlich – konnte als eines der vielen schrecklichen Dinge abgetan werden, die in einem Krieg passieren. Dass die Bundesrepublik ein Verbündeter des Westens im Kampf gegen den sowjetischen Totalitarismus im Allgemeinen und die DDR im Besonderen war, besiegelte die Abwendung von der Vergangenheit. Verständlicherweise erschien das Schicksal der Kriegsgefangenen, die immer noch von den Sowjets festgehalten wurden, als ein viel konkreteres Problem als das, was den Juden im Krieg widerfahren war.

PARALLELE ENTWICKLUNGEN AUS UNTERSCHIEDLICHEN GRÜNDEN

Ein ähnlicher Vorgang ereignete sich in Israel, nachdem es vor siebzig Jahren seine Unabhängigkeit erlangt hatte – obwohl die Gründe natürlich diametral entgegengesetzt waren. Nachdem der neu gegründete jüdische Staat den Ansturm seitens der arabischen Nachbarstaaten im israelischen Unabhängigkeitskrieg 1948/49 nur knapp überlebt hatte, richtete das Land seine Aufmerksamkeit nicht nur auf sein Überleben, sondern auch auf den Aufbau einer Nation. Nachdem die britischen Behörden des Mandatsgebietes Palästina jahrzehntelang den Zuzug von Juden beschränkt hatten, bestand die erste Einwanderungswelle nach 1948 hauptsächlich aus Holocaust-Überlebenden aus Europa.

Auf der nationalen Ebene stand der Staat vor der Herausforderung, für die Neankömmlinge Wohnungen und Arbeitsplätze sowie soziale und psychologische Unterstützung bereitzustellen. Auf individueller Ebene benötigten diese Überlebenden eine Möglichkeit, ihr Leben wieder aufzubauen und zu einer Art Normalität zurückzukehren – es ging weniger darum, ihre Vergangenheit in Konzentrations- und Vernichtungslagern zu vergessen, sondern zu versuchen, diese zu überwinden, indem sie sich auf die Zukunft konzentrierten: die Familien, die sie gründeten, die Erziehung ihrer Kinder,

der Lebensunterhalt, den sie sich verdienten. Paradoxe Weise war ihr Fokus auf die Zukunft eine gewisse Parallele – aus entgegengesetzten Gründen – zu dem Widerwillen vieler Deutscher in der Nachkriegszeit, darüber nachzudenken oder zu reden, was „damals“ und „dort drüben“ geschehen war. Diese zukunftsorientierte Agenda zeigte sich in den Schulbüchern und in offiziellen Feiern, bei denen der neue Staat mit seinen realen Gefahren und Herausforderungen im Zentrum des nationalen Narrativs stand.

Diese paradox-parallelen Entwicklungen wurden von zwei Ereignissen über den Haufen geworfen – einem in Israel und dem anderen in Deutschland –, die zwar voneinander getrennt, aber miteinander verbunden waren: dem Eichmann-Prozess 1961 in Israel und der Studentenrevolte der 1960er-Jahre in Deutschland.

KOLLEKTIVE KATHARSIS

Die Gefangennahme Adolf Eichmanns und das Verfahren gegen ihn waren nicht nur ein Drama, in dessen Mittelpunkt einer der Hauptverantwortlichen für den Holocaust stand. Im Zeitalter der Massenmedien und des Fernsehens konfrontierte der Prozess Millionen Menschen zum ersten Mal mit der Realität des Holocausts. In Israel fragten junge Menschen die Älteren nach Einzelheiten zu ihrem Überleben im Krieg, von dem sie nur eine schemenhafte Vorstellung hatten, und die Zeugenaussagen, die im Fernsehen übertragen wurden, ermutigten viele Überlebende dazu, sich selbst zu Wort zu melden. In Deutschland begannen junge Leute gleichermaßen damit, ihre Eltern – oder auch ihre Großeltern – danach zu fragen, was sie von 1939 bis 1945 gemacht hatten. Beide Gesellschaften durchlebten eine persönliche und kollektive Katharsis.

Der Eichmann-Prozess fand in Israel während einer Zeit relativ geringer Spannungen mit den arabischen Nachbarn sowie der wirtschaftlichen und sozialen Integration nach den Massenzuwanderungen statt, sodass der Holocaust einen wesentlich zentraleren Platz im nationalen Narrativ einnehmen konnte. Während vor dem Prozess der Aufstand im Warschauer Ghetto im Mittelpunkt stand, wurde jetzt der Politik viel mehr Aufmerksamkeit gewidmet, die zu Auschwitz geführt hatte, und Yad Vashem, Israels bedeutendste Gedenkstätte für die Opfer des Holocausts, nahm als Ort der Erinnerung eine wesentlich zentralere Stellung im nationalen Bewusstsein ein.

In Deutschland waren die Auswirkungen viel tiefgreifender: Es war unmöglich geworden, eine historische Abrechnung zu umgehen und sich nicht dem Holocaust als einem Völkermord zu stellen. Dem Einzelnen, den gesellschaftlichen Organisationen, Städten und Gemeinden wurde klar, dass es nicht nur um persönliche Wiedergutmachung für Überlebende oder ihre Nachfahren ging, sondern auch um das Eingeständnis, dass es sich um einen

mörderischen Versuch gehandelt hatte, die Erinnerung an die Juden aus einem Jahrtausend deutscher Geschichte auszulöschen.

Mit anderen Worten: Die Erinnerung an die vertriebenen und ermordeten Juden war gleichbedeutend mit der Erinnerung an zentrale Kapitel der deutschen Geschichte, Gesellschaft und Kultur. Deutsche Literatur, Philosophie, Wissenschaft, Industrialisierung, Wirtschaft, Kunst und Journalismus – all diese Bereiche konnten nicht angesprochen werden, ohne den Beitrag von Juden auf ihren jeweiligen Gebieten zu berücksichtigen. Damit sind Israel und seine Errungenschaften und Herausforderungen ein bedeutender Teil der deutschen Geschichte und auch ein Symbol dafür, was Deutschland aufgrund des Nationalsozialismus verloren hat.

Viel ist über eine deutsch-jüdische Symbiose geschrieben worden, und wie der jüdische Religionshistoriker Gershom Scholem zweifelten viele, ob es sie je in Wirklichkeit und nicht nur als Mythos gegeben habe. Bundeskanzlerin Merkels fundamentale Aussage über die deutsche Staatsräson geht jedoch über die Politik hinaus. Auf eine tragische und auch traurige Weise können zwei Nationen nicht tiefer miteinander verbunden sein als Deutschland und Israel – das ist etwas, was beide Nationen nunmehr anerkennen.

Übersetzung aus dem Englischen: Wilfried Becker, Germersheim

Neuer Erlass als Kompass

Tradition und Traditionspflege in der Bundeswehr

URSULA VON DER LEYEN

Geboren 1958 in Ixelles/Elsene, Bezirk Brüssel (Belgien), 2005 bis 2009 Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2009 bis 2013 Bundesministerin für Arbeit und Soziales, seit 2013 Bundesministerin der Verteidigung.

In einer Welt voller Unsicherheiten und rascher Veränderungen sind feste Bezugspunkte von besonderer Bedeutung. Und zukunftsorientierter Wandel verlangt zunächst Gewissheit über den eigenen Standort. Deswegen habe ich im April 2018 den neuen Traditionserlass in Kraft gesetzt, den dritten in der über sechzigjährigen Geschichte der Bundeswehr. Der erste

Erlass stammte aus dem Jahr 1965, der bisherige von 1982. Damals war Deutschland noch geteilt, die Blockkonfrontation zwischen der NATO und

dem Warschauer Pakt bestimmte die Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik. Die Bundeswehr war eine Armee der allgemeinen Wehrpflicht mit dem zentralen Auftrag der Landes- und Bündnisverteidigung. Der alte Traditionserlass konnte auch noch nicht die Armee der Einheit und die Armee im Einsatz berücksichtigen. Er kannte weder den Kampf gegen den internationalen Terrorismus noch hybride Bedrohungen oder Konflikte im Cyber- und Informationsraum. Deswegen war es überfällig, dass sich die eine gemeinsame Bundeswehr unseres vereinten demokratischen Deutschlands ihrer Geschichte und ihrer Tradition neu versichert; dass sie sich wieder grundlegend mit Fragen beschäftigt wie: Woher kommen wir? Was macht uns aus? Was gibt unserem Handeln Sinn? Was können wir aus der Geschichte lernen? Wo sind die Fundamente, auf die wir unsere Zukunft bauen?

Gerade weil sich die Herausforderungen heute so schnell verändern, braucht unsere Bundeswehr ein gemeinsames Verständnis ihrer sinnstiftenden Tradition. Die Streitkräfte und die zivile Bundeswehrverwaltung müssen wissen, woher sie kommen, um in der Gegenwart verantwortlich handeln und mit klarem Kompass in die Zukunft gehen zu können. Deswegen muss sich die Bundeswehr immer wieder selbst vergewissern, auf welcher wertorientierten Basis sie steht.

Politische, gesellschaftliche und technische Entwicklungen üben permanenten Veränderungsdruck aus. Damit die Bundeswehr ihren Auftrag erfüllen kann, muss sie sich ständig weiterentwickeln. Dabei schließen Bewahren und Verändern einander nicht aus; vielmehr gehört beides zusammen. Es gilt, die richtige Balance zu halten zwischen der Bereitschaft, nötige Veränderungen zu wagen, und dem Willen, das zu bewahren, was als Maßstab und Richtschnur an künftige Generationen weitergegeben werden soll.

BRÜCKE ZWISCHEN VERGANGENHEIT UND ZUKUNFT

Der neue Traditionserlass betont deshalb auch die wachsende Bedeutung von historischer Bildung für die zivilen wie für die militärischen Angehörigen der Bundeswehr. Denn sie sollen Geschichte *verstehen*, statt sie nur zu kennen. Historische Bildung ist das Ergebnis einer kritisch-prüfenden Betrachtung vergangener Entwicklungen und Ereignisse. Sie gibt geistige Orientierungspunkte, die zielgerichtetes und wertegebundenes Denken und Handeln in einer sich rasch ändernden Welt ermöglichen. Sie vermittelt Kompetenz zur kritischen Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte, schärft die Urteilsfähigkeit. Sie fördert das Verständnis für historische und politische Zusammenhänge, für gesellschaftliche Strukturen und Prozesse, auch in anderen Kulturen. Sie lehrt, angeeignetes Wissen fundiert auf neue Herausforderungen anzuwenden. All diese Fähigkeiten werden besonders von unseren

Soldatinnen und Soldaten im Einsatz gefordert. Auch deswegen wollen wir der Vermittlung historischer Zusammenhänge an den Schulen und Bildungseinrichtungen der Bundeswehr sowie im täglichen Dienst künftig noch mehr Zeit einräumen.

Historische Bildung in der Bundeswehr ist eine wesentliche Voraussetzung für ein werteorientiertes Verständnis und die angemessene Pflege von Traditionsgut. Sie ist auch eine wichtige Bedingung für die Verwirklichung des Leitbildes vom Staatsbürger in Uniform. Gerade weil heute die Kenntnis der eigenen Geschichte nicht mehr als selbstverständlich vorausgesetzt werden kann, muss ihr in der Bundeswehr ein besonderer Platz zukommen. Die Auseinandersetzung mit der Geschichte hilft zugleich, die Identität der heutigen Bundeswehr zu bestimmen. Damit leistet historische Bildung einen wichtigen Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung unserer Frauen und Männer in der Bundeswehr. Sie fördert die Identifikation mit unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, mit der Rolle und den Aufgaben der Bundeswehr sowie die Auseinandersetzung mit dem eigenen Berufsbild.

Stärker als bei anderen sozialen Gruppen beruhen die innere Stabilität und der Zusammenhalt der militärischen Gemeinschaft, aber auch der zivilen Beschäftigten der Bundeswehr auf überlieferten Werten und Vorbildern. Tradition ermöglicht deren Bewahrung, Pflege und Weitergabe. Als geistige Brücke zwischen Vergangenheit und Zukunft gibt sie Orientierung für das Handeln und Führen in der Gegenwart. Tradition, verstanden als eine bewusste, wertegebundene Auswahl aus der Geschichte, ist ein wesentlicher Teil des Selbstverständnisses unserer Soldatinnen und Soldaten. Sie verbindet sie mit denen, die vor ihnen waren, und sie gewährleistet, dass prägende Erkenntnisse und Vorbilder fortwirken. Tradition gleicht so einem Kompass auf dem Weg in die Zukunft. Damit die Kompassnadel aber verlässlich die Richtung zeigt, braucht es Klarheit über ein gemeinsames Verständnis von Tradition und Handlungssicherheit in der praktischen Traditionspflege. Für beides schafft der neue Traditionserlass die Voraussetzung.

DER FREIHEITLICH-DEMOKRATISCHEN ORDNUNG VERPFLICHTET

Zwei Aspekte lagen uns bei der Erarbeitung dieses Regelwerks besonders am Herzen. Erstens wollten wir die deutsche Militärgeschichte in ihrer gesamten Breite in den Blick nehmen, aus ihr schöpfen und bewahren, was daraus für uns heute vorbildlich und sinnstiftend ist. Denn natürlich gab es herausragende soldatische Persönlichkeiten und außergewöhnliches soldatisches Handeln zu allen Zeiten unserer Geschichte – Handeln, das auf Werten gründete, die wir heute als Fundament unseres Grundgesetzes betrachten. Solches Handeln stiftet für uns deswegen auch heute noch Sinn.

Genau dieser Wertebezug schließt die Aufnahme der Wehrmacht als Institution in unseren Traditionskanon grundsätzlich aus. Der verbrecherische NS-Staat kann Tradition nicht begründen. Für die Streitkräfte eines demokratischen Rechtsstaates ist die Wehrmacht als Institution nicht traditionswürdig. Dieser Maßstab unserer Werte gilt auch für die Nationale Volksarmee (NVA) der DDR. In ihrem eigenen Selbstverständnis war sie Hauptwaffenträger einer sozialistischen Diktatur. Sie war fest in die Staatsideologie der DDR eingebunden und wesentlicher Garant für die Sicherung ihres politisch-gesellschaftlichen Systems.

DIE EIGENE GESCHICHTE WICHTIGER NEHMEN

Gleichwohl können einzelne Angehörige der Wehrmacht und der NVA traditionswürdige Vorbilder für die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr sein. Es kommt auf die einzelne Person an; und wir müssen immer sorgfältig abwägen. Dazu gehört auch die Frage nach persönlicher Schuld.

Die Aufnahme in unser Traditionsgut muss zudem eine Leistung zur Bedingung machen, die vorbildlich und sinnstiftend in die Gegenwart wirkt; etwa die Beteiligung am militärischen Widerstand gegen das NS-Regime, besondere Verdienste um den Aufbau der Bundeswehr, die Auflehnung gegen die SED-Herrschaft oder besondere Verdienste um die Deutsche Einheit. Militärische Exzellenz allein genügt nicht. Sie mag als Beispiel für Lehre und Ausbildung dienen. Tradition aber ist etwas anderes: Grundlage und Maßstab für das Traditionsverständnis und die Traditionspflege in der Bundeswehr, die freiheitlich-demokratischen Zielsetzungen verpflichtet ist, kann nur ein soldatisches Selbstverständnis sein, das auf den universellen Normen und Werten unseres Grundgesetzes ruht.

Die Bundeswehr ist die Armee einer gereiften, weltweit geachteten Demokratie. Diese Erkenntnis war der zweite Aspekt, der uns bei der Überarbeitung des Traditionserlasses geleitet hat: die eigene Geschichte als zentraler Bezugspunkt. Viele Generationen haben die Bundeswehr seit ihrer Aufstellung geprägt und sie zum Garanten unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung gemacht. Diese über sechzigjährige reiche Geschichte stellt die Bundeswehr nun viel stärker in den Mittelpunkt ihrer Erinnerungskultur. Es ist eine Geschichte, auf die alle ihre Angehörigen stolz sein können; genauso wie unsere Bürgerinnen und Bürger. Sie erzählt von Streitkräften in einer wehrhaften Demokratie, die sich im Kalten Krieg ebenso bewährt haben, wie sie nach 1990 die Wiedervereinigung unseres Landes vom ersten Tag an vorgelebt haben. Sie erzählt von Soldatinnen und Soldaten, die sich im Einsatz und auch im Gefecht bewährt haben; die lernen mussten, mit Tod und Verwundung umzugehen. Diese Armee ist für die Menschen in Deutschland da,

wenn sie gebraucht wird. Sie steht im siebten Jahrzehnt für das Recht und die Freiheit unseres Landes ein.

Geschichtskennntnis und Traditionsbewusstsein sind in einer modernen Armee unverzichtbar. Beides ist untrennbar verbunden mit der Frage nach dem Sinn des Dienstes unserer Soldatinnen und Soldaten, seinen ethischen Grundlagen und seiner geschichtlichen Verankerung.

WEDER DOGMA NOCH HANDLUNGSREZEPT

Die Tradition der Bundeswehr ist deswegen hoch relevant für das konkrete Handeln im Alltag wie im Einsatz. Tradition darf jedoch weder Dogma noch Handlungsrezept sein. Sie ist vielmehr Ausdruck des historischen Selbstverständnisses der Bundeswehr, das ihre Identität prägt und ihr die Richtung weist.

Vom Schweizer Historiker Jacob Burckhardt stammt das berühmte Bonmot, Geschichte mache nicht klug für ein anderes Mal, sondern weise für immer. Dementsprechend bietet die geistige Auseinandersetzung mit der Geschichte den Angehörigen der Bundeswehr nicht Ausbildung, sondern Bildung, nicht Handlungsanweisung, sondern Horizonte.

Dieses Mal ist alles anders!

—
Vom (begrenzten) Nutzen der Geschichte

ALEXANDER BRAKEL

Geboren 1976 in Bonn, Leiter
des Auslandsbüros der
Konrad-Adenauer-Stiftung
in Jerusalem, Israel.

„Aus der Geschichte lernen“ lautet eine Formulierung in zahlreichen Reden zu Gedenktagen. Gebildeter klingt es mit Cicero auf Latein: „historia magistra vitae“, Geschichte als Lehrmeisterin des Lebens. Am häufigsten wird diese Aufforderung

– zumindest in Deutschland – vermutlich auf den Nationalsozialismus bezogen. Um eine Wiederholung seiner Schrecken zu vermeiden, gelte es, die Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen.

Der genaue Blick entlarvt jedoch die Dürftigkeit dieser Position. Zunächst in Bezug auf das Konkrete: Soll wirklich erst die Erfahrung des sechsmillionenfachen Mordes an den Juden die Lehre von der moralischen Unzulässigkeit eines Genozids vermitteln? Hätten nicht die basalsten Gebote menschlichen Zusammenlebens ausreichen müssen, um die Shoah zu verhindern?

Und hilft die Kenntnis des Organigramms des Reichssicherheitshauptamtes, von Alfred Rosenbergs *Mythus des 20. Jahrhunderts* oder der Entstehungsgeschichte der SA, ein erneutes Abgleiten in die Barbarei unmöglich zu machen?

Das simple Lernen aus der Geschichte im Sinne der Vermeidung bereits begangener Fehler bricht sich offensichtlich auch an der menschlichen Psyche. „Erfahrungen vererben sich nicht. Jeder muss sie allein machen“, fasste Kurt Tucholsky zusammen. Freudig-zuversichtlich schwören sich Jahr für Jahr Hunderttausende junger Menschen in Deutschland Treue, „bis dass der Tod uns scheidet“, obwohl die Scheidungsstatistik zur Skepsis mahnt. Nach gleichem Muster werden die eigenen Risiken durch Rauchen oder Extremsportarten unterbewertet. Die kompilierten Erfahrungswerte der Allgemeinheit mit dem eigenen Leben in Verbindung zu bringen, scheint den menschlichen Geist zu überfordern. Die Versuchung, Begründungen zu entdecken, die den Einzelnen zur Ausnahme von der Regel machen, scheint groß zu sein – selbst für Profis. Unter dem Titel *Dieses Mal ist alles anders* erzählen die Harvard-Ökonomen Carmen Reinhart und Kenneth Rogoff die Geschichte der großen Finanzkrisen der letzten achthundert Jahre. Trotz ähnlich ablaufender Zyklen, trotz ähnlicher Krisenanzeichen retteten sich Anleger Mal für Mal in die Autosuggestion, die Lehren der Vergangenheit auf die eigene Situation nicht anwenden zu müssen.

NUR HINKENDE VERGLEICHE?

Die Einsicht in die Anfälligkeit ihrer Landsleute für politische Verführung veranlasste die Mütter und Väter des Grundgesetzes, die Lehren aus dem Scheitern der ersten deutschen Demokratie in den Institutionen der Bundesrepublik zu verankern. In vielerlei Hinsicht liest sich die De-facto-Verfassung der jungen deutschen Demokratie wie eine Auseinandersetzung mit der Weimarer Reichsverfassung, genauer gesagt mit den Elementen, die den Aufstieg Hitlers begünstigt haben: Statt eines starken Reichspräsidenten setzt das Grundgesetz auf ein Staatsoberhaupt, dessen Kompetenzen sich weitgehend im Repräsentativen erschöpfen. Anders als zu Weimarer Zeiten waren Plebiszite nicht vorgesehen. Die Auflösung des Parlaments wurde erschwert. Vertrauen, dass ihre Mitbürger die Lehren aus der Geschichte gezogen hatten, zeigten die Mitglieder des Parlamentarischen Rats also ausdrücklich nicht.

Allerdings ist bisher vermutlich noch kein Staatsstreich von einer Konstitution allein unterbunden worden, und auch der Aufbau der nationalsozialistischen Diktatur nach 1933 folgte nicht den Vorgaben der Verfassung. Ohne die Wertschätzung der Bürger für die demokratische Ordnung wird selbst das Grundgesetz seine Resilienz in Krisenzeiten nicht bewahren können. Sicherlich liefert die Geschichte – genau wie der internationale Vergleich der Gegenwart – überreiche Belege für die Überlegenheit des demokratisch

verfassten Rechtsstaats mit marktwirtschaftlicher Ordnung. Solcherlei historisch gestützte Erkenntnis ist sicherlich geeignet, die demokratischen Überzeugungen zu festigen. Dennoch ist die Annahme zweifelhaft, das Wissen über die Vergangenheit werde vor politischen Fehlentscheidungen mit weitreichenden Folgen für die demokratische Gesellschaft bewahren. Denn: Dieses Mal ist doch alles anders!

Und ist es das nicht auch? Sind historische Analogien meistens nicht mehr als hinkende Vergleiche mit geringer Aussagekraft für die Gegenwart? Als sich nach der russischen Annexion der Krim die Frage nach der angebrachten Reaktion des Westens stellte, warnten viele Beobachter unter Verweis auf das Münchner Abkommen 1938 vor einem *Appeasement*, einer Beschwichtigung. Andere verwiesen auf die Julikrise 1914 und forderten stattdessen einen verstärkten Dialog, um den unbeabsichtigten Ausbruch eines großen Krieges zu verhindern. Die Frage, welches der beiden historischen Ereignisse besser auf die Situation im Frühjahr 2014 passte, lässt sich schwer beantworten. Sie setzt zumindest eine tiefe Auseinandersetzung mit der Vorgeschichte und den Rahmenbedingungen aller drei Ereignisse voraus. Aber selbst dann liegt keine Blaupause für das richtige Vorgehen vor, und Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen, schützt nicht davor, neue zu begehen.

WICHTIGES ORIENTIERUNGSWISSEN

Zugleich weisen die Krimkrise und historische Analogien auf zwei Arten hin, wie tatsächlich Nutzen aus der Geschichte gezogen werden kann: Zum einen bietet die Geschichte eine beinahe unbegrenzte Zahl von Fallbeispielen zum Studium menschlichen Verhaltens, Regierungshandelns, des Ineinandergreifens struktureller und personeller Faktoren, tatsächlicher wie vermeintlicher Notwendigkeiten und vieles mehr. Den Umstand der zeitlichen Abgeschlossenheit seines Gegenstandes hat der Historiker dem zeitgenössisch arbeitenden Sozialwissenschaftler ebenso voraus wie den umfangreicheren Zugang zu den Quellen. Eine vergleichsweise vollständige Untersuchung zur krisenhaften Entwicklung 1914, wie sie etwa Christopher Clark mit seinen „Schlafwandlern“ vorlegte, wird für die Krimkrise erst in einigen Jahrzehnten möglich sein. Der Blick in die Vergangenheit kann somit die Analysefähigkeit für die Gegenwart schärfen, gleichzeitig besteht wegen der bekannten Chronologie der Abläufe die Gefahr, zeitliche Korrelationen mit Kausalitäten zu verwechseln.

Weiterhin liefert die Kenntnis der Vergangenheit wichtiges Orientierungswissen. Selbst wenn aus der Historie keine direkten Handlungsanweisungen für den Umgang mit der russischen Aggression gezogen werden konnten, so hätte die Kenntnis der russisch-ukrainischen Geschichte manche

Fehlannahme verhindern können. Gebetsmühenhaft wiederholte der damalige Außenminister Frank-Walter Steinmeier die Behauptung, die Östliche Partnerschaft der Europäischen Nachbarschaftspolitik richte sich nicht gegen Russland. Eine kurze Betrachtung des Geschichtsbildes von Wladimir Putin und weiter Teile der russischen Gesellschaft hätte genügt, um zu erkennen, dass dies zumindest von russischer Seite aus anders wahrgenommen wurde. Das macht die europäische Politik nicht falsch. Die mangelnde Vorbereitung auf die gewaltsame Moskauer Reaktion offenbarte aber ein gerütteltes Maß Naivität, nicht zuletzt in historischer Hinsicht.

Wenn laut William Faulkner „das Vergangene [...] noch nicht einmal vergangen“ ist, sondern bis heute Realität wie Wahrnehmungen gleichermaßen prägt, ist die Kenntnis der Geschichte zum Verständnis der Gegenwart unumgänglich. Das betrifft besonders die Vergangenheit des eigenen Landes, und zwar nicht nur, um zu begreifen, woher man kommt, sondern auch, um zu verstehen, wie man von anderen wahrgenommen wird.

HISTORISCHE SENSIBILITÄT IST UNABDINGBAR

Die Aussage Alexander Gaulands, die NS-Zeit betreffe „unsere Identität heute nicht mehr“, ist nicht nur infame Apologetik, sondern offenbart auch einen doppelten Fehlschluss:

Erstens zeigt bereits das Bedürfnis, eine derartige Behauptung aufzustellen, ihre Haltlosigkeit. Eine vergleichbare Bemerkung über die Schlacht im Teutoburger Wald oder Heinrich I. hätte Achselzucken (unter Teilen der AfD-Anhänger vielleicht jedoch Entsetzen) ausgelöst. Im Falle des „Dritten Reichs“ wusste jedoch jeder, wovon eigentlich die Rede war.

Zweitens besteht Identität ebenso aus Eigen- wie aus Fremdwahrnehmung. Zwar mag es angenehm sein, sich als den hilfsbereiten Jahrgangsbesten zu sehen, der andere immer hat abschreiben lassen. Wenn einen aber die Klassenkameraden vor allem für einen selbstbezogenen Streber halten, hat das Auswirkungen auf die eigene Identität. Schon für sich genommen ist Gaulands Versuch, sich eine eigene historische Wirklichkeit zu basteln, in der Friedrich II. und Bismarck vorkommen, Hitler aber nicht, zum Scheitern verurteilt. Erst recht wird es nicht gelingen, den Nachbarländern eine solche Sicht auf die deutsche Geschichte vorzuschreiben.

Angesichts der Monstrosität der deutschen Besatzungsverbrechen und des millionenfachen Völkermords wird die Erinnerung an das „Dritte Reich“ die an Konrad Adenauer oder Willy Brandt wohl dauerhaft überlagern. Das bedeutet – anders als von rechter Seite unterstellt – keine ständige „Schuld-kultur“, wohl aber historische Sensibilität. Wer heute als Deutscher in Polen, Belarus, der Ukraine oder Russland unterwegs ist – um die Länder zu nennen, die wahrscheinlich am stärksten unter den Nationalsozialisten gelitten

haben –, wird fast ausschließlich positive Reaktionen erfahren. Das gilt auch für Israel, das Land der Überlebenden des Holocausts und ihrer Nachfahren. Neben Anerkennung für die Politik der Bundesrepublik und die wirtschaftliche Stärke unseres Landes liegt dies zu einem entscheidenden Teil auch daran, dass Deutschland und die Deutschen die historische Schuld akzeptiert haben und eben nicht versuchen, sie zu verharmlosen.

ALLES ANDERE ALS BANAL

Für den Einzelnen bedeutet dies, das notwendige Fingerspitzengefühl aufzubringen, das wiederum ohne historische Kenntnisse nicht zu haben ist. Wenn ein israelischer Gesprächspartner einem deutschen Touristen aus Frankfurt erzählt, auch die eigene Großmutter stamme aus dieser Stadt, ist das keine Aufforderung zur Reue, sondern eine Betonung von Gemeinsamkeiten. Dennoch erwartet er genug Geschichtsbewusstsein von seinem Gegenüber, die Frage nach dem Grund für die Auswanderung nicht zu stellen. Und im gleichen Sinne darf ein Pole oder Russe grundlegende Kenntnisse etwa über die Niederschlagung des Warschauer Aufstands oder die Belagerung Leningrads erwarten. Auch zum Vermeiden von Fettnäpfchen studieren wir Geschichte. Und das ist weit weniger banal, als es sich anhört.

„Keine Feigenblattfunktion“

Über das neue Amt des Antisemitismus-Beauftragten

FELIX KLEIN

Geboren 1968 in Darmstadt, seit 2018 Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus.

Was sagt es über das Gelingen unserer Erinnerungskultur aus, wenn es rund sieben Jahre nach dem Holocaust einen „Beauftragten der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und für den Kampf gegen Antisemitismus“ geben muss? Axel-Springer-Chef Mathias Döpfner ist der Meinung, es sei eigentlich eine „Schande“.

Felix Klein: Den offenen und selbstkritischen Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit werte ich als eine große Stärke der deutschen Gesellschaft. Diese lebendige Erinnerungskultur mahnt auch sieben Jahre nach dem Holocaust zur Wachsamkeit und zur Entschlossenheit, gegen jedwede Form von Antisemitismus einzuschreiten. Ich erlebe – auch mit dem großen Interesse an meinem Amt – eine Öffentlichkeit, die auf diese Fragen hoch sensibel reagiert. Auf dieser Grundlage sehe ich vor allem die Chance, Positives bewirken zu können.



© picture alliance / Britta Pedersen / dpa-zentralbild/dpa

Manche, noch dazu Wohlmeinende, reagierten mit Skepsis oder gar Zynismus auf die Einführung Ihres Amtes. „So hilfreich wie ein Wetterbeauftragter“, erachtete es Henryk M. Broder angesichts der Größe der Aufgaben.

Felix Klein: Der Antisemitismus hat trotz aller Anstrengungen, ihn zu bekämpfen, nie aufgehört, zu existieren. Jetzt ist er wieder sichtbarer geworden – beispielsweise durch Hassbotschaften in den sozialen Medien. Die Bundesregierung hat festgestellt, dass sich neue Flanken öffnen, die – vielleicht koordinierter als zuvor – geschlossen werden müssen. Ich habe nicht vor, eine Feigenblattfunktion einzunehmen, sondern werde im Gegenteil Politiker, Journalisten, Multiplikatoren

insgesamt auf die Probleme aufmerksam machen – überall, wo sich Antisemitismus äußert.

Antisemitismus wird aktuell sehr unterschiedlich wahrgenommen: Achtzig Prozent der in Deutschland lebenden Juden sind der Auffassung, er nehme zu und sei eine Bedrohung. Dagegen meinen achtzig Prozent der nichtjüdischen Deutschen, das Thema Antisemitismus sei nicht so relevant. Diese Diskrepanz muss man auflösen, und ein Schlüssel dafür ist die Herstellung von Öffentlichkeit. Mein Amt wird trotz seiner überschaubaren Ressourcen einen wesentlichen Beitrag dazu leisten.

Minderheiten, die unter Diskriminierungen zu leiden haben, können sich

beispielsweise an die Antidiskriminierungsstelle beim Familienministerium wenden. Inwieweit hat es auch historische Gründe, dass es nun eigens einen sogenannten Antisemitismus-Beauftragten gibt?

Felix Klein: Deutschland ist verantwortlich für die grausamste gruppenspezifische Diskriminierung, die es in der Geschichte gegeben hat: die Verfolgung, Vertreibung und die systematische Ermordung von Millionen Juden. Keine andere Eskalation des Rassismus ist damit vergleichbar. Hinzu kommt, dass sich beim Antisemitismus rassistische mit verschiedenen ideologischen Motivationen auf gefährliche Weise vermischen. Juden haben nicht nur unter Herabsetzungen zu leiden, weil sie jüdisch sind, sondern werden unter Stichworten wie „jüdische Weltverschwörung“ oder „Kontrolle der Juden über das Kapital“ ökonomisch wie politisch als übermächtige anonyme Bedrohung hingestellt.

Angesichts von über eintausend registrierten Übergriffen auf Muslime und islamische Einrichtungen im vergangenen Jahr stellt mancher die Frage, ob ein „Anti-Islamophobie-Beauftragter“ nicht ebenso berechtigt wäre ...

Felix Klein: Dass Muslime in Deutschland diskriminiert und sogar angegriffen werden, ist genauso wenig hinnehmbar wie jede antisemitische Handlung. Übergriffe dieser Art beanspruchen die gleiche juristische und politische Aufmerksamkeit. Aber die Hintergründe sind andere: Jüdisches Leben ist seit vielen Jahrhunderten ureigener Bestandteil der deutschen Kultur, es ist nicht neu hinzugekommen

und muss nicht neu integriert werden. Auf diese historische und kulturelle Prägung durch das Judentum verstärkt aufmerksam zu machen, sehe ich als einen wesentlichen Aspekt meines Auftrags. Es geht vor allem auch darum, positive Signale zu setzen und jüdisches Leben für die Mehrheitsgesellschaft in seiner Geschichte und Gegenwart erlebbarer zu machen. Letztlich scheint mir das eine der besten Waffen zur Bekämpfung des Antisemitismus zu sein.

Millionen von Juden sind in der Zeit des Nationalsozialismus verfolgt und ermordet worden. Vor diesem Hintergrund warne ich vor leichtfertigen Gleichsetzungen, wie sie in diesem Kontext leider vorkommen, wenn etwa von Muslimen als den neuen Juden die Rede ist und so die Maßstäbe zwischen dem Geschehen im Nationalsozialismus und der Aktualität heute in eine totale Schiefelage geraten.

Daher muss gegen Übergriffe auf Muslime und islamische Einrichtungen ebenso energisch vorgegangen werden. Aber wegen der unterschiedlichen Hintergründe müssen die Antworten nicht zwangsläufig dieselben sein. Eine Beauftragte für Integration gibt es ja seit geraumer Zeit.

Manche Beobachter halten den heutigen Antisemitismus in Westeuropa fast ausschließlich für ein muslimisches Phänomen. Wenn dem so wäre, ginge es doch vor allem um Fragen der Integration, wofür es – wie Sie feststellen – bereits eine Beauftragte gibt.

Felix Klein: Wie gesagt, hat der positive Teil meiner Aufgabenbeschreibung, „Beauftragter für jüdisches Leben“ zu sein, großen Stellenwert. Hier geht es schon

deshalb nicht um Integration, weil jüdisches Leben – anders, als es die Nazis wahrhaben wollten – seit jeher integraler Bestandteil deutscher Kultur gewesen ist.

Dass der heutige Antisemitismus ausschließlich ein „muslimisches Phänomen“ sei, greift meines Erachtens zu kurz, zumal diese Problembeschreibung die Gefahr falscher Umkehrschlüsse birgt – nämlich dass Muslime automatisch Antisemiten seien, was selbstverständlich zurückzuweisen ist. Zur Beschreibung des heutigen Antisemitismus bedarf es eines weit umfassenderen Szenarios ...

Das sagt Josef Schuster zwar auch, fügt aber hinzu, dass sich die Juden in Deutschland momentan vor allem wegen des islamistisch motivierten Antisemitismus große Sorgen machen.

Felix Klein: Einen Anhaltspunkt gibt die Polizeiliche Kriminalstatistik: Rein zahlenmäßig wäre der Antisemitismus von Rechtsextremen nach wie vor die größte Gefahr. Wenn man sich aber die antisemitischen Vorfälle ansieht, die die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) für Berlin ermittelt hat, ergibt sich zumindest dort ein anderes Bild. Es kommt dem weitaus näher, was viele Juden in Deutschland wahrnehmen, wenn sie aktuell die größere Bedrohung im Antisemitismus unter Muslimen ausmachen.

Dennoch möchte ich mich nicht auf eine Hierarchisierung der Formen von Antisemitismus einlassen, schließlich ist jeder Fall ein Fall zu viel. Auch im links-extremen Spektrum werden rote Linien überschritten.

Wie passt Rockmusiker Roger Waters, der Sie von einer Bühne herab auch

persönlich kritisiert hat, in Ihr Lagebild?

Felix Klein: Roger Waters würde ich als Vertreter eines linken, israelbezogenen Antisemitismus einordnen, der zwar zahlenmäßig kein besonders großes Gewicht hat, aber deswegen nicht minder gefährlich ist. Er geht primär aus Künstlerkreisen oder einem intellektuellen Milieu hervor und übt auf gewisse Eliten eine meinungsbildende Wirkung aus.

Sie fangen erst an, ein detailliertes Lagebild für Ihre Arbeit zu entwickeln. Wo würden Sie zu diesem Zeitpunkt intuitiv ansetzen?

Felix Klein: Von der Intuition: Hass im Netz ist eines der großen Probleme. Inzwischen gibt es mit dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz ein Instrument, mit dem Antisemitismus systematisch aufgedeckt und gemeldet werden kann. Aber es muss jetzt auch konsequent angewendet werden. Ein anderer Schwerpunkt liegt gewiss im Bildungs- und Erziehungsbereich. Wir müssen beispielsweise entschlossen dagegen vorgehen, dass „Jude“ wieder ein Schimpfwort auf deutschen Schulhöfen ist. Ich werde auf die Kultusministerkonferenz zugehen – mit dem Ziel, eine Bund-Länder-Kommission einzurichten, die über diese Fragen spricht und Konzepte anbietet. Wichtig ist mir auch, dass Lehrerinnen und Lehrer besser in die Lage versetzt werden, schnell, entschlossen und adäquat gegen Antisemitismus vorzugehen.

Vor uns liegt die Aufgabe, Formen der Erinnerung zu finden, die jüngere Menschen stärker anspricht und sensibilisiert – und das selbst dann, wenn ihre Eltern

nicht aus Deutschland stammen. Die Nachwirkungen der NS-Diktatur sind bis heute spürbar und prägen unsere Realität. Alle, die in Deutschland leben, tragen eine Verantwortung für die Erinnerung daran und sind durch die Geschichte gefordert.

Wie angedeutet, setze ich aber auch auf eine größere Selbstverständlichkeit jüdischen Lebens im Alltag und hoffe darauf, dass sich jüdische Gemeinden stärker öffnen – etwa mit Tagen der offenen Synagoge oder attraktiven Kulturfestivals. Es sollen Menschen in die Synagogen kommen, die wenig vertraut mit jüdischer Kultur sind. Die Präsenz und Lebendigkeit des Judentums muss verstärkt dargestellt werden – etwa auf öffentlichen Plätzen mit Hanukkah-Leuchtern. Wo es keine jüdischen Gemeinden mehr gibt, sollte die nichtjüdische Bevölkerung auf die vorhandenen Zeugnisse der jüdischen Kultur aufmerksam gemacht werden – mithilfe der jüdischen Gemeinden, aber auch etwa der Kultus- und Schulbehörden.

Wie steht es um den jüdisch-muslimischen Dialog?

Felix Klein: Ich weiß von einigen Vorsitzenden jüdischer Gemeinden, die nach dem Freitagsgebet in Moscheen eingeladen werden. Insofern gibt es diesen Dialog bereits, aber es wäre wünschenswert, ihn auszubauen. Wenn jüdische Gemeindevertreter und Organisationen gemeinsam gegen Hass und Gewalt auftreten und so die Solidarität zwischen allen Bürgern unterstreichen, setzt das starke Zeichen. Allerdings gibt es die Schwierigkeit,

Ansprechpartner zu finden, denn nur etwa zwanzig Prozent der Muslime in Deutschland sind organisiert. Trotzdem müssen wir es versuchen und vor allem über die Moschee-Gemeinden oder landsmannschaftlich geführte Vereinigungen auf Muslime zugehen.

Eine weitere Schwierigkeit liegt darin, dass sich die politische Situation in der Türkei verändert hat. Jahrzehntlang gab es keine Probleme zwischen türkischstämmigen Muslimen und Juden in Deutschland. Nun wirft die Verbundenheit vieler Moschee-Gemeinden mit dem türkischen Staat Probleme auf.

Wenn Sie jüdisches Leben in Deutschland fördern möchten – welche Rolle spielt dabei die Erinnerungskultur auch angesichts vermehrter Tabuverletzungen wie die „Vogelschiss“-Äußerung von Alexander Gauland?

Felix Klein: Erinnerungskultur ist eine Grundlage meiner Arbeit. Ohne sie lässt sich jüdisches Leben in Deutschland nicht richtig verstehen. Wenn der Nationalsozialismus verharmlost und relativiert wird, reicht das weit über die jüdische Gemeinde hinaus. Ganz Deutschland nimmt dabei Schaden! Eine Gesellschaft, die eine schonungslose Auseinandersetzung mit ihrer Vergangenheit zulässt, ist stark. Dagegen ist es ein Zeichen von tiefer Schwäche, diese Diskussionen zurückdrängen oder abschneiden zu wollen.

Das Gespräch führte Bernd Löhmann am 21. Juni 2018.

Angriff auf die Geschichte

—
Populismus versus kritisches Geschichtsbewusstsein

MARTIN SCHULZE WESSEL

Geboren 1962 in Münster, Historiker, 2012 bis 2016 Vorsitzender des Verbandes der Historiker und Historikerinnen Deutschlands, seit 2017 Vorsitzender des Historischen Kollegs in München, Inhaber des Lehrstuhls für Geschichte Ost- und Südosteuropas, Ludwig-Maximilians-Universität München.

Weltweit sehen sich Demokratien durch Populismus, autoritäre Geschichtsentwürfe und den Gebrauch „alternativer Fakten“ herausgefordert. Bei allen Unterschieden zwischen den Verhältnissen in den USA, in Polen, Ungarn, der Türkei oder auch Indien sind bestimmte Ähnlichkeiten in den Machttechniken der jeweiligen populistischen Regierungen nicht zu übersehen: Der Anspruch, das „wahre Volk“ zu repräsentieren, grenzt

diejenigen aus, die aus Sicht der Populisten anders sind – Fremde, Minderheiten und Andersdenkende. Der populistische Herrschaftsanspruch wendet sich außerdem gegen alle intermediären Institutionen – gegen die Verfassungsgerichte, welche den Spielraum der Regierungen einschränken, gegen

die Medien, welche bezichtigt werden, die Wahrheit zu verschleiern und Fake News zu produzieren, und gegen die unabhängige Wissenschaft. Populistische Bewegungen in Österreich oder in Frankreich verfahren ebenso. In vielen Fällen wird auf vordemokratische, autoritäre Geschichtsentwürfe zurückgegriffen. Unter den europäischen Populisten gewinnen das antidemokratische Denken der Weimarer Republik und des italienischen Faschismus sowie biologistische Konzeptionen des Staatsvolks an Attraktivität.

Die Herausforderung des Populismus betrifft im Bereich der Wissenschaft vielleicht kein Fach so sehr wie die Geschichte. Populismus zeichnet sich durch einen paradoxen Umgang mit der Wirklichkeit aus: Die liberalen Medien der Produktion von Fake News zu bezichtigen und sich zugleich auf „alternative Fakten“ zu beziehen, ist eine Machttechnik, die das methodische Selbstverständnis der Geschichtswissenschaft herausfordert. Anders als die Literatur- und Kunstwissenschaften, die vorwiegend fiktionale Texte und Artefakte erforschen, geht die Geschichtswissenschaft im Kern der Frage nach, „wie es eigentlich gewesen ist“ (Leopold von Ranke). Die Entstehung der Geschichtswissenschaft im 18./19. Jahrhundert war eng mit dem heute wieder aktuellen gesellschaftlichen Anspruch verbunden, Legendenbildungen auf eine systematische, regelbasierte Weise entgegenzuwirken. Wer sich intensiv mit der Methodik der Geschichtswissenschaft beschäftigt hat, weiß jedoch, wie schwierig die wahrheitsgemäße Rekonstruktion von Wirklichkeit ist. „Die Beobachtung der Gegenwart lehrt uns“, so Johann Gustav Droysen in seinem 1868 veröffentlichten *Grundriss der Historik*, „wie jede Thatsache von andern Gesichtspunkten aus anders aufgefasst, erzählt, in Zusammenhang gestellt wird, wie jede Handlung – im privaten Leben nicht minder wie im öffentlichen – die verschiedenartigsten Deutungen erfährt.“ Das Bestreben, Wirklichkeit genau zu rekonstruieren, und das Wissen um die immer nur annäherungsweise Möglichkeit, dies zu tun, gehören zum Kern des Selbstverständnisses der Geschichtswissenschaft.

RADIKALE UMDEUTUNGEN

Die Geschichtswissenschaft gewinnt nicht nur im Hinblick auf ihre Methode, sondern auch als kritische Instanz durch die Herausforderung des neuen Populismus an Bedeutung. Es ist ein Kampf um historische Bedeutungen entbrannt, wie ihn die Bundesrepublik lange Zeit in dieser Vehemenz nicht gekannt hat. Historische Symbole werden umgewertet und im politischen Meinungskampf eingesetzt; so zum Beispiel das schwarz-rot-goldene Philippskreuz, entworfen von einem katholischen Widerstandskämpfer aus dem Umkreis Claus Schenk Graf von Stauffenbergs, das jetzt von der Pegida-Bewegung genutzt wird. Am 5. Mai 2018 organisierte der Finanzberater Max Otte, unterstützt von AfD und Pegida, ein „neues Hambacher Fest“, auf dem

ein xenophober Nationalismus sich selbst feierte. Auch darin ist der Versuch zu erkennen, sich der zentralen Symbole der deutschen Demokratie zu bemächtigen und diese radikal umzudeuten. Das Hambacher Fest war eines der wenigen großen Ereignisse des 19. Jahrhunderts, die als Bezugspunkt für ein aufgeklärtes Geschichtsbewusstsein in Deutschland geeignet sind: Am 27. Mai 1832 versammelten sich etwa 30.000 Menschen – in der Mehrheit Deutsche, jedoch auch Franzosen, Engländer und Polen – im Zeichen von Schwarz, Rot und Gold, um für Recht und Freiheit zu demonstrieren. Einer der zentralen Leitbegriffe war – im diametralen Gegensatz zu den Slogans des „neuen Hambacher Fests“ – die „freie europäische Republik“! Geschichtswissenschaft muss auf die geschichtspolitischen Umdeutungsversuche von politischer Semantik und Symbolik aufmerksam machen. Diese wichtige Funktion, Verschiebungen in der politischen Kultur anzuzeigen, erfüllt die Geschichtswissenschaft aus ihrem ureigenen Selbstverständnis heraus.

EMANZIPATIVES POTENZIAL

Komplizierter verhält es sich mit der in Gesellschaft und Politik zuweilen formulierten Erwartung, dass die Geschichtswissenschaft konkrete Lehren für die Gegenwart bereithalten, also in einem unmittelbaren und verbindlichen Sinne gesellschaftlich nützlich werden soll. Dem Sinn von Bildung widerspricht es, sie in den Dienst zu nehmen. Soll sie eine bestimmte, fest umrissene Aufgabe für die Gesellschaft erfüllen, verfehlt sie ihren eigentlichen Zweck, nämlich den Menschen zum eigenständigen, verantwortungsvollen Denken und Handeln zu bilden. Die Orientierungsfunktion, die der Geschichtswissenschaft oft zugeschrieben wird, steht deshalb in einem Spannungsverhältnis zum emanzipativen Potenzial der Geisteswissenschaften. Geschichte ist auf Basis der kritischen Befragung historischer Quellen immer wieder neu zu deuten; nur in der Vielzahl auch widersprüchlicher Einsichten, die sich aus ihr gewinnen lassen, vermag sie in einer indirekten Weise Orientierung zu geben.

Bemerkenswert ist dabei auch, dass das Studium der Geschichte durchaus verschiedene Haltungen bezüglich eines künftigen Wandels fördert: Auf der einen Seite begünstigt sie eine Skepsis gegenüber den modernen Planbarkeitsvorstellungen, was man als eine konservative Grundeinstellung bezeichnen kann. Das Studium großer Reformprojekte oder umfassender Modernisierungsstrategien vermittelt auch ein anschauliches Wissen darüber, dass große Vorhaben immer auch mit unbeabsichtigten Folgen verbunden sind. So lehrt die Beschäftigung mit Geschichte Skepsis gegenüber verlockend einfachen Totalentwürfen für die Gesellschaft und führt zur Einsicht in die Ambivalenzen politischer Entscheidungen, deren langfristige Wirkungen in der Gegenwart nicht abzusehen sind. Wie begrenzt die Spielräume

politischen Handelns manchmal sind, ist kaum aus der Beschäftigung mit der Tagespolitik zu erkennen, deren Hintergründe für den Beobachter teilweise verborgen bleiben. Erst nach Öffnung der Archive werden rückblickend die Umstände politischer Entscheidungen umfassend sichtbar. Auf der anderen Seite eröffnet die Geschichte die Möglichkeit, sich Handlungsspielräumen bewusst zu werden, eine andere und bessere Welt zu denken und anzustreben. Sie stärkt also auch eine Grunddisposition, die in den linken Traditionen des politischen Denkens beheimatet ist. Das Eintauchen in die fremde Welt zurückliegender Epochen eröffnet die Möglichkeit, sich von den Selbstverständlichkeiten der Gegenwart zu emanzipieren, sich eine andere Zukunft vorzustellen.

„GEGEN EINE KOMPLEXE DEMOKRATISCHE WIRKLICHKEIT“

Ob konservativ oder emanzipativ: In jedem Falle unterscheidet sich demokratisches Geschichtsd Denken vom Geschichtsgebrauch der Diktaturen. Nicht von ungefähr fordern Diktaturen selektive Vergangenheitsdeutungen ein und legitimieren damit eine doktrinär festgelegte Gegenwart und Zukunft. Demokratie lebt auch von der Distanzierung vom Sachzwang, so sehr sich die Exekutive auch in Demokratien auf diesen berufen mag. Geschichte hat insofern eine demokratische Aufgabe – ihr Studium schult das Denken in Optionen. Nur die Beschäftigung mit Geschichte vermittelt ein Bewusstsein für die Kontingenz des Geschehens: Chancen können ergriffen, aber auch verpasst werden. Die konkrete Einsicht in das Gelingen oder Scheitern großer Projekte vermittelt die Erkenntnis, dass Prozesse in Geschichte und Politik nicht naturwüchsig und unumkehrbar sind, sondern von dem verantwortlichen Handeln der Akteure abhängen. Das Denken in langen Zeitperioden, in den Ereignisketten von Ursachen und Wirkungen, ermöglicht, Grundentscheidungen unserer Gegenwart zu begreifen.

Die besondere Aktualität, die Geschichtswissenschaft heute im Zeichen der Herausforderung durch populistische Bewegungen erlangt hat, hängt mit ihrer Fähigkeit zusammen, Wirklichkeit in ihrer Komplexität zu vermitteln. Peter Graf Kielmansegg hat in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 13. Februar 2017 formuliert: Der Populismus stehe für „das Aufbegehren eines eindimensionalen Demokratieverständnisses gegen eine komplexe demokratische Wirklichkeit“. Die Komplexität der repräsentativen Demokratie im Verfassungsstaat besteht darin, dass Differenz institutionalisiert wird. Der Idee der Volksherrschaft steht das Postulat ihrer Verrechtlichung gegenüber, an der Stelle des einen, mit sich selbst einigen Volkes steht die Anerkennung der Vielheit der Gruppen. Zum Grundverständnis der liberalen Demokratie gehört, dass nicht jeder Mehrheitsentscheid legitim ist, sondern nur mit der

Achtung von Menschenrechten zu vereinbarende demokratische Entscheidungen legitim sind.

Der liberale Verfassungsstaat hat also bestimmte Vorentscheidungen getroffen, die dem demokratischen Mehrheitsentscheid entzogen sind. Genau dagegen richtet sich das Konzept der nicht-liberalen Demokratie, das der ungarische Regierungschef Viktor Orbán mit aller Klarheit als Prinzip für seine Partei *Fidesz* reklamiert und das für viele populistische Bewegungen ein Leitkonzept ist. Volkssouveränität als unbedingte politische Willensfreiheit zu deuten, die sich gegen pluralistische Strukturen und sogar gezielt gegen Minderheiten richten kann, ist eine populistische Argumentationsfigur, deren Wirksamkeit man nicht unterschätzen sollte, gerade weil sie mit dem oft ethno-nationalistisch gedachten „Willen des Volkes“ operiert, um diesen allerdings potenziell gegen die Menschenrechte und damit auch die Freiheit selbst zu richten.

AKTUALITÄT VON WEIMAR?

Insbesondere in der deutschen Geschichte gibt es historische Erfahrungen, die veranschaulichen, welche Gefahren lauern, wenn das Prinzip des Mehrheitswillens gegen repräsentative Demokratie und die Sicherung von Grundrechten ausgespielt wird. Andreas Wirsching hat auf die Aktualität bestimmter Lehren hingewiesen, die aus der Geschichte der Weimarer Republik zu ziehen sind (Andreas Wirsching: „Appell an die Vernunft“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 24. April 2017): So bestand eine markante Schwäche der Weimarer Republik gerade in dem grundsätzlichen Misstrauen gegen die Legitimität des gesellschaftlichen Pluralismus, die in der zum Teil vehementen Ablehnung der Weimarer Republik als eines in sich zerrissenen „Parteienstaates“ zum Ausdruck kam. Das Ideal vieler Politiker blieb die Idee einer (scheinbar) über den Parteien schwebenden Regierung. Dabei litt die politische Kultur von Weimar an der Dissonanz zwischen der erfahrenen gesellschaftlichen Pluralität und der eigenen Wirklichkeitsdeutung, welche Vielfalt negiert und das eigene „wahre“ – um Andersdenkende und „Andersrassige“ reduzierte – Volk als den einzig legitimen Souverän deutet. Die Erringung der Mehrheit war für die Nationalsozialisten erklärtermaßen gleichbedeutend mit der Vernichtung des Feinds.

Man könnte einwenden, dass die Geschichte von Weimar für die Gegenwart keine Lehren mehr enthält; zu sehr haben sich die politischen Verhältnisse der Bundesrepublik von denen Weimars entfernt. Die Wiederkehr von Kampfbegriffen wie „Lügenpresse“ und „Volksverräter“ signalisiert jedoch, in welchem Maße sich gegenwärtig eine politische Sprache der absoluten Feindschaft wieder etablieren kann, die der Vergangenheit anzugehören schien. Geschichte kann also zeigen, wohin die rücksichtslose Reduktion komplexer Wirklichkeit im Extremfall führt.

Doch ist Geschichte nicht nur ein Reservoir von Lehren, um sich gegen die Gefahren der Gegenwart zu wappnen. Vielmehr ist Geschichte selbst zu einem Schlachtfeld geworden, auf dem der Konflikt zwischen der liberalen Demokratie und ihren Feinden ausgetragen wird. Die populistischen Feinde der pluralistischen und freien Gesellschaft wollen ein ruhmreiches und makelloses nationales Geschichtsbild durchsetzen, das frei ist von Ambivalenzen, Brüchen und vor allem von historischer Schuld. So wenig populistische Ideologen eine komplexe Wirklichkeit zulassen wollen, so sehr forcieren sie ein einfaches mythisches Narrativ der eigenen Volksgeschichte. Dabei steht ein kruder volkspädagogischer Gedanke im Hintergrund: die Vorstellung, dass das eigene Volk durch ein kritisches Geschichtsbewusstsein in der Konkurrenz mit anderen Völkern geschwächt werden könne.

SCHUTZ GEGEN VERSCHWÖRUNGSTHEORIEN

Der Kampf zwischen autoritärem Populismus und liberaler Demokratie, der zurzeit in vielen Ländern in Europa und weltweit stattfindet, wird um Geschichte und Geschichtsbewusstsein geführt. Kritische Geschichtswissenschaft und ein kritisches Geschichtsbewusstsein müssen die politischen Akteure des Populismus am meisten fürchten: Die Schulung, nach methodischen Regeln Wirklichkeit zu rekonstruieren, ist der beste Schutz gegen die gezielte Verbreitung von Fake News und Verschwörungstheorien.

Vor allem aber findet sich ein kritisches Geschichtsbewusstsein nicht mit den heldenhaften, ruhmreichen und bruchlosen Geschichtsbildern ab, die von Populisten angeboten werden. Wer Einsichten in die Ambivalenzen und schuldhaften Seiten der Vergangenheit hat, ist besser vorbereitet auf die Komplexität und die Gestaltbarkeit der Gegenwart. Umgekehrt projizieren populistische Denkfiguren eine mythische Vergangenheit in eine Gegenwart, die daraus Eindeutigkeit gewinnen soll.

Gegen Opferkonkurrenz

Was muslimische Jugendliche über die deutsche Geschichte wissen sollten

LAMYA KADDOR

Geboren 1978 in Ahlen, deutsche Lehrerin, muslimische Religionspädagogin, Islamwissenschaftlerin und Publizistin, Gründungsvorsitzende des Liberal-Islamischen Bundes. Im März 2018 erschien ihr biographisches Sachbuch „Die Sache mit der Bratwurst. Mein etwas anderes deutsches Leben“ (Piper Verlag, München).

Seinerzeit bestand bei der Perzeption historischer Zeugnisse des Holocaust im Schulunterricht ein gewisser Unterschied zwischen mir und meinen Mitschülern ohne Migrationshintergrund. In den 1980er-Jahren gehörte es zum didaktischen Standardrepertoire, Dokumentationen über die Gräueltaten der Nationalsozialisten in den Unterricht

inzubauen. So bekamen wir die dramatischen Filmaufnahmen von britischen Soldaten zu sehen, die 1945 das Konzentrationslager Bergen-Belsen befreit hatten und von Sidney Bernstein zu „Memory of the Camps“ zusammengestellt worden waren. Die Schwarz-Weiß-Wiedergaben zeigen SS-Leute, die von alliierten Soldaten gezwungen wurden, die ausgemergelten, entkleideten Körper ermordeter KZ-Insassen, deren tote Gesichter schmerzverzerrte Fratzen konservierten und schwarze Löcher anstelle von Augen aufwiesen, eigenhändig durch den Sand zu ziehen und in Gruben zu werfen, die sie zuvor

selbst mit Spaten und Schaufel hatten ausheben müssen. Langsame Kamera-schwenks präsentierten das KZ-Gelände übersät mit Körpern, bei denen es kaum vorstellbar war – jedenfalls ich konnte es mir kaum vorstellen –, dass in ihnen einmal Leben gewesen sein sollte. Plansequenzen von scheinbar teilnahmslosen Tätern und Überlebenden verstärkten die Aussagekraft der Bilder, und schließlich tauchten die emblematisch gewordenen Bilder von Leichenbergen auf, die wie Steinhäufen von Bulldozern in Massengräber geschoben wurden.

Diese Darstellungen von Grausamkeit und Unmenschlichkeit versetzten uns alle in gebannte Stille, sie nahmen uns auch emotional mit, doch in der weiteren Bedeutung ließen sie mich und andere Mitschüler mit Migrationshintergrund seltsam kalt. Die Aufnahmen wirkten auf uns unreal und irgendwie artifiziell, obwohl gerade dieser Eindruck von den Machern verhindert werden sollte. Wir schalteten ab und drifteten mit unseren Gedanken in andere Sphären. War es, weil wir weniger empathisch waren als unsere deutsch-deutschen Mitschüler? Eine genauere Antwort auf die Frage sollte sich erst im Laufe meiner Forschungstätigkeiten und meiner Praxiserfahrungen als islamische Religionslehrerin und Initiatorin von Projekten zur Extremismus- und Antisemitismusprävention speziell unter muslimischen Jugendlichen nach und nach herauskristallisieren.

Wenn man die Geschichtsvermittlung in Deutschland betrachtet, sticht der Nationalsozialismus zu Recht heraus. Dieser Teil der Geschichte sowie die deutsche Wiedervereinigung haben mit dem Leben heutzutage die meisten unmittelbaren Berührungspunkte. Das gilt für alle Schüler unabhängig von ihrer Herkunft und sonstigen persönlichen Eigenschaften, denn mit keinen anderen historischen Ereignissen werden sie in ihrem Alltag so oft konfrontiert. Zwei Drittel der 14- bis 19-Jährigen führen beides laut dem Marktforschungsinstitut Mindline Media von 2009 auf die Frage hin an, welche Ereignisse aus den letzten 100 Jahren die größten Auswirkungen auf unser heutiges Leben hätten.

RELIGIÖSE EINSTELLUNGEN NICHT ENTSCHEIDEND

An der Bedeutung beider Themen für das Curriculum hat sich in der Vergangenheit somit wenig geändert; geändert hat sich jedoch die Zusammensetzung der Gesellschaft. Deutschland ist in verstärktem Maße zu einem Einwanderungsland geworden. Menschen, die heutzutage geboren werden, weisen eine erhebliche migrationsbedingte Heterogenität auf. Das Land steht seit einigen Jahren an der Schwelle, diese Realitäten zu akzeptieren.

Es wäre jedoch überambitioniert, sich nun speziell auf muslimische Jugendliche zu konzentrieren. Die Zuschreibung „muslimisch“ erzeugt ebenso von innen wie von außen eine Kollektivierung, die der Realität nicht stand-

hält. In öffentlichen, vom „Islamhype“ dominierten Diskussionen einerseits und in Statistiken andererseits wird jeder unabhängig von seiner religiösen Einstellung zum Muslim gemacht. Wer aus einem mehrheitlich muslimischen Land wie der Türkei oder einem arabischen Staat kommt, wird als Muslim gezählt – auch dann, wenn er Schweinefleisch isst, Alkohol trinkt, nie betet, nie fastet, nie eine Moschee besucht et cetera. Der offizielle Grund dafür ist, dass in Deutschland die Religionszugehörigkeit wegen der Erfahrungen aus der Zeit des Nationalsozialismus nicht erfasst wird – außer zur Erhebung der Kirchensteuern. Von daher wäre es ein Kardinalfehler, die Frage der deutschen Geschichtsvermittlung (wie im Übrigen auch viele andere gesellschaftspolitische Themen) an der Religion des Islams zu orientieren. Stattdessen sollte der Fokus stärker auf der familiären Herkunft der Menschen liegen. Studien zum Antisemitismus, historische und theologische Forschungen haben in der Vergangenheit immer wieder dargelegt, dass Einstellungen zu Juden, Israel und dem Holocaust unter „Muslimen“ weniger in der Religion begründet sind, sondern mehr mit der politischen Situation in den Herkunftsstaaten ihrer Familien zu tun haben. Stichwort: Nahostkonflikt.

In den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg bedurfte es folglich für die Didaktik der Geschichte keiner besonderen Berücksichtigung der natio-ethno-kulturellen Zusammensetzung von Schulklassen. Wer in Deutschland zur Schule ging, hatte in der Regel einen familiären Bezug zur unmittelbaren Vergangenheit. Im Fokus pädagogischer Überlegungen in der Bonner Republik stand daher eher die Problematik der gesellschaftlichen Ignoranz gegenüber dem Thema Nationalsozialismus. Nach dem Fall der Berliner Mauer rückte dann zunächst die Frage in den Vordergrund, wie man die verschiedenen Lebenswelten der ost- und westdeutsch Sozialisierten zusammenbringt; heute ist die Frage der interkulturellen Vermittlung von Geschichtswissen eine der Hauptherausforderungen.

VERFEHLTE „HOLOCAUST-ERZIEHUNG“

Der familiäre Bezug zum sogenannten „Dritten Reich“ ist wie in meinem eigenen Fall bei vielen Schülerinnen und Schülern, deren Eltern eingewandert sind, sozusagen nicht „biologisch“ verankert. Der Blick darauf wurde von außen vorgegeben, was bis in die Gegenwart hinein gilt. Damals wie heute ist festzustellen, dass es an Überschneidungen mit der persönlichen Familiengeschichte fehlt. Deshalb lassen sich nach meinen Beobachtungen für junge Menschen insbesondere mit einem außereuropäischen Migrationshintergrund die Geschehnisse der deutschen Geschichte allzu leicht als irrelevant für ihr eigenes historisches Empfinden abtun. Schüler begegnen den herkömmlichen didaktischen Ansätzen vielfach mit der Haltung: Meine Großeltern, Eltern und ich sind allesamt unschuldig; warum soll ich mich damit nä-

her befassen? Diese Haltung konvergiert mit mangelndem Wissen und mündet nicht selten in der Relativierung der Geschehnisse. Die Schüler sagen sich: In anderen Teilen der Welt gab es ebenfalls schlimme Kriegsverbrechen. Zudem wird unter den herkömmlichen Konzepten der „Holocaust-Erziehung“, wie die Antisemitismusforscherin Juliane Wetzelschreibt, „nicht so sehr eine Vermittlung kognitiven Wissens über den Holocaust verstanden, sondern vielmehr eine Moral- und Werteerziehung, die gegen Rassismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und vieles mehr immunisieren soll und das eigentliche Geschehen immer weiter in den Hintergrund treten lässt. Die Vermittlung historischen Wissens steht dabei nicht im Mittelpunkt.“ Solche Ansätze schrecken Schüler mit Migrationshintergrund mitunter ab, weil sie sich angesichts eigener Diskriminierungserfahrungen in der deutschen Gesellschaft eher selbst als Opfer sehen.

ERGÄNZENDE BAUSTEINE FÜR DEN LEHRPLAN

Vor diesem Hintergrund muss eine Pädagogik der Solidarisierung entwickelt werden. Dazu ist zunächst Empathie-Vermittlung nötig. Die jungen Menschen müssen die Relevanz der Vergangenheit für ihre eigenen Biographien verstehen. Es geht um ein emotionales Begreifen, losgelöst von Schuldfragen. „Junge Menschen können dann für Geschichte begeistert werden, wenn sie mit ihnen und ihrem Leben zu tun hat“, erklärte Sven Tetzlaff von der Körber-Stiftung, die im vergangenen Jahr eine Studie zum Geschichtsunterricht durchgeführt hat. Das gilt übrigens nicht nur für Menschen mit Migrationshintergrund, sondern auch für jüngere ohne. Zunehmend können wir beobachten, dass jüngere Generationen nicht mehr denselben Bezug zum Nationalsozialismus haben wie ältere Generationen. Besagter Studie der Körber-Stiftung zufolge wissen nur 59 Prozent der Schüler ab vierzehn Jahren, was Auschwitz-Birkenau war.

Um diesen Herausforderungen zu begegnen, gibt es verschiedene Wege. Der erste führt über persönliche Kontakte. Bei dem Thema Holocaust reicht es nicht mehr, Schwarz-Weiß-Bilder zu zeigen. In den vergangenen Jahren wurde zunehmend der Kontakt mit Zeitzeugen in die Geschichtsvermittlung eingebaut. Diese Methodik hat eine natürliche zeitliche Begrenzung. In Zukunft werden wir verstärkt auf die Zusammenarbeit mit jüdischen Gemeinden setzen müssen, mit Menschen, deren Vorfahren Opfer der Judenvernichtung geworden sind. Geschichte wird lebendig über Menschen, die Bezug dazu haben. Der zweite Weg besteht im Ausschalten der „Opferkonkurrenzen“. Jedem Lernenden muss klar werden: Auch ich kann andere ausgrenzen und Täter sein. Drittens muss ein stärkerer Bezug zu den Familiengeschichten von Menschen mit Migrationshintergrund geschaffen werden.

Die Ziele der beiden zuletzt aufgeführten Wege lassen sich im Hinblick auf „muslimische“ Jugendliche mit ergänzenden Bausteinen im Lehrplan erreichen. So könnte man kritisch thematisieren, dass Zehntausende „Muslime“ für die Wehrmacht oder die SS gekämpft haben. Man könnte beispielsweise die bosnische Handschar-Division oder die Ustascha-Milizen hervorheben, den Besuch des palästinensischen Muftis von Jerusalem, Amin al-Husseini, bei Adolf Hitler in Berlin und die Islampolitik des Auswärtigen Amts. Das Gefühl, dass der Nationalsozialismus auch „muslimische“ Jugendliche betrifft, ließe sich aber auch mit positiven Geschichten erzeugen, zum Beispiel mit der Geschichte des ägyptischen Arztes Mohamed Helmy, des tunesischen Aristokraten Khaled Abdul-Wahab oder des iranischen Diplomaten Abdol-Hossein Sardari in Paris sowie anderer, die in den 1940er-Jahren Juden vor der Vernichtung gerettet haben.

SCHWERPUNKTSETZUNGEN MODIFIZIEREN

Diese Empfehlungen berühren ein seit Jahrzehnten drängendes Problem: die Überwindung des Eurozentrismus in Geschichtsschreibung und -vermittlung. In einer sich globalisierenden Welt ist der Eurozentrismus schon per se ein Problem, das an Relevanz zunimmt. Die Kritik daran gehört Sebastian Conrad zufolge heute zum guten Ton. An der Stelle aber, an der viele Lernende nicht mehr aus dem modernen Mitteleuropa kommen beziehungsweise ihre genealogischen Wurzeln nicht dort verorten können, wird die Problematik noch deutlich virulenter, insbesondere, wenn der Eurozentrismus mit einer geringschätzigen Darstellung außereuropäischer Kulturleistungen verbunden ist. In Bezug auf unser Thema ließen sich diese Schwierigkeiten ebenfalls über die Lehrpläne relativ kurzfristig ein Stück weit abbauen, indem man Schwerpunkte, beispielsweise auf den Afrikafeldzug der Achsenmächte, den deutsch-türkischen Freundschaftsvertrag von 1941, den Dreimächtepakt oder – vorbereitend – auf die deutsch-koloniale Vergangenheit in Afrika, Asien und der Südsee, setzt und dabei die Geschehnisse nicht nur aus deutscher, sondern auch aus Sicht der anderen darstellt.



Cały Naród buduje swoją Stolicę

6-405

FOTO WILANIEC
Polskiego Turystycznego Towarzystwa - Warszawa

*Wszystko z Oświęcimia
 dla naszej przyszłości
 z Oświęcimia
 z Oświęcimia*

WP
 Malina

Bystrzyca.

fot. L. Jabreński
 Oświęcim - Obóz więźniów - Brama zewnętrzna
 Cena 1 zł + 0.10 na Społ. Fundusz Odbudowy Stolicy
 PTTK. Jasto - S-7-2473 - 4.100 - 12. VII 56

„Unsere“ Geschichte

—
Geschichtsunterricht im Integrationsland Deutschland

ULRICH BONGERTMANN

Geboren 1958 in Haltern am See,
seit 2012 Bundesvorsitzender
des Verbandes der Geschichts-
lehrer Deutschlands.

Die Zahlen sprechen für sich: 2016 hatten 18,6 Millionen Menschen beziehungsweise 22,5 Prozent der Einwohner Deutschlands einen Migrationshintergrund. Hiervon sind 9,6 Millionen deutsche Staatsbürger und neun Millionen im Besitz eines

ausländischen Passes (51,8 Prozent beziehungsweise 48,2 Prozent), meist aus der Türkei, Polen und Russland. Von den Kindern unter fünf Jahren hatten im Jahr 2016 in Deutschland immerhin 38,1 Prozent einen Migrationshintergrund. Regional fallen die Werte sehr unterschiedlich aus: In Bremen werden die höchsten, in Ostdeutschland die niedrigsten Quoten erreicht.¹ Bei den Schulklassen reicht die Spannweite von ausnahmslos nichtdeutschen Lerngruppen bis zu einigen kleineren, meist dörflichen Schulen ohne Schüler mit Migrationshintergrund.

Was bedeutet das für die Politische Bildung und speziell für den Geschichtsunterricht in Deutschland? Eine sich stark verändernde Schülerschaft muss neue didaktische Überlegungen über die Voraussetzungen, Ziele und Inhalte des Schulunterrichts nach sich ziehen. Das gilt zunächst für die Sprache. Wenn ein geringerer deutscher Wortschatz vorauszusetzen ist, werden Texte mit Wörtern wie „Kemenate“ oder „füsilieren“ zu Hindernissen.

Schon für Kinder mit einem deutschen Hintergrund kann hier „die Dosis das Gift machen“ und das Geschichtsbuch mit Quellen in einer älteren Sprache zum Ratespiel werden. Vor allem aber geschieht kein Lernen ohne Interesse und Motivation für den Gegenstand und ohne Annäherung an vorhandene Vorstellungen und Begriffe. Zwar haben auch Kinder ohne Migrationshintergrund oft kein naturwüchsiges Interesse an vormoderner Geschichte seit der Steinzeit; dennoch sollte der Geschichtslehrer im Unterricht versuchen, sie immer wieder als Vorgeschichte ihrer Lebenswelt im Hier und Heute mit einer relevanten Perspektive aufzuzeigen. Dabei wird stark auf die Faszination durch „Alterität“, das Andersartige (Flusskulturen, Pyramiden, Mumien et cetera), gesetzt, doch geht es stets im Vergleich mit der heutigen Welt darum, wie vielfältig soziale Ordnungen ausfallen können, und damit um eine anthropologische Bewusstseinsweitung.

Bei zugewanderten Kindern fällt dies nicht nur aus sprachlichen Gründen erheblich schwerer, auch wenn viele Ereignisse in den Herkunftsgebieten heutiger Migranten zu lokalisieren sind. Der Trojanische Krieg am Ufer der Ägäis kann für Migranten unerwartete Bezüge enthalten, das Römische Reich umfasste auch die Provinzen *Syria* und *Africa*. Insgesamt ist aber die vorherrschende Geschichte der Deutschen vom ersten König der Ottonen bis zu modernen Staatsmännern wie Otto von Bismarck nur für den spannend, der sie für sich selbst als bedeutsam erachtet. Wer keinen Bezug zum christlichen Glauben oder zu dessen Konfessionen sieht, wird den Investiturstreit oder die konfessionelle Spaltung seit der Reformation kaum für wissenschaftlich halten. Wenn Kinder aus anderen Kulturen in einer Klasse zusammenkommen, stehen daher die traditionellen Themen des Geschichtsunterrichts auf dem Prüfstand.

Noch schwieriger gestalten sich die Vermittlung und Festlegung von Unterrichtszielen bei historischen Gegenständen des 20. und 21. Jahrhunderts, wenn es um die zentralen Fragen von Demokratie und Diktatur geht. Manche türkische oder russische Familie empfindet starke Männer an der Spitze möglicherweise als das bessere politische Modell, was ihre Kinder zunächst durchaus zu übernehmen bereit sind. Auch die Befassung mit Themen wie Frauenemanzipation oder mit Minderheiten, etwa Juden, stößt auf Vorstellungen, die in der deutschen Gesellschaft als lange überwunden galten; Gleiches gilt ebenso für manche fundamentalistisch orientierte Position in der Religion.

Auf die skizzierte Veränderung der heutigen „Kundschaft“ des Unterrichts kann man verschiedene Reaktionen beobachten. Rainer Eppelmann, Vorstandsvorsitzender der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, hat zum Beispiel zur Frage geäußert, ob die DDR-Geschichte für die Immigranten ein relevanter Teil der deutschen Geschichte sei, wenn diese doch nur für eine begrenzte Zeit und in Ostdeutschland stattgefunden habe: Wer sich in Deutschland integrieren wolle, müsse auch die Geschichte beider deutscher Staaten kennen, um die Probleme im Zusammenhang mit der Einheit

zu verstehen. Demgegenüber hat der Hamburger Geschichtsdidaktiker Bodo von Borries² fast bedauert, dass es nach 1990 zu einer Revitalisierung der Nationalgeschichte im Unterricht gekommen sei, während die wesentlichen Probleme eher in der Globalisierung und dem Wandel zu Migrationsgesellschaften zu suchen seien. In diesen seien heterogene Schülerschaften typisch, deren Haltungen und Erfahrungen Ausgangspunkt eines „subjektorientierten“ Geschichtsunterrichts sein sollten. Eine deutsche Identität sei hier nicht mehr bei jedem zu erkennen. Andere Didaktiker betonen, dass Schülerinnen und Schüler mit eigenen Kriegs- oder Fluchterlebnissen historische Narrative anders wahrnehmen. Über eine Konfrontation mit ähnlichen Erfahrungen in der Zeit des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkriegs könnten historisches Interesse und Reflexion ihren Anfang nehmen. So sollen etwa historische Fotos von Flucht und Vertreibung zur Narration und Verarbeitung eigener Erlebnisse führen.

„DIDAKTIK DES FREMDVERSTEHENS“

Schon mit der ersten Generation der „Gastarbeiter“ und den Asylbewerbern der 1980er-Jahre kamen Kinder in die Schulen, auf deren spezielle Bedürfnisse bereits damals eine neue interkulturelle Pädagogik einzugehen versprach. Der Geschichtsdidaktiker Rolf Schörken formulierte 1980 Vorbemerkungen zum „Geschichtsunterricht in einer kleiner werdenden Welt“, wobei er sich für eine „Didaktik des Fremdverstehens“ aussprach. Eine Folge waren Unterrichtseinheiten, die sich etwa mit der Geschichte Chinas oder Lateinamerikas tiefgehender befassten, um dem euro- oder oft sogar deutschzentrierten Blick etwas entgegenzusetzen. Eine entscheidende Idee ist dabei, dass ein Lernender, der eine fremde Welt deutet, zugleich sich selbst auslegt. Viele haben das seither als eine wichtige Bereicherung des Unterrichts empfunden.

Doch mit dem erweiterten Blick kam auch eine historische Fülle ins Spiel, die neue Wissensanforderungen an die Lehrerschaft stellte. Wie viel(e) partikuläre Geschichte(n) kann ein Lehrer heute durch seine Ausbildung beherrschen, um den Kindern Verständnisbrücken bauen zu können? Aktuell floriert die Globalgeschichte mit vielfältigen Wechselwirkungen über die Kontinente hinweg, die mit Jürgen Osterhammel ihren Meister vorweist. Leider erzeugt sie didaktisch das Gegenteil der notwendigen Reduktion für einen jungen Verständnishorizont. Hier drohen in der Schule schnell Missverständnisse und Fehleinschätzungen, also fachlicher Dilettantismus. Hinzu kommt der heutige Trend zum Zentralabitur, das nur auf einer einheitlichen Wissensgrundlage geschrieben werden kann. Statt der Lehrkraft entscheiden nun die Kultusministerien über relevante Themen: So fiel in Nordrhein-Westfalen bei der Einführung des Zentralabiturs im Fach Geschichte die Wahl auf die osmanische Geschichte als Pflichtthema, um der Hauptminorität etwas

anzubieten, wozu vorher kaum Kenntnisse und Fortbildungen verfügbar waren. Das hinterließ nicht nur gute Erfahrungen.

Aktuell wachsen wegen antisemitischer Vorfälle in einigen Schulen die Sorgen vor dem Wiederaufleben massiver Judenfeindungen bis zum gewaltsamen Angriff – eine Katastrophe für die politische Kultur in Deutschland. Plötzlich gelten lange unumstrittene Grundlagen der bundesdeutschen Staatsraison wie die Freundschaft mit Israel nicht mehr so fraglos, wie es nach dem Holocaust sein müsste. Diese Frage stellt sich inzwischen europaweit; auf der EUROCLIO-Geschichtslehrtagung im April 2018 in Marseille machten Experten Vorschläge für eine zeitgemäße Vermittlung. So könnte nach dem französischen Holocaustforscher Bruno Boyer die arabische Beteiligung am deutschen Antisemitismus während der Rommel-Okkupation in Nordafrika einerseits ein Ansatzpunkt zum Nachdenken werden, ob der Holocaust wirklich nicht zur eigenen Geschichte gehöre.

Andererseits darf man nicht übersehen, dass sich die Heranwachsenden oft nur wenig mit der Geschichte ihrer Herkunftsländer auseinandergesetzt haben. Kinder in der zweiten und dritten Generation, die in Deutschland aufgewachsen sind, zumal in „bildungsfernen“ Familien, wissen oft wenig über die Heimat und Kultur ihrer Vorfahren. Wer als Lehrer dort auf starkes Vorwissen, etwa zur türkischen Geschichte, hofft, greift häufig ins Leere und entdeckt eher tiefe Geschichtslosigkeit. Diese Heranwachsenden befinden sich eher in einer Distanz zu beiden Kulturen, zu denen sie nicht mehr ganz oder noch nicht vollständig zu gehören scheinen.

Was ist zu tun? Ein sprachsensibler Geschichtsunterricht muss sich der Entwicklung sprachlicher und historischer Kompetenzen zugleich widmen. Der Anspruch, die deutsche Wirklichkeit lasse sich nur verstehen, wenn die deutsche Geschichte – auch mit konkretem Wissen über Ereignisse und Strukturen – bekannt sei, ist weiter zu verteidigen. Doch sind neue Themen zu suchen und bei gleicher Unterrichtszeit gegen andere auszutauschen, die Heranwachsende ansprechen und Lust zur Reflexion von Geschichte machen. Zumindest sollten etablierte Themen mit neuen Perspektiven unterrichtet werden, die den Migrationshintergrund von immer mehr Lernenden aufgreifen.

¹ Vgl. Bundeszentrale für Politische Bildung: Bevölkerung mit Migrationshintergrund, www.bpb.de/wissen/NY3SWU,0,0,Bev%F6lkerung_mit_Migrationshintergrund_1.html [letzter Zugriff am 14.05.2018].

² Bodo von Borries: „Warum ist Geschichtslernen so schwierig? Neue Problemfelder der Geschichtsdidaktik“, in: Heidi Behrens / Andreas Wagner (Hrsg.): Deutsche Teilung. Repression und Alltagsleben. Erinnerungsorte der DDR-Geschichte, Leipzig 2004, S. 79 ff.

Trauma der polnischen Nation

—
Zeithistoriker Włodzimierz Borodziej über polnische Erinnerungskultur und europäische Geschichte

WŁODZIMIERZ BORODZIEJ

Geboren 1965 in Warschau, Historiker, seit 1996 Professor für Zeitgeschichte am Historischen Institut der Universität Warschau, 1997 bis 2007 Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Schulbuchkommission, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirates des Hauses der Europäischen Geschichte.

In diesem Jahr feiert Polen 100 Jahre Wiedererlangung der staatlichen Unabhängigkeit. Welche Erwartungen haben Sie an die Feierlichkeiten?

Włodzimierz Borodziej: Ich habe überhaupt keine Erwartungen. Das polnische Parlament hat am 25. Mai 2017 das Jahr 2018 zum Jubiläumsjahr der Unabhängigkeit ausgerufen. Ein weiterer Beschluss des Sejm sieht ein vierjähriges Veranstaltungsprogramm für die Gedenkjahre 1918, 1919, 1920 und 1921 im Zeitraum von 2017 bis 2021 vor. Das polnische Parlament hat diesen Zeitraum sozusagen zu einem Gesamtstaatsfeiertag erklärt. Das heißt, es soll sowohl der Wiedererlangung der Unabhängigkeit als auch der Folgen der Unabhängigkeitskriege in zahlreichen



Foto: privat

Veranstaltungen gedacht werden. Wenn die heutige Regierung bis 2021 an der Macht bleibt, wird der Grundtenor der Veranstaltungen der Nationalstolz sein. Die Betonung wird darauf liegen, dass Polen sich seine Unabhängigkeit erkämpft hat, was nur sehr bedingt stimmt.

Im nächsten Jahr jährt sich zum achtzigsten Mal der Beginn des Zweiten Weltkrieges. Durch den Überfall der deutschen Wehrmacht am 1. September 1939 und den Einmarsch der Roten Armee am 17. September 1939 wurde der polnische Staat zerstört. Welche Bedeutung hat dieses Datum für die polnische Erinnerungskultur?

Włodzimierz Borodziej: Die Bedeutung für die polnische Erinnerungskultur ist enorm. Der 1. September 1939 und der 17. September 1939 sind die zentralen Daten des 20. Jahrhunderts neben den Jahren 1918, 1944 und 1989. Es ist die Erinnerung daran, dass Polen im September 1939 entgegen allen Verpflichtungen der Alliierten, namentlich Frankreich und Großbritannien, alleingelassen worden ist im Kampf gegen den übermächtigen Nachbarn Deutschland und auch die Sowjetunion. Deutschland und Russland haben Polen 1939 gewissermaßen zum vierten Male untereinander aufgeteilt. Das ist ein immerwährendes Trauma der polnischen Nation.

Sie haben ein Buch über den Warschauer Aufstand 1944 geschrieben. Der Warschauer Aufstand gilt als ein Schlüsselereignis der polnischen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Welche Bedeutung hat er für das heutige Polen?

Włodzimierz Borodziej: In Warschau wiederholt sich 1944 die Konstellation vom September 1939. Das heißt, die Polen kämpfen wieder allein. Der Aufstand der Heimatarmee mit großen Teilen der Warschauer Stadtbevölkerung gegen die militärisch erdrückend überlegenen Deutschen wurde von den Polen allein geführt. Sie werden von der Roten Armee, die auf dem anderen Ufer der Weichsel stehenbleibt und zuschaut, wie die Deutschen die Hauptstadt zerstören, im Stich gelassen. Während der Kämpfe zwischen dem 1. August und dem 2. Oktober 1944 starben vermutlich 150.000 bis 200.000 Menschen – genau werden wir es nie wissen; mit ihnen ein großer Teil der polnischen Elite, die sich an diesem Aufstand aktiv beteiligt hat.

Im Frühjahr 2000 erschien das Buch des polnisch-amerikanischen Soziologen und Historikers Jan Tomasz Gross „Nachbarn. Der Mord an den Juden von Jedwabne“. Das Buch löste in Polen einen Schock und eine der größten intellektuellen Debatten der Nachkriegsgeschichte aus. Wie ordnen Sie dieses Buch in die Debatten um die polnische Geschichte im 20. Jahrhundert ein?

Włodzimierz Borodziej: Es ist vermutlich das wichtigste Buch, das zu diesem Thema erschienen ist. Es hat bereits vorher Diskussionen über Polen und Juden

unter deutscher Besatzung gegeben. Aber dieses Buch mit seiner ganz bewusst provokativ angelegten These, dass polnische Nachbarn über ihre jüdischen Mitbürger hergefallen sind und sie auf brutalste Art und Weise ermordet haben, führte zur wahrscheinlich größten Diskussion östlich von Deutschland.

Die Debatte über Antisemitismus in Polen dauert bis heute in verschiedenen Formen an. Mittlerweile gibt es viele neue Bücher und neue Streitpunkte, aber die Debatte, die dieses Buch ausgelöst hat, hat die polnische politische Kultur und auch die Erinnerungskultur nachhaltig geprägt. Bis zum Ende der Volksrepublik Polen haben sich Zeithistoriker in unserem Land mit diesem Thema kaum befasst. Das hat sich mit dem Buch von Jan Tomasz Gross und die dadurch ausgelösten Debatten nachhaltig verändert.

Am 1. März 2018 ist in Polen das sogenannte „Holocaust-Gesetz“ in Kraft getreten. Es sieht Geld- oder Haftstrafen vor, wenn jemand öffentlich dem polnischen Volk oder Staat Verantwortung oder Mitverantwortung für die vom „Dritten Reich“ begangenen Verbrechen zuschreibt. Welche Motivation steht aus Ihrer Sicht hinter dem Gesetz und welche Gefahr birgt es?

Włodzimierz Borodziej: Das Gesetz hat eine unsäglich dumme Motivation. In der Debatte wird übersehen, dass auch das Leugnen ukrainischer Verbrechen, die zwischen 1925 und 1950 begangen worden sind, strafrechtlich verfolgt werden soll. Während des Zweiten Weltkrieges haben ukrainische Nationalisten bei Massakern bis zu 100.000 Polen getötet, die Polen 15.000 bis 20.000 Ukrainer.

Das Gesetz ist erstens ein Abwehrversuch gegen eine differenzierte historische Aufarbeitung. Zweitens ist das Gesetz nicht anwendbar, weil man beispielsweise keinen kanadischen Historiker, der über die Beteiligung von Polen am Holocaust schreibt, strafrechtlich belangen kann. Drittens hat der Gesetzgeber im letzten Augenblick versucht, das Gesetz abzuschwächen. Er unterscheidet zwischen wissenschaftlichen und nicht-wissenschaftlichen Aussagen. Diese Unterscheidung ist eine Fiktion. Ist ein Journalist, der ein Buch mit Anmerkungen schreibt, Wissenschaftler oder Journalist? Und ein Historiker, der ein Interview gibt, ist er wissenschaftlich tätig? Das Gesetz ist also absurd im Ausgangspunkt, nicht anwendbar, schwammig formuliert und insgesamt kontraproduktiv!

Im Eilverfahren hat Polen vor wenigen Tagen eine Gesetzesänderung durchgeführt, nach der Verstöße nicht mehr mit Haftstrafen geahndet werden.

Włodzimierz Borodziej: Innerhalb von acht Stunden wurde ein Unsinn aus der Welt geschafft, der Polens Ansehen sechs Monate lang ruiniert hat. Um diesen Schaden zu reparieren, werden wir sechs Jahre brauchen, und auch das nur, falls Regierung und Parlamentsmehrheit gegen jegliche Vernunft keine neue, vergleichbar schädliche Gesetzesänderung durchsetzen.

Ist das Gesetz Ausdruck einer Nationalisierung der polnischen Geschichte? Soll damit eine positive nationale Geschichte Polens zementiert werden?

Włodzimierz Borodziej: Zweifellos ist das Gesetz Ausdruck einer Nationalisierung

der polnischen Geschichte. Es soll die Illusion schaffen, es gäbe nur eine heldenhafte Geschichte der polnischen Nation, die entweder aus Opfern oder aus Helden besteht oder aus Helden, die zu Opfern werden. Und das Gesetz will einem solchen Geschichtsbild eine rechtliche Grundlage verleihen, was wie gesagt völlig irrational ist.

Die Erinnerungskultur in Europa ist durch eine „Opferkonkurrenz“ geprägt. Andererseits schafft das Erinnern an die eigenen Opfer auch Identität. Wie beurteilen Sie dieses Spannungsverhältnis?

Włodzimierz Borodziej: Diese Opferkonkurrenz gibt es in mehreren europäischen Zusammenhängen: Wer hat mehr gelitten, wer hat mehr für Demokratie und Freiheit getan? Das ist ein gesamteuropäisches Phänomen und es reicht von Spanien bis Russland. Insofern glaube ich nicht, dass die polnische Erinnerungskultur sich wesentlich von den meisten europäischen unterscheidet.

Es handelt sich aus meiner Sicht um eine spezifisch deutsche Fragestellung, weil es in Deutschland feststeht, dass die Deutschen Täter waren und in ganz wenigen Fällen Opfer. Und dass man davon ausgeht, dass nun ganz Europa in diesen Kategorien denkt, was eben nicht der Fall ist.

Der Streit zwischen einer Geschichtsschreibung mit ausschließlich nationaler oder auch einer europäischen Perspektive zeigte sich bei der geänderten Konzeption des Museums des Zweiten Weltkrieges in Danzig. Wie ordnen Sie den Beitrag des Museums für die polnische Erinnerungskultur ein?

Włodzimierz Borodziej: Das Museum des Zweiten Weltkrieges hat für die polnische Erinnerungskultur eine herausragende Bedeutung. Das Museum wurde im März 2017 eröffnet. Über 99 Prozent der ständigen Ausstellung sind auch nach der Entlassung der Direktion, die diese ständige Ausstellung aufgebaut hat, bislang fast unverändert geblieben. Außer dem Schlussakzent der ständigen Ausstellung hat sich relativ wenig verändert.

Das Museum ist ein riesiger Publikumerfolg mit Hunderttausenden Besuchern, die sehen können, dass Polen ein Teil der europäischen Wirklichkeit des Zweiten Weltkriegs ist. Und die Besucher können sehen, dass es anderswo genauso schrecklich zugegangen ist und es massenhaften Mord und Hungertod überall gegeben hat. Insofern glaube ich, dass der Wert dieser ständigen Ausstellung kaum zu überschätzen ist.

Sie sind Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des am 6. Mai 2017 eröffneten Hauses der Europäischen Geschichte. Welches Ziel verfolgt das Haus der Europäischen Geschichte und mit welcher Konzeption?

Włodzimierz Borodziej: Darüber könnte man sicherlich ein eigenes Buch schreiben. Aber kurz zusammengefasst: Europas Geschichte besteht erstens aus Nationalgeschichten, die sehr oft, ganz besonders wenn es sich um Nachbarn handelt, in einem Spannungsverhältnis zueinander stehen. Zweitens ist das Ziel der ständigen Ausstellung in Brüssel eben nicht, die Nationalgeschichten zu zeigen, sondern an konkreten Beispielen all das, was Europäer verbindet und auch trennt. Es stehen nicht die Nationalgeschichten im Fokus,

sondern die ganze Buntheit der Geschichte des europäischen Kontinents; dies gilt besonders für das 19. und noch mehr für das 20. Jahrhundert.

Mein Lieblingsbeispiel ist der Gymnasialschüler aus Portugal, der in den Ausstellungsteil über den Kalten Krieg kommt und von Dingen wie der Staatssicherheit und der Unterdrückung der Opposition und politischer Verfolgung hört. In der Regel wird dieser portugiesische Gymnasialschüler über das sogenannte Osteuropa kaum etwas wissen. Dann kommt ihm vielleicht die Idee, dass es in Portugal jahrzehntelang eine Diktatur gegeben hat mit einer ganz furchtbaren Geheimpolizei, die genau dasselbe in seinem Land gemacht hat. Daran kann er erkennen, dass sich am westlichen und östlichen Rand des Kontinents auch vergleichbare historische Entwicklungen und Ereignisse abgespielt haben können, wobei die portugiesische Diktatur länger gedauert hat als die kommunistische in Ostmitteleuropa.

Gibt es in der Ausstellung so etwas wie rote Fäden einer gemeinsamen europäischen Geschichte?

Włodzimierz Borodziej: Ja, das lässt sich holzschnittartig so zusammenfassen: Es gilt für historische Entwicklungen, die erstens in Europa entstanden sind, zweitens übernational verbreitet waren und drittens eine große bis sehr große Wirkung bis heute ausüben. Das fängt mit dem antiken Ursprung des Kontinents an, geht über das Christentum und die Aufklärung bis zur Industrialisierung und auch zum Kolonialismus, Totalitarismus und Autoritarismus.

Das Gespräch führte Ralf Thomas Baus am 19. Juni und 3. Juli 2018.

Schales Revolutionsglück

Über die Freiheit und ihre Abgründe im ehemaligen Geltungsgebiet der DDR

AXEL REITEL

Geboren 1961 in Plauen (Vogtland), Journalist und Schriftsteller, DDR-Oppositioneller, wurde 1982 von der Bundesrepublik Deutschland freigekauft.

Dass der rote Stern über Ostberlin, Warschau, Prag, Sofia, Bukarest, Budapest, Belgrad oder Tirana, später sogar über dem großen Kreml erlosch – noch dazu durch das Votum des Volkes, meist ohne dass ein Schuss fiel –, hat die Welt als Wunder erfahren. Der hermetische Ostblock war gefallen, der Startschuss für ein wiedervereinigtes Europa, für eine Frei-

heit ohne Feindbild, die alle Phrasen „für abgestanden erklärt“.

Längst ist allerdings der Eindruck entstanden, diese Freiheit welche wieder dahin. Ihre erste Einengung geschah mit den von höhnischem Geschrei begleiteten Angriffen auf ein Ausländerwohnheim in Rostock-Lichtenhagen zwischen dem 22. und 26. August 1992. Die Wiederaufnahme nationalsozialistischen Gedankenmülls traf die Öffentlichkeit wie ein Schock. Die Ceska-Mordserie (oder NSU-Mordserie) der Jahre 2000 bis 2006 steigerte ihn noch.

Dabei hat nicht die sanfte Revolution diese bedrohlichen Kräfte ausgelöst. Schon in der DDR hatten sie ein Klima, in dem sie gedeihen konnten. Nur wurde alles getan, um diese Tendenzen totzuschweigen. Als Neonazis am 17. Oktober 1987 die Besucher eines Punk-Konzerts in der Ost-Berliner Zionskirche überfielen, ließ sich das Geschehen allerdings nur noch notdürftig bemänteln. So stellte das FDJ-Zentralorgan *Junge Welt* in seinem Kommentar vom 12./13. Dezember 1987 die Schläger mit der politischen Opposition auf eine Stufe.

UNVERHANDELBARE SCHULDFRAGE

Die DDR sah sich „als Nachfolgerin des antifaschistischen Widerstandes der KPD“. Uns, die wir in den 1970er-Jahren als Jugendliche aufwuchsen, hatte man zu verstehen gegeben, dass es demzufolge überhaupt keine „Schuldfrage“ geben könne. Diese eindimensionale Antwort stillte unseren Wissensdurst zwar nicht, aber wir hatten Angst, zu weit zu gehen. Der verborgene Staat, die Stasi, schlug wie ein Blitz in alle möglichen Oppositionsnester ein. Bevor wir hätten anfangen können, die „Schuldfrage“ auseinanderzunehmen, hätten wir uns mit dem Strafgesetzbuch auseinandersetzen müssen, was ich getan habe, als es notwendig wurde, die DDR zu verlassen.

Das von Grund auf mulmige Gefühl, in das man als DDR-Bürger hineingebohren wurde, entstand dadurch, dass es kein Selbstwertgefühl außerhalb der Selbstlegitimation des Staates geben sollte. Jedes Jahr hieß es an Silvester: Es *muss* bes-

ser werden, das kann nicht so bleiben. Bei zu viel Bowle auch gern gesungen zu Akkordeon und Gitarre.

Die Schuldfrage war unverhandelbar, die braune Zeit wurde am laufenden Band wortreich totgeschwiegen. In der Erinnerung des Zeitzeugen „Jan“ aus der rechten Szene in Berlin-Bohnsdorf (O-Ton aus dem Radiofeature „Hass auf Heimat“) gab es nur „Russen, Russen, Russen“. Jans Vater war ein hoher Stasioffizier, arbeitete als politischer Berater im Politbüro und sah tatenlos zu, wie Jan sich Zugang zur nationalsozialistischen Literatur verschaffte und beispielsweise die Tagebücher von Joseph Goebbels „verschläng“. Wie Jan gab es Tausende; über seine Schule sagte er: „... natürlich waren wir rechts, wir waren alle rechts.“

„Die Neonazis“, erklärte Bernd Wagner, Leiter des Rechtsextremen-Aussteigerprogramms „EXIT-Deutschland“, „sahen in der DDR [...] ’ne passable Konstruktion, die eher verwandt war mit dem Nazi-Reich, dem alten, so von der gesellschaftlichen Aufbaustruktur her. Und auch bestimmte Mentalitätsbestände fanden die also gar nicht so schlecht, aber das hätte durchgesiebt werden müssen, durchgewaschen [...] Dann wäre das also ’ne gute Sache gewesen. Also ’ne Art dritter Weg. Also jenseits vom westdeutschen Kapitalismus.“¹

DIE RECHTEN WAREN „SAUBER“ GEKLEIDET

Anders als die bärtigen Oppositionellen und später die Punks waren die Rechten „sauber“ gekleidet. In der Situation eines extremen Umbruchs boten sie bekannte

Konstrukte der klaren Kante. So fanden sie auf dem Weg von 1987 bis 1992 rechts der Elbe ein Ostdeutschland, in dem sie Gesinnungsgewinne zu verzeichnen hatten. Diese Entwicklung hatte einen faden Beigeschmack. Das Drama der scheinbar „Abgehängten“ begann mit einem Getöse, das nicht variabler, sondern immer nur lauter wurde. Es steht in einem krassen Gegensatz zu den Einstellungen: Beim Durchrechnen der Gruppengröße der Rechtsextremisten zur Bevölkerung kam eine Summe von 0,3 Prozent heraus.

Das war verschwindend gering, aber die Rechten waren laut und zogen mit ihren Parolen vor laufenden Kameras über unsere Bildschirme, gestützt durch die Rechtsprechung, wie etwa durch das unteilbare Demonstrationsrecht. Die heutigen Debatten um Pegida und den „unverstandenen Osten“ sind von einer wesentlich variableren politischen Auseinandersetzung geprägt.

SPALTUNG UND DIALOG

Dabei schafft einerseits der unter dem Begriff „Osten“ firmierende untergegangene Staat fast automatisch den Eindruck eines Spuks. Dass dies nicht nur überzogen ist, sondern schlichtweg nicht der Wahrheit entspricht, erfährt jeder, der dorthin reist und Land und Leute genießt. Andererseits zeigten geschmacklose Galgen und Stricke auf zurückliegenden Pegida-Demonstrationen – gemünzt auf führende Politiker – die Wiederauferstehung des verronnen geglaubten Zeitgeistes vom „verhinderten Dialog“ (Siegfried Reiprich), der über vierzig Jahre lang diese Gebiete beherrschte.

Böse Zungen behaupten, die ostdeutsche Gesellschaft kranke noch immer daran und sei seither traumatisch gespalten. Befragte Therapeuten sprechen von einem „Gefühl, dass sehr viele Emotionen im Raum sind“. Das Thema „Ausländer“ hatte längst verstrittene Lager produziert. Wie dem demokratiefördernd entgegengetreten werden kann, wurde bei einem strukturierten Dialog-Treffen zwischen Pegida-Anhängern und ihren Kritikern gezeigt.

Als sich diese im Januar 2014 in der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung trafen, riet der Politikwissenschaftler Werner Patzelt „von pauschalen Verurteilungen ab“. Mithilfe der „Fishbowl“-Methode, einer Technik aus der Sozialpädagogik, kamen die Gäste tatsächlich miteinander ins Gespräch. Ein Artikel aus den *Dresdner Neuesten Nachrichten* vom 9. September 2015 gibt einen Eindruck von der Stimmung dieses Abends: „Sind wir denn Feinde? Ich fühle mich von der Politik verlassen“, sagte ein älterer Herr aus der 170-Seelen-Gemeinde Perba bei Meißen. 50 alleinstehende Nordafrikaner würden dem Dorf durch das Landratsamt aufgedrückt. Alle sollen in einen Plattenbau. „Die Anwohner haben sich bereit erklärt, drei Flüchtlingsfamilien mit jeweils fünf Personen aufzunehmen. Trotzdem werden wir als Nazis diffamiert“, erregte sich der Mann im breiten sächsischen Dialekt.“

Die Szene unterstützt die gängige These der „fehlenden Anerkennung der Lebensleistungen der Menschen im Osten“ nicht. Einer, der Rede und Antwort steht, ist nicht von sich aus „abgehängt“. Jedenfalls ist vor schnellen Verurteilungen zu warnen. Wie leicht geschieht es im sich selbst aufhebenden Dialog, dass man

Fehler beim anderen (er)findet, die man sich hinterher gegenseitig nicht mehr verzeihen kann. Abgründe der Freiheit lauern, wenn das Ziel der Debatte darin besteht, am Ende allein recht zu behalten. Dies gilt umso mehr, als sich Fragen herauskristallisiert haben, die schwer zu beantworten sind und allen Anlass bieten, sich näher und genauer umzuschauen.

ERINNERUNG ALS ERMUNTERUNG

Tatsächlich haben die in der heutigen Debatte geisternden Erinnerungen an die DDR verstrittene Lager geschaffen – nicht zuletzt zwischen den einschlägigen Institutionen. Allein die Frage nach den Bedingungen der DDR- und Osteuropa-Revolution brachte unmittelbar nach den unwiderruflichen Ereignissen mehr glühende Köpfe, mehr Lagermeinungen als nüchterne Feststellungen hervor. Und oftmals ging es um Fördertöpfe, die nicht mehr für die eigene Sache ausgeschöpft werden konnten. Dabei ist die Geschichte dieser oppositionellen Frauen- und Männerbewegungen so farbenprächtig wie das pralle Leben, ein gutes Beispiel für genutzten Spaß und selbstbestimmte Identität.

Nicht zuletzt lehrte uns die Alltagsgeschichte die Gewitztheit eines Volkes unter der Käseglocke der zweiten deutschen Diktatur. Den Aufruf zur Demo am 7. Oktober 1989 im vogtländischen Plauen, der heimlichen Hauptstadt der nicht nur Friedlichen Revolution – ein beschriftetes Wäschelaken mit Datum, Uhrzeit, Treffpunkt – befestigte ein junger Arbeiter an der Schillerbrücke (wie passend!), während die Intellektuellen in der DDR noch

ohne Unterlass die Köpfe zusammensteckten. Dem Aufruf folgten Tausende, einige gehen von 20.000 Demonstranten mit freiheitlichen Forderungen aus – obwohl das Laken kaum eine halbe Stunde hängen blieb.

Die Reaktion der Rates der Stadt waren massenweise Verhaftungen und die Anwendung von „Disziplinarmaßnahmen“ – eigentlich Folter, nachzulesen in den veröffentlichten Protokollen oder durch Forschungsanträge bei den zuständigen Archiven (unter anderem beim Bundesarchiv und bei der Behörde der Stasiunterlagen). Umso mehr exemplifiziert der Mut des jungen Plauener Arbeiters die Hinwendung zur und die Lust auf Demokratie als bessere und nolens volens als beste Alternative. Die Erinnerung an diese Aspekte der Friedlichen Revolution setzt meines Erachtens in Zeiten wachsender Demokratie- und Europaskepsis substantielle Zeichen und kann gerade junge Menschen – das Gros der Beteiligten war im Durchschnitt jünger als dreißig Jahre – erreichen.

WEGWEISER ZUM LEBENDIGEN WIDERSPRUCH

Am Ende des erwähnten Dialogtreffens in Dresden wurde Oliver Reinhard von der *Sächsischen Zeitung* als Vertreter der „Lügenpresse“ in die Mitte gebeten. Die *Dresdner Neuesten Nachrichten* führten dazu aus: „Es gibt unterschiedliche Journalisten mit unterschiedlichen Ansichten“, stellte er [Oliver Reinhard] klar und fügte hinzu: „Wir sitzen sicher nicht am Montag zusammen und überlegen uns, wie wir gegen Pegida hetzen.“ Lakonisches Fazit

der Landeszentrale: Es seien noch viele Fragen offen, praktisch lädt sie jeden ersten Dienstag im Monat erneut zum Dialog. Sich nicht nur symbolisch die Hände zu reichen, setzt ein gutes Zeichen, was in besonderer Weise die Demokratieförderung veranschaulicht; es ist das Lösen von allen künstlichen wie von allen tradierten Ressentiments gegen Ausländer.

Die offiziellen DDR-Feiern waren für uns junge Leute langweilig. Die Partys der Tramperszene, die in den 1970er-Jahren so phantasievolle Ausmaße wie die der Swinging Sixties annahmen, zogen uns in den Bann. Diese Szene umfasste viele Nationalitäten, Arbeiter und Studenten der (leider sehr unparitätisch bezeichneten) befreundeten Bruderstaaten der damaligen „sozialistischen“ Wertegemeinschaft.

Und die besten Demokratieförderprogramme, die Witz hatten, ungeheuer produktiv waren und zum Ende der europäischen Diktaturen führten, hießen kurz gefasst „Prager Frühling“, Alexander Solschenizyn, Wolf Biermann, Bettina Weg-

ner, „Solidarność“ und natürlich andere. Das sind in meinen Augen Wegweiser, weil sie die Räume öffnen in einen lebendigen Widerspruch, prallvoll mit inspirierenden Menschen.

Erinnerungen setzen die tollste, schönste Neugierde eines unverratenen Menschen voraus – und was gibt es Schöneres, als den Blick in einen Thriller geschehener Geschichte, auch „lebendig erzählter Unrechtsgeschichte“ (Udo Scheer), zu werfen?

Die Welt von Jan, die Jan-Welt, denkt dagegen verkürzt und lebt verkürzend und abkürzend und will alle Wahrheit sofort portionsgerecht auf der Hand haben. Zumindest das teilt die Jan-Welt mit der Welt der DDR-Funktionäre.

¹ Bernd Wagner, in: Axel Reitel, Hass auf Heimat – die rechte Opposition der DDR, Radiofeature, MDR 2011. Nachzuhören: <https://www.youtube.com/watch?v=0ByUAwf55nI>. Dazu bitte auch das Radiointerview des Autors über das Feature „Hass auf Heimat“ DDR-Rechtsextremismus: <https://www.youtube.com/watch?v=CmPqGQMLbrk>.

Unsagbarkeit?

—
Literatur in der Empörungdemokratie

MICHAEL BRAUN

Geboren 1964 in Simmerath, Leiter des Referates Literatur der Konrad-Adenauer-Stiftung Sankt Augustin und außerplanmäßiger Professor für Neuere Deutsche Literatur und ihre Didaktik an der Universität zu Köln.

„What would you say if no one was listening?“, heißt es auf dem Plakat einer Forschungsgruppe am Trinity College Dublin. Sprechen ohne Zuhörer, das klingt ungewöhnlich in einer vernetzten Welt, ja beinahe unmöglich, wenn man an die Spektakel und Skandale unserer „Empörungdemokratie“ denkt. Denn da

scheint jeder jedem etwas zu sagen zu haben. Zugleich aber kann niemand ganz unsichtbar und unhörbar sein, Personen des öffentlichen Interesses am allerwenigsten.

Was aber geschieht, wenn die Echokammern der sozialen Medien ausgeräumt, die Ohren auf einmal zu voll und die Zuhörer des Zuhörens müde geworden sind? Was würden wir dann sagen? Würden wir überhaupt noch etwas sagen? Äußerungen von den Rändern des Akzeptablen rücken ja nur dann ins Zentrum medialer Aufmerksamkeit, wenn das, was diese Worte nicht mehr akzeptabel macht, an den Grundlagen unseres demokratischen Diskurses rüttelt, an Freiheit, Recht, Individualität und Wertebewusstsein.

Die Unsagbarkeit, ursprünglich – wie Ernst Robert Curtius gezeigt hat – ein Topos aus der Festrede, der den Sprecher nicht vergrößert, sondern als Zwerg auf die Schultern von anderen Riesen stellt, gerät zur Sprachschranke. Dieser Wandel der Diskursregel ist nicht ohne Widersprüche. Einerseits beansprucht das anstößigste Wort, ein freies zu sein, andererseits ist die so auch missbrauchbare Redefreiheit häufig von Aussprechverboten umstellt.

Es gilt, auf die Kontexte zu achten. Der zu Recht inkriminierte Vergleich der nationalsozialistischen Zeit mit einem „Vogelschiss“ in der deutschen Geschichte durch einen AfD-Politiker ist eine unzulässige Relativierung und Verharmlosung des Holocaust. Rhetorisch gesehen, radikalisiert er einen anderen Vergleich, den Hans-Ulrich Wehler im letzten Band seiner *Deutschen Gesellschaftsgeschichte* anstellte, als er die DDR als eine „Fußnote“ in der deutschen Geschichte bezeichnete. Auch das ist eine der vieldiskutierten Bruchstellen des Unsagbarkeitstopos. Und wer, wie Uwe Tellkamp beim Dresdner Literaturstreit im März 2018, mit dem Islam in Deutschland eine Religion als Politik einwandern sieht, „die mit unseren Werten, speziell unserem Rechtssystem, nicht viel am Hut hat“, und dann vor einem vermeintlichen Gesinnungsterror warnt, der ruft sofort eine Öffentlichkeit auf den Plan, die sich über die Empörung empört. Es kommt zu einem kommunikativen Klimawandel. Die Rollen von Publizistik und Publicity werden verwechselt, die Ansprüche der Wahrheit gegen sogenannte alternative Fakten eingetauscht und manche Standpunkte auch schon einmal übereifrig für Standorte gehalten.

„KRISELNDE GEREIZTHEIT. NAMENLOSE UNGEDULD.“

„Die Große Gereiztheit“: So nennt der Tübinger Medienwissenschaftler Bernhard Pörksen dieses Erregungsmuster des digitalen Zeitalters. Das Wort geht zurück auf Thomas Mann. Es ist die Überschrift des vorletzten Kapitels aus dem *Zauberberg*. Manns Roman aus dem Jahr 1924 bannt die nervöse Vorkriegsgesellschaft ins Bild eines hypernervösen Sanatoriums in Davos. In dem Schweizer Berghof regiert eine kleine Gesellschaft mit großen Sensoren für Zeit, Raum und Medien. Es liegt etwas in der Luft, etwas, das empört und zugleich reizt. So heißt es: „Zanksucht. Kriselnde Gereiztheit. Namenlose Ungeduld. Eine allgemeine Neigung zu giftigem Wortwechsel, zum Wutausbruch, ja zum Handgemenge. Erbitterter Streit, zügelloses Hin- und Hergeschrei entsprang alle Tage zwischen einzelnen und ganzen Gruppen, und das Kennzeichnende war, daß die Nichtbeteiligten, statt von dem Zustande der gerade Ergriffenen abgestoßen zu sein oder sich ins Mittel zu legen, vielmehr sympathischen Anteil daran nahmen und sich dem Taumel innerlich ebenfalls überließen.“

Das Scharmützel, das Thomas Mann in diesem Kapitel inszeniert, nimmt den „Großen Krieg“ (1914–1918) vorweg. Die Kombattanten sind Naphta und Settembrini, an deren hybriden Eigenschaften schon so mancher Interpret verzweifelt ist. Naphta ist zugleich Jesuit, Ostjude und Kommunist, ein Verfechter von gerechtem Krieg, totalitärem Gottesstaat, Revolutions- und Leidensmystik; Settembrini ist Anwalt der Aufklärung, Rationalist, Demokrat, ein fortschrittlich gesonnener Humanist und romantischer Freiheitskämpfer. Es ist der Begriff der Freiheit, an dem sich der Disput erhitzt. Weltbeherrschung gegen Weltberechnung, Freiheit von Volk und Nation gegen weltbürgerliche Freiheit, so die Positionen. Am Ende kommt es zu einem absurden Duell, Settembrini weigert sich zu schießen, Naphta jagt sich eine Kugel in den Kopf.

FREIHEIT DES WORTES

Naphta und Settembrini sind Pilotfiguren für die Empörungsdebatten, die sich seit Mauerfall und Wende unter wechselnden Vorzeichen in der Kulturszene wiederholen. Die Diskussion um die Stasi-Verwicklung von Schriftstellern (1989/90), die Botho-Strauß-Debatte um die Rückkehr der Nation (1993), die Aufregung über die DDR-Bilder in Günter Grass' Roman *Ein weites Feld* (1995) und der oben genannten Gesellschaftsgeschichte von Hans-Ulrich Wehler (1998), die Walser-Rede in der Paulskirche (1998), das Israel-Gedicht von Grass (2012) und jüngst die Dresdner Runde mit Durs Grünbein und Uwe Tellkamp: Immer geht es um die politische Rolle des Intellektuellen, um sein öffentliches Rederecht, um die Differenz zwischen Nation und Europa, Heimat und Kosmopolitismus, um Geschichtsgedächtnis und Zukunftsängste, um Täter- und Opferbilder, vor allem aber um die Frage nach der Freiheit des Wortes.

Dient diese Freiheit dazu, Hetzjagden auf Normabweichler zu veranstalten, oder ist sie eine Art moralisches Immunsystem der Gesellschaft? Ist es der Preis der Freiheit, wenn jede Meinung gleich viel zählt, auch die überzogene Erwartung oder die unnötig geschürte Angst? Manchmal melden sich empörte Stimmen zur Empörung, sei es ein Verlag oder ein Veranstalter, wie im Sommer 2017, als Michael Kleeberg in seiner Frankfurter Poetikvorlesung erzählte, wie sein neues Buch *Der Idiot des 21. Jahrhunderts. Ein Divan* (2018) über die Ankunft des Islams im Westen entstanden ist, und dabei zwischen seiner Sorge als Staatsbürger und seiner Aufgabe als Schriftsteller differenzierte.

Ein Kennzeichen der Unsagbarkeits-Debatten ist ihre Selbstbezüglichkeit. Sie kreisen um sich selbst. Am Stammtisch der sozialen Netzwerke ist man sich vor allem darüber einig, dass man sich einig ist. So ist Pegida nicht nur eine rechte Demonstration, sondern auch eine Facebook-Seite mit fast 200.000 Un-

terstützern. In diesem System eines entfesselten Affirmationsdenkens gibt es nur ein Medienecho, das sich selbst reproduziert: in den bereits erwähnten Echokammern.

Oft setzt erst die Wut über die Wut der anderen Seite das Wortgefecht in Szene. Auf der Blattgoldwaage der digitalen Blogs, Tweets und Live-News bekommt es ein spezifisches Gewicht: das Gewicht der Entrüstung. Und wer sich da entrüstet, ist ein Mensch im Alarmzustand. Ludwig Marcuse hat in seiner Studie *Obszön* (1962) diese Entrüstung als große Schwester der Empörung beschrieben: als „die defensive Mobilisierung einer Emotion zur Abwehr eines Einbruchs in die Feste, in der man sich verschanzt hat“.

SOGENANNTES GESINNUNGSKORRIDORE

Eine solche Burg sind die derzeit häufig genannten Gesinnungskorridore. Das englische Wort *Overton Window* geht auf den Politikwissenschaftler Joseph P. Overton (1960–2003) zurück und wurde durch den Titel eines gleichnamigen Politthrillers (2010) bekannt. Das *Overton Window* ist ein Popularitätsfilter, der die Stärke einer politischen Idee nicht danach bemisst, was sie wert ist oder wie gut sie ausgedrückt ist, sondern danach, wie weit sie ankommt. Merkwürdigerweise kann eine Radikalisierung der Idee auf der einen Seite zu mehr, auf der anderen aber auch zu weniger Freiheit führen. Die deutsche Lehnübersetzung „Gesinnungskorridor“ bringt eine wertethische Dimension in den Begriff. Er markiert die Grenze des sanktionsfrei Sagbaren. Aber wie frei ist ein Wort noch, das man durch einen Korridor schicken muss, damit es einen normen- und regelkonformen Ausdruck annimmt?

Paul Celan (1920–1970), der den Holocaust überlebt und neben der spät mit dem Nobelpreis ausgezeichneten Nelly Sachs wohl am nächsten am Rande des Sagbaren geschrieben hat, spricht in seiner Bremer Rede vom 26. Januar 1958 von dem Gedicht als „Flaschenpost“, „aufgegeben in dem – gewiß nicht immer hoffnungsstarken – Glauben, sie könnte irgendwo und irgendwann an Land gespült werden, an Herzland vielleicht“. Der Modus der Literatur ist das Sprechen in freien Raum und offene Zeit hinein. Literatur ist ein vielleicht nicht unbestechlicher, aber aufmerksamer Wächter der Freiheit. Damit das Dasein nicht von seiner Umwelt gelebt wird, wie Martin Heidegger einmal an Hannah Arendt schrieb, bedarf es des literarischen Wortes. Es braucht Zeit und Freiheit. Wahrheit ist langsam, Information ist schnell.

Geschichte und Heimat = Heimatgeschichte?

Pläne für ein „Haus der Geschichte Nordrhein-Westfalen“

GUIDO HITZE

Geboren 1967 in Düsseldorf,
Leiter der Planungsgruppe
des Landtages Nordrhein-Westfalen
für das Haus der Geschichte
Nordrhein-Westfalen.

Am Beginn jedes öffentlich inszenierten Geschichtsbewusstseins steht die Erinnerung. Eine solche kollektive Erinnerung ist ihrerseits eine Collage unzähliger individueller Erinnerungen, die systematisiert und dokumentarisch abgesichert sein muss. Der dahinterstehende

Prozess ist jedoch ein dynamischer, vielfältiger, und so haben wir es schließlich auch nicht mit einem feststehenden Endprodukt zu tun, sondern mit einer Summe ganz unterschiedlicher Erinnerungskulturen, negativer ebenso wie solcher, die positiv konnotiert sind. Allen gemeinsam ist, dass Erinnerungen untrennbar mit der Identität einer Person wie auch eines Gemeinwesens verbunden sind. Denn sie stellen eine elementare Voraussetzung für eine gelungene Identitätsbildung dar.

Das Beispiel des Landes Nordrhein-Westfalen zeigt, welche Bedeutung einer landesbezogenen Erinnerungskultur für die Ausbildung von gemeinsamer Identität und Landesbewusstsein in einem „Bindestrich-Land“ zukommt. Heimat wird gerade zwischen Rhein und Weser regional, manchmal auch nur lokal definiert, nicht jedoch als Synonym für das eigene Bundesland.

Das lag und liegt vor allem daran, dass sich Nordrhein-Westfalen als politisches und ökonomisches Kernland der alten Bundesrepublik lange Zeit selbst genügte und sich mit seiner „Künstlichkeit“ abfand. Folgerichtig tat sich Nordrhein-Westfalen schwer mit identitätsstiftenden Symbolen. Doch das Landeswappen, heraldisch korrekt als „gespaltener Schild“ bezeichnet, darf nicht länger sinnbildlich für das bloße Nebeneinander von Rhein, Westfalenross und lippischer Rose stehen, sondern muss das schicksalhafte Miteinanderverwoben-Sein von Rheinländern, Westfalen und Lippern verkörpern – bei gleichzeitiger Betonung ihrer jeweiligen Eigenart.

„WIR IN NORDRHEIN-WESTFALEN“

Nach den gescheiterten Versuchen von Ministerpräsident Franz Meyers in den 1960er-Jahren – also mit Beginn einer Ära der Krisen und Umbrüche, in der alte Selbstverständlichkeiten und Gewissheiten brüchig wurden –, das Desiderat einer verbindenden Landesidentität „von oben“ durch eine verordnete landesbezogene Symbolpolitik zu beseitigen, erzielte erst die Regierung von Johannes Rau in den 1980er-Jahren einen gewissen ersten Durchbruch auf dem Weg hin zu einem gefestigten „Landesbewusstsein“. Der Slogan „Wir in Nordrhein-Westfalen“, zunächst als PR-Mittel eingesetzt, um die SPD zur nordrhein-westfälischen „Staatspartei“ zu stilisieren, wurde schließlich zum vorläufigen und inoffiziellen Markenzeichen des Landes. Als Imagekampagne der Landesregierung und der nordrhein-westfälischen Wirtschaft von 1987 an unbestritten erfolgreich, vermochte das Motto jedoch bestenfalls vorübergehend so etwas wie eine eigene „NRW-Identität“ zu erzeugen, weil es schließlich doch seine parteipolitische Herkunft und Intention nicht verbergen konnte und daher am Ende auch exklusiv und eben nicht integrativ wirkte.

Ist die Kampagne „Wir in Nordrhein-Westfalen“ trotz aller unumstrittenen kurz- und mittelfristigen Durchschlagskraft auch insofern gescheitert, als sich mit ihr keineswegs die Etablierung eines tief verwurzelten und dauerhaft tragenden *Landesbewusstseins* im Sinne einer nordrhein-westfälischen Kernidentität verbunden hat, so bleibt es ihr Verdienst, indirekt das *nordrhein-westfälische Staatsbewusstsein* befördert zu haben. Niemand stellt mehr – wie noch in den 1980er-Jahren zeitweise in Westfalen – ernsthaft die Existenz des „Bindestrich-Landes“ zur Disposition oder propagiert die offene Separation, und das Wort vom „Provisorium“ ist ebenfalls längst aus dem politischen Sprachgebrauch verschwunden. Es bleibt allenfalls der selbstironische Spott –

vom Spruch „Was Gott getrennt hat, darf der Mensch nicht verbinden“ bis hin zum Fazit, das der Kölner Kabarettist Jürgen Becker und sein westfälisches Pendant Rüdiger Hoffmann aus Anlass des 60-jährigen Landesbestehens gezogen haben: „Es ist furchtbar, aber es geht.“

Bei allen beschriebenen parteipolitischen Implikationen und Verengungen der „Wir-in-NRW“-Kampagne verfolgte diese einen richtigen Ansatz: Sie akademisierte nicht Begriffe wie „Landesbewusstsein“ oder oktroyierte eine „Landesidentität“ von Staats wegen. Sie zielte vielmehr direkt auf die Bevölkerung. Politik muss, will sie erfolgreich sein, die sie betreffenden Menschen nicht nur kognitiv erreichen, sondern auch emotional ansprechen. Und eines der wichtigsten Gefühle, die zur Identitätsfindung eines Menschen gehören, ist das Heimatgefühl.

HEIMAT – NICHT ANGESTAUBT

Der Begriff „Heimat“ besitzt bei vielen Intellektuellen und Kulturschaffenden bis heute einen schalen Beigeschmack; für sie klingt er muffig, provinziell und anbiedernd. Aber in Wirklichkeit ist er hochaktuell, wie die Einrichtung von „Heimatministerien“ auf Bundes- wie auf Länderebene unterstreicht. Denn die Wahrheit ist: Wenn man seine Heimat nicht liebt, ist man nicht wirklich offen für Fremdes, Neues, Andersartiges. Wer heimatlos ist, verliert Geborgenheit, Vertrautheit, emotionale Verbundenheit.

„Heimat“ ist das elementare Bedürfnis des Menschen nach Orientierung und dem Wissen um historisch gewachsene Besonderheiten des eigenen Ursprungs. „Heimat“ ist ein Grundbaustein individueller, aber auch kollektiver Identitätsfindung. „Heimat“ ist der Ort, den man vermisst, wenn man ihn verlässt.

Um die neuen Herausforderungen in einer globalisierten Welt meistern zu können, brauchen die Menschen Halt. In der Sicherheit, ihre Heimat zu kennen und zu lieben, können sie sich öffnen für Neues und für Ungeohntes, weil das Vertraute sie trägt durch die Konfrontation mit erlebter Verunsicherung. Wenn wir unsere Traditionen, unsere Sitten und unsere Geschichte vergäßen, wären wir nicht wirklich offen für das Fremde. Nur wer über einen eigenen Standpunkt verfügt, ist auch fähig zu wahrer Toleranz. Anderenfalls wird aus Toleranz bloße Beliebigkeit.

Manche Kommentatoren gehen bis heute so weit, Nordrhein-Westfalen pauschal die Fähigkeit abzusprechen, für die hier lebenden Menschen überhaupt zur „Heimat“ werden zu können. Das von den Siegern des Zweiten Weltkriegs zusammengefügte politisch-administrative Konstrukt sei „seelenlos“ und bestenfalls ein Konglomerat unterschiedlicher Teilidentitäten. Es gibt in diesem Land tatsächlich die Identitäten als Niederrheiner, Kölner, Münsterländer, Ostwestfalen, Lipper, Sauer- und Siegerländer und natürlich

als Bewohner des Ruhrgebiets. Alle gemeinsam fühlen sich darüber hinaus aber auch als Deutsche und Europäer.

Was Nordrhein-Westfalen heute mehr denn je braucht, ist eine seine vielen Teil- und Supraidentitäten zusammenführende und zusammenhaltende Idee: eine „nordrhein-westfälische Idee“. Dabei hat es das Land zwischen Rhein und Weser zweifellos schwerer als andere, staatlich verfasste Kulturlandschaften. Es verfügt nicht über historisch ererbte Staatstraditionen, die sich am Ende selbst genügen. In seinen Städten und Landgemeinden am Rhein und in Westfalen entfaltete sich jedoch im 18. und 19. Jahrhundert vielerorts der Geist des freien Bürgertums, der Geist von technischer Innovation, von industriellem Fortschritt und nicht zuletzt auch der durch Christentum und Frühsozialismus inspirierte Geist von Solidarität und sozialer Verantwortung. Und nirgendwo sonst ist die Integration verschiedener Kulturen und Mentalitäten derart augenfällig und kennzeichnend geworden wie hier. Ministerpräsident Heinz Kühn sprach bereits 1971 zu Recht vom nordrhein-westfälischen „Integrationsmagnetismus“.

Im Ruhrgebiet prägten traditionell landfremde Zuwanderer Arbeitswelt und kulturellen Charakter der Region, und nicht zuletzt ermöglichten sie ihren wirtschaftlichen Aufstieg. Wie sähe das „typische Gesicht“ des Reviers aus, was wären seine Fußballclubs in der Vergangenheit gewesen ohne die vielen Polen, Masuren und Oberschlesier, die hier vor hundert Jahren eine neue Heimat gefunden haben? Nach dem Zweiten Weltkrieg nahm Nordrhein-Westfalen zusammen mit Niedersachsen und Bayern die meisten vertriebenen Landsleute und Flüchtlinge aus dem historischen deutschen Osten auf; Millionen von Schlesiern, Ostpreußen, Pommern und Ostbrandenburgern, aber auch Siebenbürger Sachsen und Russlanddeutsche fanden zwischen Rhein und Weser eine neue Heimat. Und Nordrhein-Westfalen verkörperte für etwa ein Drittel all derjenigen, die in den 1960er- und 1970er-Jahren als „Gastarbeiter“ den Weg nach Deutschland fanden, das Ziel ihres Neustarts in der Fremde.

LANDESBEWUSSTSEIN UND LANDESIDENTITÄT

Dies alles macht bis heute ein verbindendes Lebensgefühl in den unterschiedlichen Landschaften aus. Ein echtes „Landesgefühl“ oder gar ein ausgeprägtes „Landesbewusstsein“ ist mit diesem „Lebensgefühl“ jedoch nicht entstanden. Umgekehrt garantieren vor allem seine unterschiedlichen Mentalitäten, Erfahrungen, Prägungen und Stärken – sinnvoll miteinander verbunden – den Erfolg des Landes. Es kommt nun darauf an, diese Zusammenhänge den Menschen bewusst zu machen: im Wortsinn ein „Landesbewusstsein“ zu erzeugen.

Landesbewusstsein und Landesidentität kommen jenseits des politisch-praktischen Moments in heterogenen, demokratisch-pluralen Gemeinwesen prinzipiell sinnstiftende und damit gesellschaftsstabilisierende Funktionen zu. Zu der hierfür notwendigen „Verortung“ der *Adressaten*, nicht *Objekte*, politischen Handelns wie auch der politischen Bildung im weitesten Sinne gehört ihre geografische und soziokulturelle Definierung. Aber auch sie kann nur *mit* den Betroffenen und nicht *über sie hinweg* erfolgen. Ein Sozialverband lebt keineswegs allein von einem abstrakten allgemeinen Konsens über gemeinsame Interessen, Ziele und Bedürfnisse, sondern auch von verbindenden, sinnstiftenden Gefühlen wie Liebe zur Heimat, Stolz auf das gemeinsam Erreichte, Sorge um den Erhalt gewachsener wie geschaffener materieller und ideeller Traditionen und Werte.

Ohne Zweifel gehört das Landesbewusstsein damit zur politischen Kultur eines Landes, zu seinem *Selbst-Verständnis*. Entscheidend für seine Zukunft wird am Ende aber sein wirtschaftlicher Erfolg sein. Der ökonomische (Wieder-)Aufstieg Nordrhein-Westfalens ist und bleibt zusammen mit der damit verbundenen sozialen Stabilität der größte und wichtigste Integrationsfaktor dieses Landes überhaupt.

GEMEINSAME HISTORISCHE ERINNERUNG

Ein solcher Erfolg ist sowohl Bedingung als auch Katalysator einer wie auch immer gearteten Landesidentität. So wenig eine produktive gemeinsame Identität jedoch ohne dauerhaften gemeinsamen Erfolg denkbar ist, so wenig ist sie es ebenfalls ohne gemeinsame historische Erinnerung. Wer also den kritischen, aber konstruktiven Blick in die eigene Geschichte wagt, investiert zugleich in eine bessere Zukunft. Die sinnvolle, wenn nicht notwendige Anstrengung, Nordrhein-Westfalen zu einem gestärkten Landesbewusstsein und damit zu einer wirklichen „Landesidentität“ zu verhelfen, mündet deshalb zwangsläufig in die Initiative zur Errichtung eines „Hauses der Geschichte Nordrhein-Westfalen“.

Über ein solches Haus der nordrhein-westfälischen Geschichte wurde in der Vergangenheit bezeichnenderweise lange Zeit nicht ernsthaft diskutiert. Eine erste Initiative sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter Anfang der 1980er-Jahre zu einer großen nordrhein-westfälischen Landesausstellung, die zum Kern eines Museums hätte werden können, versandete in der Planungsphase, und ein entsprechender Vorschlag des CDU-Spitzenkandidaten Bernhard Worms im Landtagswahlkampf 1985 verhallte völlig wirkungslos. Ein „Land ohne Geschichte“ brauche kein Landesmuseum, für das überdies kein Geld vorhanden sei, hieß es parteiübergreifend und in den Kommentaren der Medien. Solche Argumente verrieten nicht nur eine bemerkenswerte Kurzsichtigkeit, sondern auch den geringen Stellenwert von

„Identitätspolitik“ im damaligen Nordrhein-Westfalen. Ein weiterer Vorstoß in diese Richtung in Zusammenhang mit der Neugestaltung des alten Ständehauses am Düsseldorfer Schwanenspiegel zu Beginn der 1990er-Jahre im Sinne einer möglichen Kombination aus Staatskanzlei und Landesmuseum scheiterte am Veto der Haushaltspolitiker sowie am Begehren der Kulturpolitiker, einen repräsentativen Standort für die Erweiterung der Kunstsammlung des Landes (K21) zu sichern. Schließlich griff der damalige Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg die Idee im Jahre 2011 auf und machte sie sich fortan zu eigen, doch die vorgezogene Neuwahl des Landtags im Frühjahr 2012 unterbrach die bereits angelaufenen Vorbereitungen, die von der rot-grünen Landesregierung nicht mehr fortgesetzt wurden.

Mehr als siebzig Jahre nach der Gründung des Landes ist es nunmehr an der Zeit, die eigene landesgeschichtliche Tradition in Nordrhein-Westfalen nicht nur zu begründen, sondern auch allgemein verständlich und allgemein zugänglich zu präsentieren. So sah es der Koalitionsvertrag vom Juni 2017 vor, und so steht es auch im historischen Landtagsbeschluss von CDU, SPD, FDP und Grünen vom 18. Januar 2018. Das „Haus der Landesgeschichte Nordrhein-Westfalens“ ist ohne Zweifel ein ehrgeiziges und nicht billiges Langzeitprojekt. Es bietet jedoch der Bevölkerung die Möglichkeit, eine eigene „Landesidentität“ auszubilden.

Letztlich aber steht bei der Vermittlung von landesgeschichtlichem Wissen immer der eigentliche Adressat im Mittelpunkt: die Menschen, die in diesem Land leben und zu Hause, eben „heimisch“ sind. Sie anzusprechen, erfordert ein vielfältiges und offenes museales Konzept. Es geht nicht darum, eine geschichtspolitisch motivierte teleologische Meistererzählung Nordrhein-Westfalens zu präsentieren, sondern Landesgeschichte als spannende, bunte, überraschende Mischung aus Alltagsgeschichte, Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Sport und Kultur, die mit dem Leben eines jeden Einzelnen mehr zu tun hat als vielfach angenommen und in der auch die Schilderung von Irrwegen, Rückschlägen, Katastrophen und Skandalen ihren Platz haben muss.

Entstehen soll kein großes nordrhein-westfälisches „Heimatmuseum“ im Sinne eines „Heimatstübchens“ – wohligh und gefühlig. Erst recht soll es niemanden ausschließen, keine Identität als „closed shop“ befördern, denn genau das ist Nordrhein-Westfalen nie gewesen. Wir brauchen auch kein „Heimatschutzmuseum“, sondern ein offenes, einladendes Haus der Selbstvergewisserung: Wer wir sind, woher wir kommen und wohin wir gehen wollen. Wer dabei mitmachen will, ist herzlich willkommen. Wenn am Ende so etwas entstehen sollte wie ein die einzelnen Regionen verbindendes „Heimatgefühl“, ein zeitgemäßes „Landesgefühl“ – warum nicht? Vorrangig ist allerdings etwas anderes: Geschichte in Nordrhein-Westfalen, diesem bisher so seltsam geschichtslosen Land mit reichlich Traditionen und Geschichten und einer mittlerweile 72-jährigen Landesgeschichte, endlich eine Heimat zu geben!

Lernende Systeme

Reflexion über die deutsche Parlamentsgeschichte

MARIE-LUISE RECKER

Geboren 1945 in Osnabrück, emeritierte Professorin für Neueste Geschichte, Goethe-Universität Frankfurt am Main, 2012 bis 2018 Vorsitzende der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien.

Der Deutsche Bundestag scheint sich allgemeiner Beliebtheit zu erfreuen. Vor dem Reichstag am Platz der Republik in Berlin bilden sich jeden Tag lange Schlangen von Besuchern, die das Gebäude besichtigen, einen Blick in den Plenarsaal werfen und von der Dachterrasse aus die Aussicht auf die Stadt genießen wollen. Die von Sir Norman Foster entworfene Glaskuppel über dem Sitzungssaal gilt längst als Sinnbild für die „Berliner Republik“, das vereinte Deutschland.

Auf der anderen Seite hat das Parlament in der Mediendemokratie einen schweren Stand. Die Klage, dass das Aktualitäts- und Sensationsbedürfnis der modernen Massenmedien zu wenig Raum lasse für eine ernsthafte

und gründliche Auseinandersetzung mit politischen Themen, dass Fernsehen und Talkshows die politische Agenda in stärkerem Maße bestimmten als der Deutsche Bundestag, ja dass mittlerweile Facebook und Twitter die zentralen Kommunikationsräume auch für politische Themen seien und somit den politischen Diskurs prägten, ist weit verbreitet. Wo also ist der Bundestag in den politischen Auseinandersetzungen der Gegenwart verortet, und was kann uns die Geschichte des deutschen Parlamentarismus bei dieser Frage lehren?

KLISCHEE VOM „PROFESSORENPARLAMENT“

Ikonografisch ist die Geschichte des Parlamentarismus in Deutschland zunächst mit der Paulskirche in Frankfurt am Main verknüpft, dem Tagungsort der Deutschen Nationalversammlung 1848/49. Sie hatte sich zum Ziel gesetzt, das Modell einer auf individuelle Freiheit und Rechtsgleichheit gründenden „bürgerlichen“ Gesellschaft und eines freiheitlichen, auf politischer Mitsprache der Bürger aufgebauten Nationalstaats in einer Verfassung niederzulegen. Entgegen dem Klischee vom redseligen, aber tatenlosen „Professorenparlament“ entwickelte sich in dieser Versammlung ein pragmatischer, improvisierter Parlamentarismus, der über bisherige frühkonstitutionelle Parlamente hinauswies. Mit ihrem Verfassungsentwurf zugunsten einer konstitutionellen Monarchie unter preußischer Führung hatten die in der Paulskirche Versammelten einen Markstein für die weitere Entwicklung gesetzt.

Mit der Gründung des Deutschen Reiches 1871 erfüllte sich für große Teile des liberal und national denkenden Bürgertums das wichtigste politische Ziel – die nationale Einheit. Doch der Herrschaftskompromiss, den sie dafür mit Bismarck und den konservativen Eliten Preußens eingegangen waren, setzte ihrem politischen Handeln enge Grenzen. Mit dem Neben- und Gegeneinander von monarchischer Machtwahrung und parlamentarischer Mitsprache entsprach die Reichsverfassung von 1871 dem für das 19. Jahrhundert charakteristischen Typus der konstitutionellen Monarchie und war doch von der Handschrift Bismarcks geprägt. Da letztlich alle Fäden in der Hand des Reichskanzlers zusammenliefen, fiel der monarchisch-bürokratischen Exekutive ein deutliches Übergewicht zu. Allerdings steckten in den Rechten des Parlaments auch Entwicklungsmöglichkeiten, konnte gegen dessen Willen doch kein Gesetz und kein Haushalt verabschiedet werden. Der Einfluss des Parlaments musste steigen, wenn Umfang und Bedeutung der Reichsgesetzgebung zunahmen und wenn es ihm gelang, in der Öffentlichkeit seine Präsenz als politisches Forum der Nation zu festigen.

Die Frage, in welchem Maß der Reichstag im institutionellen Gebilde des Kaiserreichs seine Machtstellung ausbauen und damit auf dem Weg zu

Parlamentarisierung und Demokratisierung voranschreiten konnte, gehört zu den zentralen wissenschaftlichen Kontroversen. Angesichts der Fundamentalpolitisierung, die spätestens um 1900 die politische Kultur des Kaiserreiches mit großer Dynamik veränderte, und der Entwicklung eines politischen Massenmarktes wurde der wilhelminische Obrigkeitsstaat allmählich ausgehöhlt. Bei allem Aufgaben- und Machtzuwachs des Reichstags ließ sich dennoch keine Entwicklung erkennen, die schrittweise oder gar zwingend das konstitutionelle in ein parlamentarisches System überführt hätte.

PARLAMENTARISMUSKEPSIS UND DIE FOLGEN

Mit der Weimarer Reichsverfassung wurde der Parlamentarismus als Regierungsform festgeschrieben. Allerdings sollte dem Reichstag nicht die gesamte Macht anvertraut, vielmehr ein „Parlamentsabsolutismus“ verhindert werden. Dieses Misstrauen gegen den konsequenten Parlamentarismus als originäre Form der repräsentativen Demokratie bewog die Verfassungsschöpfer dazu, unterschiedliche Demokratiemodelle miteinander zu verknüpfen: das parlamentarisch-repräsentative Prinzip, das sich im Reichstag verkörperte, das präsidentiale Element, personifiziert im Amt des direkt gewählten Reichspräsidenten, und schließlich das direkt-demokratische Modell, niedergelegt in der Möglichkeit von Volksbegehren und Volksentscheid auf Reichsebene.

In der Praxis erwies sich dieses Nebeneinander als dysfunktional. Da der Zwang zur politischen Willensbildung durch das Parlament nicht stringent ausgestaltet war, erlagen die Parteien immer wieder der Versuchung, sich angesichts der überwältigenden politischen Sachprobleme den entscheidenden parlamentarischen Funktionen zu verweigern, insbesondere der Aufgabe, die Regierung zu bilden und zu tragen. Hierbei erwies sich die starke Stellung des Reichspräsidenten als Einfallstor für antiparlamentarische und antirepublikanische Kräfte, die darauf hinwirkten, die Weimarer Republik in ein autoritäres Regime umzuformen. Je weniger der Reichstag zu einer konstruktiven Mehrheitsbildung fähig war, desto mehr konnten antiparlamentarische Kräfte in das dadurch entstandene Vakuum vordringen.

ADENAUER FÜLLTE DAS GRUNDGESETZ MIT LEBEN

Die Väter und Mütter des Grundgesetzes versuchten, diese Defizite zu beheben und den neuen westdeutschen Staat zu einer strikt parlamentarischen Demokratie zu formen. In der Tat wurde der Bundestag nun in die politische Verantwortung hineingezwungen, indem er sich nicht selbst auflösen konnte, eine Regierung nur über ein konstruktives Misstrauensvotum

zu stürzen vermochte und seine legislative Willensbildung durch kein Instrument der direkten Demokratie ausgeschaltet werden konnte. Mit Adenauer fand die neue politische Ordnung einen ersten Kanzler, dem es gelang, eine stabile Koalition auf seine Politik einzuschwören und so die im Grundgesetz kodifizierte Verfassungsordnung mit Leben zu füllen. Die Gewichte innerhalb dieser „Kanzlerdemokratie“ sollten sich im Laufe der Zeit zwar verändern, doch blieben auch unter Adenauers Nachfolgern ihre Strukturen bestimmend.

In seiner Binnenorganisation und seinen Verfahrensweisen orientierte sich der Deutsche Bundestag in hohem Maße an der seit 1848 ausgebildeten Tradition seiner Vorgängerparlamente. In seinem Selbstverständnis jedoch war er ein Beispiel des westlichen, demokratischen Verfassungsstaats, in dem es die Aufgabe des Parlaments ist, die Regierung aus sich heraus zu bilden und zu tragen, und sich die Opposition als Regierungsalternative anbietet und bereithält. Vor diesem Hintergrund konnte sich in der Bundesrepublik Deutschland ein stabiles Regierungssystem entwickeln, dessen kennzeichnendes Merkmal im Vergleich zur Weimarer Republik, aber auch zur Realität vieler westlicher Demokratien, die Länge und die Kontinuität der Kanzlerschaften waren. Diese Stabilität und die Erfahrung, dass Parlamentarismus und erfolgreiches Regieren durchaus zusammenpassen, haben die Verwurzelung der parlamentarischen Demokratie in Westdeutschland in hohem Maße unterstützt.

EINFLUSS DER MASSENMEDIEN

Kritik und Protest begleiteten die Parlamentarisierung der europäischen Nationalstaaten von Beginn an. Wo immer sich Gegner formierten, stellten sie die Legitimation der Abgeordneten in Abrede, den Volkswillen zu repräsentieren, oder zogen deren Fähigkeit in Zweifel, die anstehenden politischen, sozialen und wirtschaftlichen Probleme zu lösen. Angesichts der Schwerfälligkeit parlamentarischer Entscheidungen und der Schwierigkeit, politische Kompromisse zu finden, schien manchem Kritiker der Übergang zu autoritären Systemen als der beste Weg, diese Situation zu überwinden. Oder aber der Vorwurf von Bürgerferne, Ineffizienz und Parteilichkeit stärkte populistische Strömungen.

Zudem schwindet in der Mediendemokratie die Bedeutung der Parlamente, indem politische Debatten aus den Plenarsälen in medial inszenierte Arenen politischer Diskussion auszuwandern drohen. Dies ist ebenfalls nicht neu, wird jedoch durch die Allgegenwart der neuen Massenmedien in hohem Maße befördert. Dennoch wird bei kritischem Blick deutlich, dass auch sie das Bedürfnis nach Wahrheit, Klarheit und Authentizität nicht zu erfüllen vermögen. Auch sie werden in dieser Sicht als inszenierte Debatten und

„Politiktheater“ abgetan, in denen eine ernsthafte und gründliche Auseinandersetzung mit politischen Themen nicht stattfindet und der politische Schlagabtausch ausschließlich der Profilierung und Geltungssucht der Teilnehmer diene. Zudem führen Kritiker ins Feld, dass die Politik ihren diskursiven Kern verliere, wenn sie sich auf diese Weise dem Unterhaltungsbedürfnis des Publikums anpasst und eher auf Schlagworte setzt als auf fundierte Argumente, die der Komplexität politischer Gegenstände entsprechen.

DURCHSETZUNGSFÄHIGES MODELL

Insofern bleibt – bei aller Kritik am Detail – die Rolle der Parlamente in der modernen Massendemokratie unverzichtbar. Gerade der Blick auf die Geschichte des Parlamentarismus lässt deutlich werden, dass die Parlamente ihrer Funktion, die politischen Interessen der Wähler aufzunehmen und in politische Entscheidungen umzusetzen, durchaus gerecht wurden. Wie die wechselvolle Geschichte des Parlamentarismus in Deutschland zeigt, waren sie „lernende Systeme“, die sich bei allen Hindernissen und Umwegen gegenüber anderen Politikmodellen durchsetzen konnten. In ihrer Funktion als Repräsentant der Wählerschaft, als Raum für den kontroversen politischen Diskurs, als fleißiger Gesetzgeber, als Stütze wie als Kontrolleur der Regierung und nicht zuletzt als Rekrutierungsfeld für den politischen Nachwuchs sind sie ein unabdingbarer Teil unseres politischen Systems.

SCHWERPUNKT

Die nächste große Debatte?

Über die neue Relevanz der deutschen Kolonialgeschichte

ULF MORGENSTERN

Geboren in 1978 in Dresden,
Wissenschaftlicher Mitarbeiter der
Otto-von-Bismarck-Stiftung,
Lehrbeauftragter am Historischen
Seminar der Universität Hamburg.

Nach eigenem Verständnis haben es die Historiker als Vertreter einer „Leitwissenschaft“ wieder einmal geschafft: Ein verdrängter und beschwiegener Gegenstand ist aus den Tiefen der Vergangenheit geholt worden. Und nun halten sie ihn einer noch ratlosen Gesellschaft

vor. Gemeint ist der Kolonialismus, in den auch Deutsche weit tiefer verstrickt waren, als uns heute lieb sein kann. In der bundesrepublikanischen Erinnerungskultur gab es oft nur das vage Bild einer vergleichsweise kurzen deutschen Kolonialherrschaft, mit überschaubarem Landbesitz und einer vermeintlich hohen Zustimmung der Kolonisierten.

Dieser bequemen Verharmlosung der deutschen Kolonialgeschichte widersprechen Fachwissenschaftler seit langer Zeit, auch solche aus den ehemals großen Kolonialmächten Frankreich und England – jenen Ländern also,

die dem Deutschen Reich 1919 die Unfähigkeit als Kolonialmacht ins Stammbuch geschrieben hatten. Im Versailler Vertrag wurde zwar die Alleinschuld des Deutschen Reichs am Kriegsausbruch und das Abtreten seiner afrikanischen und asiatischen Kolonien festgeschrieben, die Feststellung des deutschen Scheiterns als Kolonialmacht fand hingegen nur über die politische Publizistik in die Köpfe – in denen sie sich als Legende von der Anmaßung der Pariser und Londoner Kolonialherren festsetzte. Der Kolonialrevisionismus der Zwischenkriegszeit und die mythisierenden Redensarten von treuen Askaris, die auch noch in der Bundesrepublik im Umlauf waren, verfestigten dieses Zerrbild eines „sauberen“ deutschen Kolonialismus.

Historiker mit Schwerpunkten in der Global-, Imperial-, Kolonial- und Genozidgeschichte beklagen längst die unkritische Haltung ihrer Mitbürgerinnen und Mitbürger etwa bei der Namibia-Nostalgie im Reisebüro oder dem Kitsch des Kolonialretostils in Möbelhäusern des mittleren Preissegments. Allerdings blieben diese Monita in Deutschland bislang auf den akademischen Elfenbeinturm beschränkt.

VIEL ZU LANGE EIN „BLINDER FLECK“

Aktuell ändert sich das grundlegend. Ursache ist ein geisteswissenschaftlicher Modernisierungsschub des akademischen Westens, der es – begleitet vom Protest zivilgesellschaftlicher *Pressure Groups* – aus den Fachzeitschriften über die Feuilletons in die Kultur, die Kulturpolitik und die Außenpolitik geschafft hat. Die Bundesbeauftragte für Kultur und Medien, Staatsministerin Monika Grütters, stellte bei der Eröffnung eines Symposiums im Deutschen Historischen Museum am 7. Juni 2018 indikativ fest: „Viel zu lange war die Kolonialzeit ein blinder Fleck in der deutschen Erinnerungskultur.“ Wer wollte da widersprechen! Aber was folgt daraus?

Warum der Postkolonialismus in Deutschland um zwei bis drei Jahrzehnte später „durchschlägt“ als in Frankreich, Großbritannien und den Vereinigten Staaten von Amerika, die sich seit den 1970er-Jahren mit den Problemen der Dekolonisierung beschäftigten, liegt auf der Hand: Im Zentrum der kanonisierten Gewissheiten der deutschen Geschichte stehen seit den ausgehenden 1960er-Jahren die Verbrechen des „Dritten Reichs“. Daran schließt sich heute das Wissen um die zögerliche Distanzierung sowie späte und mühsame Aufarbeitung an. Bis in die Gegenwart sind Nationalsozialismus und Holocaust ein ständiges Diskursthema – als historisches Faktum bis zum 8. Mai 1945 und als hartnäckige, rassistische Denkgewohnheit, die noch lange in den Köpfen steckt.

Historische Forschungen und Debatten haben nicht unmaßgeblich zu einer Sensibilisierung in einem breiten öffentlichen Bewusstsein beigetragen. Allerdings beklagen einige Historiker, dass eine zu ausschließliche

Fokussierung auf „die besagten 12 Jahre“ (Theodor Heuss) den Blick auf andere Epochen und Themen zu verstellen drohe, und zwar auf solche mit positiver Konnotation (deutsche Demokratiegeschichte seit 1848) wie solche mit negativer wie die seit 1990 intensiv erforschte SED-Diktatur.

„VON WINDHUK NACH AUSCHWITZ?“

Daneben beansprucht seit den 2000er-Jahren die Globalgeschichte Deutschlands vor dem Ersten Weltkrieg einen zusehends größeren Raum. Das deutsche Kaiserreich und seine staatlichen Vorläufer wurden und werden von ihr, wenn auch nicht voraussetzungslos und wertfrei, anders als in den ideologisch aufgeladenen Sonderwegthesen als historisch eigenständige Lemmata im Wörterbuch der deutschen Geschichte betrachtet und nicht mehr auf eine Vorgeschichte des „Dritten Reichs“ reduziert. Aber auch eine entwicklungs-offene Beschäftigung mit der Zeit des Hochimperialismus kommt an dessen unstrittigen Schattenseiten nicht vorbei. Dazu zählt neben den eklatant ungleichen wirtschaftlichen Hierarchien zwischen Europa und dem globalen Süden auch der formelle Kolonialismus, in den Deutschland 1884/85 zwar erst spät, dann aber mit Macht einstieg und dessen eigentliche Hochphase es in der Zwischenkriegszeit als ein auf Europa beschränkter Akteur erlebte, der ab 1941 wahnwitzige Kolonisierungspläne in Osteuropa verfolgte.

Das Aufzeigen von ähnlichen Denkmustern hinter den Eroberungs- und Versklavungsplänen der Nationalsozialisten und der Vernichtung der Herero und Nama in Deutsch-Südwestafrika hat dem Historiker Jürgen Zimmerer Kritik eingebracht, obwohl er weder direkte Verbindungslinien zieht noch Pfadabhängigkeiten behauptet oder einen „kausalen Nexus“ zwischen dem frühesten und dem größten von Deutschen verübten Genozid herstellt. Da er Diskussionen nicht aus dem Weg geht, wird oft übersehen, dass sein *Von Windhuk nach Auschwitz?* überschriebenes Buch ein Fragezeichen im Titel trägt. Jedenfalls hat er maßgeblich dazu beigetragen, dass das Interesse am deutschen Kolonialismus und an dessen unrühmlichen Höhepunkten bei der sogenannten Niederschlagung des Boxeraufstands in China im Jahr 1901, dem Völkermord in Südwestafrika 1904 oder dem Tod ungezählter Afrikaner in sinnlosen Durchhaltemanövern deutscher Verbände im Osten Afrikas während des Ersten Weltkriegs merklich gewachsen ist.

Die von Zimmerer geleitete Forschungsstelle „Hamburgs (post-)koloniales Erbe“ widmet sich seit 2014 mit einer Grundfinanzierung durch den Hamburger Senat und zahlreichen Drittmittelprojekten in Deutschlands handelsgeschichtlicher Hauptstadt mit regionalem Bezug dem Thema Kolonialgeschichte; ähnliche Forschungsprojekte gibt es in Düsseldorf, Freiburg, Berlin und an anderen Universitäten. Und zwar jeweils mit dem Blick auf die vergangene Kolonialgeschichte wie auch auf ihr Fortwirken in die Gegenwart.

Unkommentierte Straßennamen und Denkmäler für deutsche Generäle, die an Heldentaten nach den Maßstäben der Epoche der weißen Überlegenheit erinnern, empören heute insbesondere Vertreter von zivilgesellschaftlichen Interessengruppen, etwa afrikanisch-stämmige Deutsche. Dass aus diesem Diskursumfeld Forderungen erhoben werden, wonach Begriffe wie Afrika-reisender, Entdecker und Missionar in Anführungsstriche gesetzt werden sollten, zeigt, welche Befindlichkeiten in den Einwanderungsgesellschaften der Großstädte abseits der deutschen Mehrheitswahrnehmung existieren.

DISKUSSION UM DAS HUMBOLDT-FORUM

Nach den Universitätswissenschaftlern und den Medien (*Spiegel-Epoche* und andere Magazine haben zuletzt Themenhefte über Rassismus und Kolonialismus veröffentlicht) beschäftigt sich auch die Kulturpolitik mit der Kolonialgeschichte. Dies geschieht in klassischen Formaten wie Ausstellungen und Symposien. In der Außenwirkung am intensivsten zeigt sich dies aber in der aufgeladenen Debatte um das Humboldt-Forum, die innerhalb weniger Monate von einer Frage preußischer Fassadenrenaissance zu dem deutschen Verhandlungsort schlechthin über die (mangelnde) Rechtmäßigkeit von Museumsobjekten aus kolonialem Sammlungszusammenhang geworden ist. Die Bundesregierung hat dieses Thema explizit in den Koalitionsvertrag und in das Aufgabenportfolio des Deutschen Zentrums Kulturgutverluste aufgenommen.

Als Realien sind koloniale Objekte damit zeitversetzt, aber im Grunde parallel zum Raubgut der Nationalsozialisten zu einem Thema der „Vergangenheitsbewältigung“ geworden. Wie schwierig Rückgaben werden können, davon zeugen sowohl die ersten konkreten Debatten – etwa um die gewiss nicht in deutsche Depots und Schausammlungen gehörenden menschlichen Überreste. Zahlreich sind auch die kontroversen Einwürfe von afrikanischen Museumsleuten und deutschen Historikern. Unter ihnen sehen nicht wenige in einer vollständigen Rückgabe geraubten oder erpressten Museumsguts eine ebenso eindimensionale Handlung wie im seinerzeitigen europäischen Sammlungswahn: Die schwierige gemeinsame Verflechtungsgeschichte könnte durch das pauschale Leeren von ethnologischen Museen und Archiven eher verschüttet und negiert als aufgearbeitet, problematisiert und für eine gemeinsame Zukunft nutzbar gemacht werden.

Aber noch sehen nicht alle Fachleute die Dinge so nüchtern und differenziert. Reduzierungen komplexer (kolonial-)historischer Zusammenhänge zur Erklärung gegenwärtiger Migrationsursachen finden sich auch in wissenschaftlichen Kontexten. So heißt es 2018 im Klappentext eines Katalogs zur Ausstellung über Rassismus im Hygiene-Museum in Dresden, dort sei ein „Kapitel [...] der rassistischen Herrschafts- und Ausbeutungspolitik des Kolo-

nialismus gewidmet, deren Folgen bis zu den Fluchtbewegungen unserer Tage nachwirken.“ Man könnte in solchen Vereinfachungen eine Katalysatorwirkung der Flüchtlingsdebatte für den Umgang mit der deutschen Kolonialgeschichte erkennen.

ENDE DER KOLONIALEN AMNESIE

Die damit verbundenen Aufgeregtheiten sollten einer sachlichen Auseinandersetzung weichen. Um bei der medizinischen Metapher von Jürgen Zimmerer zu bleiben: Die „koloniale Amnesie“ scheint überwunden. Die Erinnerungen kommen nicht nur wieder, sondern die Bilder des verdrängten Vergangenen finden Eingang in den Erinnerungshaushalt einer grundlegend gewandelten Gesellschaft. Man sollte freilich aufpassen, dass aus dem gelegentlich erhöhten Ruhepuls keine Neurasthenie wird, jener unselige, nervöse Epochengrundzug des in seinen Maßlosigkeiten zu Recht inkriminierten Zeitalters des Hochimperialismus. Schließlich verhandelt die Kolonialgeschichte nichts weniger als die Geschichte der Gegenwart, die unzweifelhaft eine Geschichte der Globalisierung ist.

Was aus den gegenwärtigen Forderungen, Statements und Bekenntnissen zu Schuld und Verantwortung konkret abgeleitet werden wird, muss die Politik in Bund und Ländern zeigen. Nur von dort können Lösungen angestoßen werden, das geltende Völkerrecht bietet nach Auskunft von Experten gerade keine Restitutionsgrundlage. „Heilen“ können hier also nicht die Juristen, sondern kann nur der politische Wille der Wähler. Historiker können diese Prozesse mit Expertise untersetzen. Man sollte von ihnen aber nicht die Rolle des Lehrmeisters im Sinne Ciceros verlangen. Das wusste Jacob Burckhardt schon im 19. Jahrhundert besser, wenn er glaubte, das Wissen um Geschichte mache nicht „klug, für ein andermal“, sondern „weise für immer“. Direkte Handlungsanweisungen lassen sich aus der Kenntnis der Vergangenheit also nicht auf gegenwärtige oder künftige Herausforderungen übertragen, allenfalls allgemeine, und diese seien, je mehr historisches Wissen man habe, umso schwieriger ins tägliche Agieren zu übertragen.

Mit der gegenwärtig erreichten Übereinkunft zwischen Fachwissenschaft und (Kultur-)Politik, wonach der Kolonialismus innerhalb der europäischen Geschichte auf die Seite der Verfehlungen gehört, deren Konsequenzen man sich stellen sollte, hat man eine Agenda gesetzt, deren Inhalte noch vage sind. Zu ihrer verantwortungsvollen Ausformulierung und anschließenden Umsetzung gehören eine von tagespolitischen Instrumentalisierungen in der Flüchtlings- und Integrationspolitik freie, dauerhafte finanzielle Ausstattung und ideelle Unterstützung durch staatliche Instanzen und Würdenträger.

Der Dreißigjährige Krieg

Das kollektive Gedächtnis der Deutschen und die jüngsten Kriege

HERFRIED MÜNKLER

Geboren 1951 in Friedberg (Hessen), seit 1992 Inhaber des Lehrstuhls für Theorie der Politik an der Humboldt-Universität zu Berlin, Mitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften. Ende 2017 ist sein Buch „Der Dreißigjährige Krieg. Europäische Katastrophe, deutsches Trauma, 1618–1648“ (Rowohlt Berlin Verlag) erschienen.

Der Dreißigjährige Krieg ist für uns nur noch ein weit zurückliegendes Ereignis. Weder für die kulturelle Mentalität der deutschen Gesellschaft noch für das poli-

tische Handeln der Bundesregierung hat er erkennbare Bedeutung. Dementsprechend sind jene traumatisierenden Effekte verschwunden, die das Erinnern an diesen Krieg früher einmal ausgelöst hatte. Das ist nicht zuletzt eine Folge des Zweiten Weltkriegs, der in seiner Schlussphase, als der strategische Bombenkrieg der Westalliierten die deutschen Städte in Schutt und Asche legte, häufig mit dem Dreißigjährigen Krieg und seinen Verheerungen gleichgesetzt worden ist. So hat sich der Zweite Weltkrieg wie eine Erinnerungsschranke zwischen die heutigen Deutschen und die Ereignisse der Zeit von 1618 bis 1648 gelegt. In der Folge ist die

Erinnerung an den Dreißigjährigen Krieg im buchstäblichen Sinne historisiert worden: Der Verweis auf den Dreißigjährigen Krieg steht für etwas weit Zurückliegendes und Entferntes.

Das ist nicht immer so gewesen: Als Helmuth Graf von Moltke der Ältere, der legendäre Sieger von Königgrätz und Sedan, am 14. Mai 1890 in seiner letzten Reichstagsrede vor einem drohenden Krieg in Europa warnte, verlieh er dieser Warnung durch Bezugnahme auf den Dreißigjährigen Krieg politische Schärfe. Alfred Graf von Schlieffen, Moltkes Nachfolger im Amt des Generalstabschefs, kam bald danach zu dem Ergebnis, ein großer europäischer Krieg dürfe unter keinen Umständen noch einmal auf deutschem Boden ausgetragen werden. Auch aus diesem Grund entwarf er die politisch verhängnisvollen Offensivkriegsplanungen, die bis heute mit seinem Namen verbunden sind.

Die Erinnerung an den Dreißigjährigen Krieg schwebte wie ein Damoklesschwert über den sicherheitspolitischen Planungen des Deutschen Reichs vor Beginn des Ersten Weltkriegs, und sie dürfte auch dazu beigetragen haben, dass nach Schlieffens Ausscheiden aus dem Amt des Generalstabschefs nicht Colmar von der Goltz, der einer Defensivkriegsplanung anhing, sondern Helmuth Graf von Moltke der Jüngere zum Zuge kam.

Die Darstellung der Kriegsfolgen in Gustav Freytags Werk *Bilder aus der deutschen Vergangenheit* war ein einziger großer Imperativ, dafür Sorge zu tragen, dass ein europäischer Krieg dieses Ausmaßes in Feindesland – und nicht auf deutschem Boden – ausgetragen würde. So nahm das Verhängnis seinen Lauf: Das Trauma des Dreißigjährigen Krieges trug dazu bei,

dass die Deutschen im 20. Jahrhundert zwei Kriege führten, die für sie zu einem neuerlichen Trauma wurden. Nicht immer ist „Lernen aus der Geschichte“ gleichbedeutend damit, dass auch das Richtige gelernt worden ist.

SUBJEKT DER GESCHICHTSREVISION

Nach dem Zweiten Weltkrieg haben sich einige Historiker, unter ihnen Hans-Ulrich Wehler, an einer geschichtspolitischen Enttraumatisierung der Deutschen versucht. Sie wollten belegen, dass der Dreißigjährige Krieg keineswegs so verheerende Folgen gehabt habe, wie dies von Gustav Freytag und anderen dargestellt worden war. Zu diesem Zweck berechneten sie die Kriegsverluste lediglich nach den bei unmittelbaren Kampfhandlungen Getöteten, weswegen, so der Subtext ihrer Geschichtsrevision, der Dreißigjährige Krieg ein Ereignis wie viele andere davor und danach gewesen sei. Das war gegen die vorherrschende Sichtweise gerichtet, der zufolge etwa ein Drittel der auf dem Gebiet des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation lebenden Menschen im Verlaufe dieses Krieges den Tod gefunden hätte – mit der Folge, dass Deutschland in seiner wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung um mindestens ein halbes Jahrhundert zurückgeworfen worden sei. Das seien, so die Revisio-nisten, dramatisch aufgebauschte Zahlen, die einer nüchternen Berechnung nicht standhalten würden.

Wer also hatte recht? Wehler und andere behandelten den Dreißigjährigen Krieg als einen Krieg wie jeden anderen,

bei dem die Opferzahlen durch Inspektion der Schlachtfelder und der darauf liegenden Toten ermittelt wurden. Ein solcher Krieg war der Dreißigjährige Krieg aber gerade nicht! Spätestens in seiner zweiten Hälfte führten die Heere nicht nur Krieg gegeneinander, sondern auch (und mitunter vor allem) gegen die Bauern, die sie ausplünderten, von denen sie viele totschlugen und den Rest durch Wegnahme des Saatguts, des Viehs und der Zugtiere dem Hungertod preisgaben. Auch das waren Tote dieses Krieges.

Zu den Hungersnöten kamen schließlich die sich seuchenartig ausbreitenden Krankheiten, von den Zeitgenossen zumeist als „Pest“ bezeichnet, die infolge der Verbreitung durch Heereszüge und Flüchtlingskolonnen eine indirekte Kriegsfolge waren. In Friedenszeiten war die alte Gesellschaft eine weitgehend stationäre Gesellschaft, in der nur ein paar Kaufleute sowie Pilger und Scholaren größere Entfernungen zurücklegten. Infolgedessen blieben Seuchen zumeist räumlich begrenzt. Es gab so etwas wie eine natürliche Quarantäne. Die permanenten Durchzüge großer Truppenverbände mitsamt ihrem umfangreichen Tross hingegen, die notorischen Defizite an Hygiene dieser Soldatenhaufen, dazu die Flüchtlingsströme, die aus den häufigen Konfessionswechseln bestimmter Gebiete infolge des unstillen Kriegsglücks resultierten, änderten das grundlegend. Der Krieg verwandelte Deutschland in einen großen Seuchenraum, und je länger er dauerte, desto mehr schnellten die Todesraten infolge dieser Seuchen in die Höhe. Die Krankheiten trafen auf eine durch Hunger geschwächte Bevölkerung. Ganze Dörfer wurden ausgelöscht, und zuvor dicht besiedelte Landstriche verödeten.

VIER APOKALYPTISCHE REITER

Der Dreißigjährige Krieg war ein Krieg, den der schlesische Dichter Andreas Gryphius als das Eintreten dessen begriff, was der Verfasser der Johannes-Offenbarung als Auftakt zum Ende der Geschichte dargestellt hatte: das Auftauchen der vier apokalyptischen Reiter, die für Gewalt und Krieg, Teuerung und Hunger, Seuchen und Pestilenz standen. Diese Wahrnehmung ließ sich nicht revidieren, indem man nur die Toten der Schlachtfelder zählte. Die revisionistische Sichtweise hat sich auch deswegen nicht durchsetzen können, weil sie mit der in Chroniken und Tagebüchern festgehaltenen Erfahrung der kleinen Leute nicht übereinstimmte. Im Gegenteil: In der internationalen Historiographie der Gewalt hat sich inzwischen die Auffassung durchgesetzt, dass nicht die absoluten Zahlen der Getöteten, sondern deren relatives Verhältnis zur Bevölkerung eines Raumes für die Abschätzung von Kriegsfolgen maßgeblich ist – und demnach war der Dreißigjährige Krieg mit einem Drittel Bevölkerungsverlust in Deutschland ein tieferer Einschnitt als die beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts zusammengenommen. Das erklärt die lange währende Traumatisierung, die dieser Krieg im kollektiven Gedächtnis der Deutschen hinterlassen hat.

Aber was war das eigentlich für ein Krieg, der am 23. Mai 1618 mit dem Prager Fenstersturz seinen Anfang genommen hatte, als böhmische Adlige zwei habsburgische Statthalter mitsamt deren Sekretär aus den Fenstern der Prager Burg warfen? Gemessen an der Dauer und den Folgen dieses Krieges, war der Prager

Fenstersturz ein läppisches Ereignis, zumal die drei den Sturz überlebten und mit kleinen Blessuren davonkamen. Man hat deswegen auch davon gesprochen, die Ereignisse in der Prager Burg seien nur der „Anlass“ gewesen, während die eigentliche „Ursache“ des Krieges in der konfessionellen Spaltung Deutschlands und der Paralyse der Reichsinstitutionen zu suchen sei.

Aber war der Krieg infolge des Konfessionsgegensatzes wirklich unvermeidlich, nachdem man sich im Augsburger Religionsfrieden von 1555 doch auf einen Modus Vivendi der Konfessionen geeinigt hatte? Wie lässt sich dann erklären, dass Kardinal Richelieu, die leitende Figur der französischen Politik, aufseiten der Protestanten in den Krieg eingriff, während die beiden lutherischen Mächte des Nordens, Dänemark und Schweden, in der Schlussphase des Krieges einander erbittert bekriegten und sich das ebenfalls lutherische Sachsen im ersten Drittel des Krieges auf die Seite des katholischen Kaisers gestellt hatte? Weil es kaum möglich ist, den Krieg auf einen eindeutigen Nenner zu bringen, hat sich eine bis heute andauernde Debatte über seine Ursachen und seinen Charakter entwickelt.

KRIEG EIGENEN TYPIS

Tatsächlich passt der Dreißigjährige Krieg nicht in das Schema von Kriegstypen, das sich nach seiner Beendigung in der sogenannten Westfälischen Ordnung, dem Ergebnis des Westfälischen Friedens, entwickelt hat. Der Dreißigjährige Krieg war ein Krieg eigenen Typs, und darin ist er am ehesten dem Peloponnesischen Krieg im 5. Jahrhundert vor Christus vergleich-

bar, wie ihn der Historiker Thukydides beschrieben hat. Was ist für solche Kriege charakteristisch? Dass sie sowohl Kriege zwischen großen Mächten als auch Kriege im Innern der politischen Verbände, also auch Bürgerkriege sind, dass es in ihnen nicht nur um konkurrierende Interessen, sondern auch um einander entgegengesetzte Werte geht, dass die Art der Ordnung als Ganzes auf dem Spiel steht, eine Kriegsbeendigung in Gestalt des Interessenkompromisses somit nicht möglich ist und infolgedessen partielle Friedensschlüsse immer wieder scheitern.

Die Folge ist, dass Kriege vom Typ „Dreißigjähriger Krieg“ unendlich lange dauern und zahlreiche Anläufe zum Frieden zu keinem Ergebnis führen. Kriege vom Typ „Dreißigjähriger Krieg“ sind Kompositkriege, in denen sich verschiedene Kriege und Kriegsschauplätze miteinander verbinden und unterschiedliche Kriegstypen – Mächt Krieg und Bürgerkrieg, großer Krieg und Kleinkriegführung (Guerilla) – übereinander schieben, sodass die Beendigung des einen Konflikts nicht zur Beendigung des gesamten Krieges führt: Dazu müssen die Kriegsgründe und Kriegstypen voneinander separiert werden, und man muss für jeden dieser Konflikte eine eigene Lösung finden, die zugleich mit den Lösungen aller anderen Konflikte kompatibel ist.

Das ist ein politisch-diplomatisches Kunstwerk, das zustande zu bringen viel Zeit kostet. Dementsprechend haben sich die Friedensverhandlungen in Münster und Osnabrück auch über vier Jahre hingezogen, während derer der Krieg weiterging und weitere Opfer forderte. Die Friedensverhandlungen standen stets am Rande des Scheiterns und unter der Androhung ihres Abbruchs. Noch als der

Friedensschluss im Oktober 1648 unterzeichnet wurde, bezweifelten viele, als Prominentester unter ihnen der kaiserliche Generalleutnant Ottavio Piccolomini, dass dieser Frieden halten werde. Das stand erst auf dem Reichsexekutionstag im Sommer 1650 in Nürnberg fest.

VERFASSUNGS-, KONFESSIONS- UND HEGEMONIALKONFLIKT

Im strikten Sinn begann der Dreißigjährige Krieg mit einem Verfassungskonflikt, nämlich der Frage, wer in Böhmen sowie den mit Böhmen verbundenen Mähren, Schlesien und den beiden Lausitzen das Sagen haben sollte: die Stände, also der Adel und die Städte, oder der Habsburger Ferdinand, inzwischen böhmischer König, der einer absolutistischen Herrschaftspraxis zuneigte. Dieser Streit kulminierte im Prager Fenstersturz. Der Verfassungskonflikt war von Beginn an mit Auseinandersetzungen um die Konfession verbunden, denn die böhmischen Stände waren überwiegend protestantisch, während Ferdinand ein glühender Anhänger der Gegenreformation war. Diese konfessionelle Komponente sorgte für die „Internationalisierung“ des Konflikts, denn sie hatte zur Folge, dass sowohl die protestantischen als auch die katholischen Mächte die Entwicklung in Böhmen mit größter Aufmerksamkeit beobachteten. Die Konfessionsfrage war eines der Bindemittel, auf dem die Bündnisssysteme des Krieges beruhten. Sie war indes nicht das einzige Bindemittel; das andere war die Frage der europäischen Hegemonie, und mit ihr kam Spanien ins Spiel, das eigentlich in Mitteleuropa keine vitalen Interessen hatte

und doch von Anfang an der wichtigste „Sponsor“ Ferdinands und seines militärischen Agierens gegen die Böhmen war. Warum?

Spanien war im 16. Jahrhundert unter Kaiser Karl V. und seinem Sohn Philipp II. zur führenden Macht Europas aufgestiegen. Das lag am Zugriff auf das lateinamerikanische Silber, an der Leistungsfähigkeit der spanischen Infanterie, die das taktische Wechselspiel der Pikeniere und Musketiere am besten beherrschte, und schließlich an dem Ausscheiden Frankreichs aus dem europäischen Machtkampf infolge der internen Hugonottenkriege. Als Viertes kam schließlich die familiäre Verbindung zum deutschen Kaiser hinzu, dem Wiener Zweig des Hauses Habsburg, da der Kaiser als ranghöchste weltliche Macht in Europa der Verteiler von Legitimität war, während der Madrider Zweig der *Casa d’Austria* über die Ressourcen zur Ausfüllung dieser Machtposition verfügte. Diese wiederum fehlten dem Kaiser.

Spanien hatte jedoch zuletzt einige herbe Rückschläge hinnehmen müssen: Es hatte den Aufstand der nördlichen Niederlande nicht niederschlagen können, und die große spanische Flotte, die *Armada*, die England hatte niederwerfen sollen, war an ihrem Auftrag gescheitert. In Madrid befürchtete man, eine Demütigung der Wiener Habsburger durch die Böhmen, gewissermaßen ein „zweites Holland“, werde die Reputation Spaniens weiter beeinträchtigen. Also stellte Spanien Ferdinand Truppen und Geld zur Verfügung, was diesen überhaupt erst gegen die Böhmen kriegsführungsfähig machte. Zum Verfassungs- und zum Konfessionskonflikt kam somit von Anfang an ein Hegemonialkonflikt hinzu. Es war diese „unheilige Dreifaltigkeit“ der

Kriegsgründe und Kriegsziele, die den Böhmisches Krieg zum Dreißigjährigen Krieg werden ließ, an dessen Austragung schließlich alle größeren Mächte Europas beteiligt waren, weil keine es sich im Hinblick auf ihre machtpolitische Stellung leisten konnte, nicht an diesem Krieg teilzunehmen.

ANALYSEFOLIE FÜR HEUTE

Ist dieser Krieg für uns heute noch von politischer Relevanz, hat er uns etwas zu sagen, nachdem seine traumatisierende Wirkung auf die Deutschen im Gefolge des Zweiten Weltkriegs verschwunden ist? Stellt man die skizzierte „unheilige Dreifaltigkeit“ der Kriegsgründe und Kriegsziele ins Zentrum, so kann der Dreißigjährige Krieg als ein „ferner Spiegel“ dienen, wie die US-amerikanische Pulitzerpreisträgerin Barbara Tuchman ihre Darstellung des Hundertjährigen Krieges betitelt hat, bei dem wir in die Vergangenheit blicken und in deren Spiegelung unsere eigene Gegenwart oftmals besser erkennen können, als wenn wir uns ihr unmittelbar und ohne Zuhilfenahme eines Spiegels zuwenden. Als Beispiel dafür können die Kriege im Vorderen Orient dienen: der Krieg in Syrien, im Irak, im Jemen und in Libyen.

An deren Anfang stand ein Verfassungskonflikt, ein Machtkampf um die innere Ordnung, den man in Europa in anfänglicher Naivität als „Arabischen Frühling“ bezeichnet hat. Dieser Machtkampf wurde sehr bald überlagert von einem Religions- beziehungsweise Konfessionskonflikt: dem zwischen Muslimen und (koptischen) Christen, vor allem aber dem

innerislamischen Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten. Auch hier wirkte der religiöse Konflikt als Brandbeschleuniger des verfassungspolitischen Konflikts. Schließlich kam auch noch ein Hegemonialkonflikt hinzu, der durch die notorischen Misserfolge der USA in der Region befeuert wurde. Inzwischen haben sich der Iran, Saudi-Arabien und die Türkei als potenzielle Hegemonialmächte der Region in diese, zunächst noch voneinander getrennten Kriege eingemischt, und auch Russland ist als äußerer Intervent mit dabei, ebenso nach wie vor, freilich in reduziertem Maße, die USA und ein wenig auch die Europäer.

Wer die Kriege des Vorderen Orients durch den „fernen Spiegel“ des Dreißigjährigen Krieges analysiert und beschreibt, sieht klarer, als wenn er sich allein mit den jeweiligen Konfliktparteien beschäftigt, etwa mit dem sogenannten Islamischen Staat, der lange Zeit die Aufmerksamkeit auf sich gezogen und damit vom Blick auf die Gesamtlage abgelenkt hat. Er sieht auf diese Weise Strukturen und Entwicklungsdynamiken, bekommt eine Vorstellung davon, dass es nur ein begrenztes Zeitfenster gibt, die einzelnen Kriege im Nahen Osten nicht zu einem „Dreißigjährigen Krieg“ dieses Raumes werden zu lassen, und erhält eine Vorstellung davon, wie schwierig und anspruchsvoll ein Friedensschluss dort sein dürfte.

Man kann sehr wohl aus der Geschichte lernen, doch nur dann, wenn man sie mit theoretisch geschulten Augen analysiert. Nicht als Trauma, sondern als Analysefolie ist der Dreißigjährige Krieg für uns darum heute von Bedeutung.

Deutsches Armageddon?

Der Dreißigjährige Krieg und die Deutschen im 19. Jahrhundert

HILMAR SACK

Geboren 1972 in Frankfurt am Main, Historiker mit den Forschungsschwerpunkten Nationalismus, Erinnerungskultur und Geschichtspolitik, Autor der Studie „Der Krieg in den Köpfen. Die Erinnerung an den Dreißigjährigen Krieg in der deutschen Krisenerfahrung zwischen Julirevolution und deutschem Krieg“ (Duncker & Humblot 2008), gefördert durch ein Promotionsstipendium der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Der Dreißigjährige Krieg ist gleichermaßen Trauma und prägendes Element der Neuzeit. Besonders in der unübersichtlichen Gegenwart kommt man als Bezugspunkt auf ihn zurück. Der Berliner Politikwissenschaftler Herfried Münkler erkennt in seiner zum Bestseller avancierten aktuellen Studie *Der Dreißigjährige Krieg. Europäische Katastrophe, deutsches Trauma 1618–1648* verblüffende Parallelen zu den blutigen Konflikten im Nahen Osten. Und

auch der in Cambridge lehrende irische Historiker Brendan Simms fragt nach dem Modellcharakter des Westfälischen Friedens für die Lösung des jahrzehntealten Nahost-Problems.

Der Aufmerksamkeitshaushalt der Öffentlichkeit ist begrenzt, weshalb auch die interessantesten historischen Analogien Unterstützung benötigen. 2018 hilft der Gedenkkalender, der 400. Jahrestag des Kriegsausbruchs. Die letzte Hausse hatte die Erinnerung an den Dreißigjährigen Krieg zum 350. Jahrestag des Westfälischen Friedens erlebt. Damals, 1998, mit einem europäischen Fluchtpunkt: 1648 als gemeinsamer Erinnerungsort eines sich friedlich vereinigenden Kontinents.

TRAUMATISCHE WIRKUNG DER GLAUBENSKÄMPFE

Krieg und Frieden – nicht nur die Gedenkveranstaltungen bestimmen die Perspektive. Das wusste schon Goethe, der seinen Faust sagen lässt: „Was ihr den Geist der Zeiten heißt, / Das ist im Grund der Herren eigner Geist, / In dem die Zeiten sich bespiegeln.“ Wo 1998 im Erinnern an den Westfälischen Frieden der Fortschritts-optimismus eines Jahrzehnts aufleuchtet, das von der Überwindung des Kalten Krieges geprägt war, reflektiert das aktuelle Interesse an den Kämpfen des 17. Jahrhunderts die Spannungen unserer konfliktreichen Jetztzeit.

Den Dreißigjährigen Krieg als Deutungsfolie zum besseren Verständnis des Zeitgeschehens zu betrachten, hat in Deutschland Tradition. Besonders gilt das für das lange 19. Jahrhundert, das von den Befreiungskriegen gegen Napoleon bis

zur Weltkriegsepoche reicht, die gern ebenso prägnant wie unhistorisch als Zweiter Dreißigjähriger Krieg bezeichnet wird. Zu Recht wird auf die langanhaltende traumatische Wirkung der Glaubenskämpfe verwiesen. Wie präsent sie noch 200 Jahre danach, während der Formierungsphase des deutschen Nationalstaats mit ihren Debatten um die nationale Identität, gewesen sind, ist dennoch kaum bekannt.

Gerade das historisch gesinnte 19. Jahrhundert erlebte gewaltige und gewalttätige Umbruchphasen, in denen Menschen verstärkt Halt und Orientierung in der Geschichte suchten – und es hatte prägnante Jubiläen. 1848 fiel beides zusammen: Revolution und 200. Jahrestag des Westfälischen Friedens. Im Aufbruchspathos der Märzrevolution dominierte zunächst die Erinnerung an die Verträge von Münster und Osnabrück. „Wie Zenith und Nadir, wie Anfang und Ende“, ständen sich die Jahre 1648 und 1848 gegenüber, hieß es, womit zeittypisch ein innerer Zusammenhang zwischen Westfälischem Friedensschluss und dem als nationalpolitische Misere empfundenen Hier und Jetzt im Deutschen Bund konstruiert wurde.

FAULER WESTFÄLISCHER, WAHRER FRANKFURTER FRIEDE

Angesichts der historisch überkommenen, tiefgreifenden gesellschaftlichen Segmentierung aus partikularstaatlichen und dynastischen Bindungen sowie konfessionellen Prägungen beanspruchte die bürgerliche Verfassungsbewegung das Recht zur „nationalen Reparatur“ für sich. In der Paulskirche sollte anstelle des von Fürsten

ausgehandelten „faulen“ Westfälischen der vom Volk zu verhandelnde „wahre“ Frankfurter Frieden begründet werden. Das war das nach innen gerichtete emanzipatorische Programm. Nach außen sollte nichts weniger als das Jahr 1648 – und das hieß im Verständnis der Epoche: der Zerfall des Reiches und die nationale Schmach und Schwäche gegenüber einem „übergriffigen“ Ausland – aus der deutschen Geschichte „getilgt“ werden. Die Nation sollte zu neuer Macht und Größe gelangen. Dem Gedenken an den Westfälischen Frieden kam im Moment des „Völkerfrühlings“ also keine friedensstiftende Funktion zu. Vielmehr wirkte die Erinnerung im Kontext des europäischen Aufbruchs der Nationen aggressiv nach außen.

FUNKTION EINES TOTSCHLAGARGUMENTS

Die Doppelaufgabe, Freiheit *und* Einheit zu schaffen, überforderte die Paulskirche bekanntlich – vor allem wegen der ungeklärten Rolle beider deutschen und zugleich europäischen Mächte Preußen und Österreich. Es gelang nicht, die binnennationalen Konflikte parlamentarisch einzuhegen. Die Anhänger einer entweder kleindeutsch-preußischen oder aber großdeutsch-habsburgischen Ordnung standen sich am Ende in zwei Lagern derart kompromisslos gegenüber, dass von einem „kalten Bürgerkrieg“ gesprochen werden kann. Im Zuge des sich im Frühjahr 1849 dramatisch zuspitzenden Verfassungstreits darüber, was eigentlich zu Deutschland gehört und wer an die Spitze des neuen Staates treten sollte, wurde der Dreißigjährige Krieg als Steinbruch für

Argumente zum Gegenstand der politischen Kontroverse. Hier ging es um historische Schuld – und um Geschichtserzählungen, die zukünftige Herrschaftsansprüche legitimieren sollten.

Vereinfacht gab es zwei Spielarten der Erinnerung an den Dreißigjährigen Krieg: So konnte entweder das Bild einer „Art Armageddon der deutschen Geschichte“ wachgerufen werden, wie es der Historiker Nikolaus Buschmann treffend bezeichnet hat. Das zielte mit der Warnung vor den Folgen deutscher Zwietracht auf ein einiges Deutschland, quasi als homogene Leidensgemeinschaft. Es hatte die Funktion eines Totschlagarguments, mit dem sich quasi jeder den Status quo verändernde Vorschlag als die Ordnung gefährdend desavouieren ließ.

ÜBERSTIEIGERTE KRISENMENTALITÄT

Dem gegenüber stand ein Geschichtsverständnis, das den Dreißigjährigen Krieg zur historischen Berufungsinanz erkor, um den preußisch-protestantischen Führungsanspruch als geschichtliche Notwendigkeit zu legitimieren. Was mit der Reformation begonnen habe und im Dreißigjährigen Krieg gegen Habsburg und Rom verteidigt worden sei, harre nun der nationalen Durchsetzung. Das war eine bis in liberale Kreise anschlussfähige Erzählung. Der mit der Reformation gewonnenen Freiheit des Geistes habe nun die politische Freiheit zu folgen. Sieg- und Niederlagengeschichten des Dreißigjährigen Krieges – zumeist gedeutet als protestantisch-deutscher Befreiungskampf – liefern das historische Anschauungsmaterial,

um in der politischen Auseinandersetzung der eigenen Kraftretorik Nachdruck zu verleihen.

Krieg war in der öffentlichen Debatte des 19. Jahrhunderts omnipräsent. Dabei erlebten die Deutschen einen lang gewahrten „bewaffneten Frieden“, wie es hieß – eine Art „Kalten Krieg“ *avant la lettre*, der auf einem prekären Mächtegleichgewicht in Europa beruhte und zu dem das gewaltgestützte Bewahren der alten Herrschaftsverhältnisse gegenüber Partizipationsansprüchen aus der Gesellschaft trat, vor allem des aufbegehrenden Bürgertums. Obwohl in der Mitte Europas die Anwendung von Gewalt begrenzt blieb, erst recht gemessen an der fortgeschrittenen Militärtechnik, wie sie der Krimkrieg (1853–1856) und der amerikanische Bürgerkrieg (1861–1865) vor Augen führten, bemächtigte sich öffentlicher Meinungseliten eine übersteigerte Krisenmentalität – mithin das Gefühl, in einem latenten Kriegszustand zu leben.

DER „PRINZIPIENKRIEG“

Dabei stand ein Begriff im Raum: der „Prinzipienkrieg“. Er reflektiert unser Verständnis vom 19. Jahrhundert als Zeitalter der Ideologien. Zeitgenössisch stellte er die rhetorische Klammer für ganz unterschiedliche Imaginationen vom Krieg dar. Darin fanden die vielfältigen Gesellschaftskonflikte Ausdruck: die politisch-ideologischen, die sozialen und nicht zuletzt die virulenten religiös-konfessionellen. Unser Verständnis von Krieg als wesentlichem Vehikel zur nationalen Identitätsstiftung ist in Deutschland deshalb immer auch auf die Angst vor dem

Bürgerkrieg zu akzentuieren – als eine der lang anhaltenden Wirkungen der Gewalterfahrungen im Zeitalter der Glaubenskriege. Dass immer wieder Bilder vom Dreißigjährigen Krieg wachgerufen wurden, um diese Kriegsvorstellungen historisch zu unterlegen und auf diese Weise zu dramatisieren, hatte auch mit dem Gefühl zu tun, von einem feindlichen Ausland eingekreist zu sein. Diese Sorge musste sich den Zeitgenossen geopolitisch geradezu aufzwingen, denn die geografische Mittellage schien Deutschland zum potenziellen Schlachtfeld für die Kämpfe der europäischen Nationen zu prädestinieren.

MACHPOLITISCHE MOTIVATION

Mehr noch: Es gehörte zum geschichtlichen Erfahrungsschatz der Deutschen. Dazu kam die machtpolitische Schwäche, die aus der Staatenvielfalt entsprang und zu Bündnissen mit auswärtigen Mächten verleitete – nicht zuletzt die besondere Stellung Österreichs und Preußens als eigenständige europäische Mächte.

Einen Höhepunkt erlebten die Bezüge auf den Dreißigjährigen Krieg deshalb im Deutsch-Deutschen Krieg 1866, als der latente Konflikt zwischen dem „katholischen“ Habsburg und „protestantischen“ Preußen in eine offene gewaltsame Auseinandersetzung der rivalisierenden Mächte eskalierte. Der Krieg war zwar machtpolitisch motiviert und blieb militärisch eingehegt; in der öffentlichen Debatte dominierte allerdings das Bild vom Prinzipienkrieg, griff die Sorge vor einem enthegten, spezifisch deutschen Bürgerkrieg um sich: als Mischung aus

„Bruderkrieg“, Staatenkrieg und Konfessionskrieg, verstärkt noch durch Vorstellungen von Deutschland als „Dreschente“ des Auslands – und in der pro-preußischen Kriegspropaganda zusätzlich radikalisiert mit rassistischen Verweisen auf das multiethnische Habsburgerreich.

KÖNIGGRÄTZ – ABSCHLUSS DES DREISSIGJÄHRIGEN KRIEGS?

Während militärisch der Rubikon zur Totalisierung des Kriegs noch nicht überschritten wurde, wie die Forschung betont, hatten Teile der politischen Öffentlichkeit diesen Schritt längst getan. In der öffentlichen Debatte 1866 wurde die Auseinandersetzung zum Kampf um Sein oder Nichtsein der Nation stilisiert, wurde in unversöhnlicher Härte zum „Vernichtungskampf“ aufgerufen.

Die erstaunliche religiöse Überfrachtung der Auseinandersetzung ist dabei bemerkenswert aktuell. Nation und Religion waren eben keineswegs sich gänzlich ausschließende Antipoden, wie es das verbreitete Verständnis des Nationalismus als „Ersatzreligion“ oder als „säkulare“ und „politische Religion“ nahelegt. Nation und Religion bedingten einander und durchdrangen sich wechselseitig – das gilt vor allem für die protestantisch-preußische Seite.

Mochten gegnerische Stimmen auch noch so sehr auf den Duellcharakter der Auseinandersetzung verweisen oder die dynastischen Interessen in den Kriegszielen anprangern: Preußische und protestantische Meinungsführer bewerteten die Ereignisse als Prinzipienkrieg. „In der Schlacht bei Königgrätz hat endlich der

Dreißigjährige Krieg seinen Abschluß gefunden“, jubelte in Berlin die *Protestantische Kirchenzeitung für das evangelische Deutschland* über den Kriegsausgang, der die Weichen in Richtung eines preußisch geführten Deutschlands gestellt hatte, „der nationale Gedanke und der Protestantismus haben gesiegt.“ Unter Preußens Führung könne sich die nunmehr selbstständige deutsche Nation durchweg nach protestantischen Grundsätzen gestalten. Damit gab das Blatt eine verbreitete, bis in liberale Kreise hinein mitgetragene Deutung wieder.

Der Versuch, religiöse Gefühle mit dem Griff in die Asservatenkammer des Dreißigjährigen Krieges politisch auszubuten, blieb ein Phänomen der Propaganda – auch wenn 1866 vereinzelt über Kirchenschändungen und Gewalt gegen katholische Priester berichtet wurde. Religion war längst zur Ideologie geworden – so wie sie auch heute oftmals ein Vehikel zur Durchsetzung machtpolitischer Ansprüche ist und vielfach dazu dient, weltliche Interessen oder soziale und kulturelle Verwerfungen zu kaschieren – das allerdings erschreckend wirkungsvoll, damals wie heute.

TRAGIKSTOLZ AUF DEUTSCHES UR-TRAUMA

Eliten der Nationalbewegung pflegten in der Erinnerung an den Dreißigjährigen Krieg als deutsches Ur-Trauma eine Art Tragikstolz. Die territoriale Zersplitterung und die als demütigend empfundene Schwäche des Deutschen Bundes lösten nationale Minderwertigkeitsgefühle aus. Hinzu traten Einkreisungängste

gegenüber dem Ausland. Beides mischte sich mit einer spezifisch deutschen Hybris – einem Sendungsbewusstsein, das sowohl aus einem von der historischen Wirklichkeit weit entfernten, als Phase nationaler Einheit und Größe verklärten Bild des mittelalterlichen Reiches als auch von der Reformation abgeleitet sein konnte.

Eindrücklich zeigt sich am Beispiel der Geschichtspolitik mit dem Dreißigjährigen Krieg, wie nachhaltig sich die Erfahrungen extremer Gewalt und nicht verarbeiteter Schuld auf die politische Kultur in der nationalen Findungsphase auswirkten. Mit den Weltkriegen im 20. Jahrhundert und den deutschen Verbrechen trat an seine Stelle eine neue Katastrophenerfahrung, folgenreich für die nationale Identität und die staatliche Einheit. Mit ihr stellte sich die Schuldfrage neu – und ihre Beantwortung war eindeutig. Hitler, der – glaubt man den Tagebucheintragen Joseph Goebbels' 1938/39 – als „ganz großes Ziel“ die „restlose Liquidation“ des Westfälischen Friedens anstrebte, riss mit dem Untergang seines

„Dritten Reichs“ auch den Reichsmythos, der den deutschen Nationsgedanken nachhaltig geprägt hatte, mit in den Orkus der Geschichte. Damit verschwand auch ein wesentlicher Bezugsrahmen für die geschichtspolitische Brisanz des Dreißigjährigen Krieges. Seine innenpolitisch spaltende Wirkung hat die Erinnerung an diesen Krieg völlig verloren.

INSPIRIERENDE BEZUGSPUNKTE

Geblieben ist die düstere Faszination für das dreißig Jahre währende Gemetzel, für den vielschichtigen Krieg in Europa, den es trotzdem zu beenden gelang. Das Zeitalter der Ideologien und Glaubenskämpfe ist nicht vorbei. Angesichts einer multipolaren Welt mit fragiler Ordnung und wachsendem Neonationalismus bleiben der Dreißigjährige Krieg und der Westfälische Friede hochaktuell und in einem veränderten Erinnerungsrahmen inspirierende Bezugspunkte.

„Marke Bibi“

Benjamin Netanjahu im Lichte neuer Biographien

BASTIAN MATTEO SCIANNA

Geboren 1987 in Worms, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Militärgeschichte / Kulturgeschichte der Gewalt an der Universität Potsdam.

Neill Lochery: *The Resistible Rise of Benjamin Netanyahu*, Bloomsbury, London 2016, 400 Seiten.

Ben Caspit: *The Netanyahu Years*, Thomas Dunne Books, New York 2017, 512 Seiten.

Anshel Pfeffer: *Bibi. The Turbulent Life and Times of Benjamin Netanyahu*, Basic Books, New York 2018, 432 Seiten.

Der 17. Juli 2019 könnte ein historischer Tag werden: Blicke Benjamin Netanjahu bis zu diesem Zeitpunkt Premierminister, wäre er einen Tag länger im Amt als David Ben-Gurion, der Gründungsvater des Staates Israel. Trotz dieses bemerkenswerten Faktums hält sich das Interesse an einer eingehenden Beschäftigung mit „Bibi“, wie Netanjahu überwiegend genannt wird, in Grenzen. In Deutschland wird er meist als lautstark polternder außenpolitischer Falke oder als korrupter Machtmensch wahrgenommen, doch ausführlichere Porträts oder gar eine deutschsprachige Biographie sucht man vergebens. Im englischsprachigen Raum wurden dagegen in

jüngster Zeit drei Biographien veröffentlicht: von den Journalisten Ben Caspit und Anshel Pfeffer sowie von Neill Lochery, einem in London lehrenden Professor für die Geschichte des Nahen und Mittleren Ostens.

Die drei Autoren nähern sich dem „political animal“ Netanjahu in einer chronologischen Herangehensweise, um seinen Werdegang und seine Überzeugungen besser begreiflich zu machen. Sie beginnen mit seinem Großvater, Rabbi Nathan Mileikowsky, auf den Netanjahu selbst häufig verweist, wohl auch, um seinem säkularen Lebensstil eine Aura der Religiosität zu verleihen. Nach dem Zusammenbruch des russischen Zarenreichs emigrierte Mileikowsky 1920 in das britische Mandatsgebiet Palästina und änderte dort den Familiennamen in „Netanjahu“. Auch sein Vater Benzion, Anhänger der „Revisionistischen Zionisten“, die sich gegen die mehrheitlich sozialistisch geprägten Zionisten stellten, spielte eine bedeutende Rolle für Netanjahu. Als Gelehrter wurde er nie Teil der israelischen Wissenschaftselite und fristete, zwischen den USA und Israel pendelnd, ein Außenseiterdasein. Alle Biographen kommen zu dem Schluss, dass Benzion seine Überzeugungen des ultrakonservativen Zionismus an seinen zweitgeborenen Sohn weitergab und dieser in Ehrfurcht vor seinem Vater bis zu dessen Tod im Jahre 2012 geradezu erstarrte.

Dennoch war Netanjahu lange Zeit nicht als „Thronfolger“ der Familie vorgesehen, sondern sein von ihm innig geliebter Bruder Yonatan. „Yoni“ starb bei der Befreiung israelischer Geiseln in Entebbe (Uganda) 1974, nachdem Benjamin ihn überredet hatte, seinem Beispiel zu folgen und auch Teil der *Sayeret Mat-*

kal, einer Spezialeinheit der israelischen Streitkräfte, zu werden. Der Tod seines Bruders hievte ihn nicht nur in die Rolle des „Erstgeborenen“, auf dem die Hoffnung des Vaters ruhte, sondern hinterließ tiefe Spuren, wie vor allem Ben Caspit detailliert nachzeichnet. Netanjahu veröffentlichte den Briefwechsel mit seinem Bruder und gründete einen nach ihm benannten sicherheitspolitischen Thinktank. Netanjahu bewahrte damit das Andenken seines Bruders und präsentierte sich zugleich als Intellektueller.

BESCHÜTZER DES BELAGERTEN ISRAEL

Nachdem er den Großteil seiner Kindheit in den USA verbracht hatte, diente Netanjahu fünf Jahre in der Eliteeinheit *Sayeret Matkal* und zeichnete sich mehrfach in Gefechten aus. Ab 1972 studierte er an der US-amerikanischen Eliteuniversität MIT (Massachusetts Institute of Technology) und verfolgte anschließend eine erfolgreiche Karriere als Unternehmensberater. Doch der Tod des geliebten Bruders beendete diesen Lebensweg abrupt, und es folgte eine Schlüsselentscheidung für seine spätere politische Karriere, wie Lochery resümiert: 1982 akzeptierte Netanjahu das Angebot, Leiter der Abteilung Politik in der israelischen Botschaft in Washington zu werden – die wichtigste Position nach dem Botschafter. Zwischen 1985 und 1988 stieg er zum israelischen Vertreter bei den Vereinten Nationen auf. Alle Biographen stimmen darin überein, dass sich während dieser Zeit, im Amerika des Neokonservatismus und des Medienpräsidenten Ronald Reagan, Netanja-

hus Politikstil und -verständnis herausbildete.

Seit seinem Einstieg in die israelische Politik 1988 wurde er mit amerikanischen Wahlkampfmethoden und einem medienwirksamen Auftreten assoziiert. Trotzdem blieb er in der konservativen Likud-Partei zunächst ein Außenseiter. Er erschien, wie alle Biographen betonen, wie ein Amerikaner oder wie ein amerikanisierter Politiker in einem fremden Land. Dennoch gelang Netanjahu ein rasanter Aufstieg: Von 1988 bis 1990 war er stellvertretender Außenminister während der blutigen Intifada und avancierte später zum vehementen Gegner des Osloer Friedensprozesses. Seine stillschweigende Unterstützung für scharfe Protestaktionen gegen den auf Kompromisse zielenden sozialistischen Premier Jitzchak Rabin führte dazu, dass Netanjahu eine Mitschuld an dessen Ermordung im November 1995 zugeschrieben wurde. Netanjahu gewann dennoch die nachfolgende Wahl (durch einen pragmatischen Schwenk in die politische Mitte) und wurde 1996 zum jüngsten Premierminister in der Geschichte Israels gewählt.

Es folgten vier chaotische und glücklose Regierungsjahre: Die Liberalisierung der Marktwirtschaft (nach dem Vorbild Reagans) scheiterte, insgesamt war die Amtszeit von Skandalen gekennzeichnet – so das unisono vorgetragene Urteil der Autoren. Doch am Ende, auch hierin stimmen die Biographen überein, stand Netanjahus unbestrittene Fähigkeit zur politischen Wiederauferstehung: Er gestand öffentlich seine Fehler ein und wurde 2003, trotz der Widrigkeiten der zweiten Intifada, erfolgreicher Finanzminister unter Premierminister Ariel Scharon. Als er sich gegen dessen Pläne zum Rückzug aus Gaza und dem Westjordanland stellte,

gründete der sehr populäre Scharon eine neue Partei, erlitt jedoch wenig später einen Schlaganfall – der, wie Ben Caspit zynisch bemerkt, zweite „Rabin-Moment“ für Netanjahu, da ihm diesmal eine Mitschuld am Gesundheitszustand Scharons angelastet wurde. Auch diesen kritischen Moment überstand Netanjahu, und es gelang ihm, den desaströsen Libanonkrieg 2006 für sein Comeback als „Mr. Security“ und Beschützer des „belagerten Israels“ zu nutzen, was 2009 in seine bis heute andauernde Regierungszeit mündete.

BELIEBIGER PRAGMATISMUS?

Wie lässt sich eine solche politische Achterbahnfahrt erklären? Besonders Pfeffer und Lochery betonen, dass Netanjahu Ängste der Bevölkerung bedient und ein Mann der Krise ist. Netanjahu zeigt hier seine Stärken – obwohl er nicht selten, wie Caspit betont, in Fragen der Anwendung militärischer Mittel ein Zauderer ist – ein Befund, der das in Deutschland gängige Netanjahu-Bild zurechtrücken sollte. Nicht dogmatische Verblendung, so Caspit, sondern beliebiger Pragmatismus charakterisiert demnach Netanjahu.

Als Paradebeispiel nennt er die Freilassung von über tausend palästinensischen Häftlingen, unter ihnen viele verurteilte Terroristen, im Austausch für den entführten israelischen Soldaten Gilad Schalit. Netanjahu habe aus rein machtpolitischen Interessen und Narzissmus gehandelt, stets mit einem Auge auf die Wählergunst schielend. Diese oft unvorhersehbare Macht- beziehungsweise persönliche Interessenpolitik führe nicht selten zu fast paranoiden Verhaltensmustern

in seinem unmittelbaren Umfeld, das weiterhin von Skandalen und Korruptionsvorwürfen überschattet wird. Die drei Autoren sind sich einig, dass Netanjahu sich zu einer „Marke“ entwickelt habe. Auch wenn die Mehrheit der Israelis ihn nicht liebt, halten sie ihn – auch mangels Alternative – für die beste Wahl, um die Sicherheit Israels zu gewährleisten.

FRIEDEN IN NAHOST KEIN GESELLENSTÜCK

Caspit zieht dennoch ein negatives Resümee aus Netanjahus Politik seit 2009, vor allem in Bezug auf die Beziehungen zu den USA, dem Iran und den Palästinensern. Man sollte diese Themen jedoch vergleichend betrachten: Frieden in Nahost und der richtige Umgang mit dem Iran sind keine Gesellenstücke. Die Autoren lassen häufig einen Seitenblick auf die internationale Großwetterlage und die einschneidenden Umwälzungen der letzten Jahre vermissen: Der Arabische Frühling stellte Israel vor gewaltige Herausforderungen und gefährdete viele, in langjährigen Prozessen gewonnene Sicherheitsgarantien. Zudem saß mit Präsident Barack Obama ein Intimfeind Netanjahus im Weißen Haus. Obama reagierte chaotisch auf den Arabischen Frühling und ordnete seinem Wunsch nach einem Atomabkommen mit dem Iran vieles, wenn nicht gar alles, unter. Pragmatismus und Flexi-

bilität waren daher wahrlich keine negativen Eigenschaften für einen israelischen Premierminister.

SPANNUNGSGELADENE BEZIEHUNG ZU DEN MEDIEN

Es bleibt festzuhalten, dass Benjamin Netanjahu – trotz seiner Rhetorik und wahltaktischer Bedienung von Ängsten – sein Land nie in längere militärische Auseinandersetzungen verwickelte und stets vor großen Kriegen zurückschreckte, nicht zuletzt aus wirtschaftspolitischen Motiven. Die wirtschaftliche Liberalisierung Israels, die das Land aus der sozialpolitischen Lethargie führte und dabei auch viele Likud-Stammwähler verprellte, ist eine weitere Errungenschaft Netanjahus.

Der durchweg negative Unterton der Biographien überrascht nicht, wenn man die Hintergründe der Autoren genauer betrachtet und Netanjahus oft spannungsgeladene Beziehung zu den Medien im Kopf behält: Caspit schreibt vor allem in der Likud-kritischen *Maariv* und Pfeffer in der linksliberalen *Haaretz*. Es bleibt zu hoffen, dass diesen journalistischen Arbeiten auch quellenbasierte, nüchternere Studien folgen. Dass diese in Deutschland ihren Ursprung haben werden, erscheint unwahrscheinlich, doch selbst die hier besprochenen Werke können hierzulande zu einem differenzierteren Bild Netanjahus beitragen.

Die Zukunft der Wirtschafts- und Währungsunion

Bausteine eines Package Deals zur Reform des Euroraums

CHRISTIAN CALLIESS

Geboren 1964 in Düsseldorf, Professor für Öffentliches Recht und Europarecht an der Freien Universität Berlin (seit 2015 beurlaubt), Rechtsberater des European Political Strategy Center (EPSC) des Präsidenten der Europäischen Kommission.

Mit der weltweiten Finanzkrise und der durch sie befeuerten Krise im Euroraum wurde deutlich, dass der mit dem Vertrag

von Maastricht 1992 angestoßene Euroraum ein „Schönwetterraum“ geblieben ist, der auf stürmische Zeiten nicht genügend vorbereitet war und es – trotz aller Reformbemühungen der vergangenen Jahre – auch noch nicht ist. Es hat sich gezeigt, dass die bloße Koordinierung der nationalen Wirtschaftspolitiken nicht ausreicht, um die aufgrund der bestehenden monetären und wirtschaftlichen Verflechtungen in einer Währungsunion notwendige wirtschaftspolitische Anpassung

an die gemeinsame Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) zu ermöglichen. Der regelbasierte Ansatz im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) stößt aus Gründen der Praktikabilität und aus politischen Gründen oftmals an seine Grenzen. Es gilt, daraus Konsequenzen zu ziehen, ohne dabei den regelbasierten Ansatz aufzugeben. Ergänzend dazu sollte eine Mischung aus institutioneller Kontrolle und finanziellen Anreizen angestrebt werden.

Jede Reform der Wirtschafts- und Währungsunion hat sich an den vertraglichen Leitprinzipien zu orientieren. Zu diesen Leitprinzipien gehören nicht nur die genannten Verfassungsprinzipien der Solidarität, der Subsidiarität und der Demokratie, sondern auch die spezifischen vertraglichen Leitprinzipien der Wirtschafts- und Währungsunion, konkret die der Stabilität und Konditionalität. Sie definieren den Rahmen, in den sich jeder Reformvorschlag in einem fruchtbaren Zusammenspiel mit den jeweils anderen Leitprinzipien einpassen muss.

STABILITÄTSPRINZIP IST GESCHÄFTSGRUNDLAGE

Zunächst könnten im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts mitgliedstaatliche Ausgaben, die mit der Umsetzung vorab definierter europapolitischer Prioritäten korrespondieren oder aus diesbezüglichen nationalen Sonderbelastungen resultieren, stärker berücksichtigt werden.

Ganz in diesem Sinne könnten auch die bestehenden europäischen Strukturfonds im Rahmen des anstehenden Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) nach 2019

in der Weise neu ausgerichtet werden, dass nicht nur die Einhaltung rechtsstaatlicher Mindeststandards gefordert ist, sondern auch die Umsetzung von im Rahmen des Europäischen Semesters identifizierten Strukturreformen durch finanzielle Anreize unterfüttert wird.

Die Wirtschafts- und Währungsunion ist vertraglich als Stabilitätsgemeinschaft konstruiert. Das Stabilitätsprinzip ist – wie das Bundesverfassungsgericht bereits in seinem Maastricht-Urteil zu Recht hervorgehoben hat – ihre Geschäftsgrundlage. Im Lichte dieses Prinzips ist Solidarität erlaubt und – zumindest aus europarechtlicher Sicht – sogar geboten, wenn die Stabilität des Euroraums in seiner Gesamtheit gefährdet ist. Jedwede solidarische Hilfen sind aber nur zulässig, wenn sie dazu dienen, die durch einen Mitgliedstaat gefährdete Stabilität des Euroraums wiederherzustellen. An dieser Stelle kommt dem Konditionalitätsprinzip eine Brückenfunktion zu, indem es das Zusammenspiel von Stabilitäts- und Solidaritätsprinzip ausgestaltet. Konditionalität gewährleistet, dass finanzielle Hilfen allein dazu dienen, Reformen zu ermöglichen, die mittelfristig die Stabilität des Euroraums gewährleisten.

Unter dem Aspekt wechselseitiger Solidarität ist es deswegen legitim, wenn die Europäische Union (EU) grundlegende Reformprozesse in den Mitgliedstaaten in Ergänzung eines regelbasierten Ansatzes durch finanzielle Anreize unterstützt und erleichtert, diese dann aber an die Einhaltung von vereinbarten Bedingungen, Auflagen und Regeln koppelt.

Zunächst kann dem Prinzip der Konditionalität dadurch entsprochen werden, dass jedweder Zugang zu Instrumenten der Solidarität an die Einhaltung der Regeln

der Wirtschafts- und Währungsunion (konkret an den Stabilitäts- und Wachstumspakt, das Europäische Semester sowie die Mindeststandards der Rechtsstaatlichkeit) gekoppelt ist.

Insoweit Finanzmittel aus den genannten Fonds zur Umsetzung von politischen Prioritäten oder Reformen an einen Mitgliedstaat fließen, ist eine konkrete Vereinbarung zwischen Mitgliedstaat und EU in Form eines Partnerschaftsabkommens zu schließen.

NO-BAIL-OUT-KLAUSEL

Institutionen der Kontrolle (etwa in Form eines Netzwerks Europäischer Wettbewerbs- und Stabilitätsräte oder vermittelt über einen Europäischen Währungsfonds) müssen von der Politik unabhängig agieren können. Ihre auf Expertise gestützte Bewertung dient primär dazu, die demokratisch legitimierten politischen Entscheidungsträger (sei es die Kommission, die Eurogruppe, ein Europäischer Wirtschafts- und Finanzminister oder eine Europäische Wirtschaftsregierung) begründungspflichtig und rechtfertigungspflichtig zu machen.

Die Abweichung von ihrer Bewertung sollte im politischen Prozess an qualifizierte Mehrheiten oder sogar Einstimmigkeit in den politischen Organen geknüpft werden. In jedem Fall stellen ihre Bewertungen eine solide und robuste Grundlage für die am Finanzmarkt zu treffenden Entscheidungen dar, wodurch die Rolle der *No-bail-out*-Klausel gestärkt würde. Im Bereich institutioneller Kontrolle geht es nicht nur um Aufsicht, sondern auch um ein verbessertes „Ownership“ hin-

sichtlich der notwendigen Reformen in den Mitgliedstaaten. In diesem Rahmen müssen Verfahren der Zusammenarbeit entwickelt werden, die vom Informationsaustausch bis hin zu einer fachlichen, personellen oder technischen Unterstützung durch die europäische Ebene – etwa nach dem Vorbild des *Structural Reform Support Service* (SRSS) der Europäischen Kommission – reichen können.

Im Prinzip der Subsidiarität spiegelt sich zunächst das Prinzip der Eigenverantwortlichkeit. Letztere spielt vor allem mit Blick auf die mitgliedstaatliche Haushaltspolitik und damit die Budgethoheit der nationalen Parlamente eine maßgebliche Rolle. Im Staaten- und Verfassungsverbund der EU geht es ebenso wenig wie in der Wirtschafts- und Währungsunion um die Zentralisierung der Wirtschafts- und Fiskalpolitik. Vielmehr geht es um eine europäische Überformung nationaler Politiken und eine graduell abgestufte Verzahnung dieser mit der europäischen Ebene. Insoweit kommt es auf die verhältnismäßige Ausgestaltung an.

BESCHRÄNKUNG DER HAUSHALTSSOUVERÄNITÄT

Werden die rechtsverbindlichen Stabilitätskriterien durch einen Euromitgliedstaat verletzt, können die zuständigen europäischen Institutionen verbindliche Vorgaben für die sparsamere Gestaltung seines Haushalts machen, sofern diese abstrakt bleiben und nicht konkrete Eingriffe in bestimmte nationale Haushaltstitel einfordern.

Demgegenüber sind sogar konkrete Vorgaben im Hinblick auf diejenigen

Mitgliedstaaten der Eurozone zulässig, deren Haushaltssituation sich so weit von den für alle Eurostaaten verbindlichen Stabilitätskriterien entfernt hat, dass Nothilfen aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) erforderlich werden. Denn ein überschuldeter Mitgliedstaat, der unter den ESM schlüpft (sogenannter Programmstaat), hat nur noch die Wahl zwischen einem Staatsbankrott und der Inanspruchnahme von Nothilfen aus dem ESM. Mit der Entscheidung für die an Auflagen geknüpften Nothilfen aus dem ESM willigt der Empfängerstaat so gesehen autonom in eine Beschränkung seiner Haushaltssouveränität ein.

KLEINE VERTRAGSÄNDERUNG

Im Zuge einer Reform des Euroraums, die zu einer stärkeren Europäisierung der Wirtschafts- und Fiskalpolitik führt, kann demokratische Legitimation nicht allein durch das Europäische Parlament vermittelt werden. Mit Blick auf ihr Budgetrecht („Königsrecht“) sollten die nationalen Parlamente in jenen Politikfeldern eingebunden werden, die von der erforderlichen Übertragung neuer Kompetenzen (zum Beispiel in den Bereichen Fiskal-, Wirtschafts- und Sozialpolitik) auf die europäische Ebene betroffen sind. Insoweit gibt es verschiedene Varianten, die von einem aufschiebenden Vetorecht nationaler Parlamente bis hin zu einer Dritten Kammer oder einer Kombination dieser beiden Varianten reichen können.

Die Erfahrung des Verfassungsentwurfs von 2004 und des Vertrages von Lissabon 2009 haben gezeigt, dass eine umfangreiche Vertragsrevision politisch schwer zu verwirklichen ist. Jedoch bedarf es mit Blick auf die nachhaltige Krisenfestigkeit des Euroraums keiner großen Revision der Verträge nach dem Vorbild des Vertrags von Lissabon. Vielmehr könnte nach dem Vorbild der Einheitlichen Europäischen Akte von 1986, mit der das Weißbuch zur Vollendung des Binnenmarktes rechtlich und institutionell flankiert wurde, eine kleine Vertragsänderung vorbereitet werden, die aufgrund ihres technischen und die gegenwärtigen Verträge allein im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion vervollständigenden Charakters ohne die Notwendigkeit eines Verfassungskonvents und daher wohl auch ohne Referenden in den Mitgliedstaaten durchgeführt werden könnte.

Der vorliegende Beitrag beruht auf verschiedenen Papieren, die in den Sitzungen einer Reflexionsgruppe der Konrad-Adenauer-Stiftung zur Zukunft der Wirtschafts- und Währungsunion über das Jahr 2016 bis zum Juni 2017 vom Verfasser vorgestellt und zur Diskussion gestellt wurden. Der Beitrag gibt ausschließlich die persönliche Auffassung des Verfassers wieder und bindet in keiner Weise die Institution, der er angehört.

Literaturhinweis

Christian Calliess: Stabilität – Solidarität – Konditionalität: Bausteine eines Package Deals zur Reform des Euroraums, Arbeitspapiere zur Zukunft der Wirtschafts- und Währungsunion (I), Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin / Berlin, April 2018, 19 Seiten, online abrufbar unter www.kas.de/wf/de/33.52215/.

NEUERSCHEINUNGEN

Fislage, Franziska/Grabow, Karsten/Heinze, Anne-Sophie: Mit Haltung gegen Populismus. Erfahrungen aus Europa, Sankt Augustin/Berlin, Juni 2018, 57 Seiten.

Populistische Parteien in Europa haben beachtliche Wahlerfolge erzielt und den Parteien links und rechts der Mitte Wähler streitig gemacht. Vor diesem Hintergrund fragt die Studie, wie mit Attacken auf Toleranz, Weltoffenheit und ein geeintes Europa umzugehen ist.

Hüllen, Rudolf van: In Hamburg nichts Neues? „Antikapitalistischer“ Krawall und seine gesellschaftliche Wahrnehmung, Sankt Augustin/Berlin, Mai 2018, broschiert, 40 Seiten.

Die gesellschaftliche Debatte um die Ausschreitungen in Hamburg im Rahmen des G20-Gipfels ist noch nicht beendet. Die vorliegende Studie enthält konkrete Handlungsempfehlungen und Diskussionsvorschläge, denen der Autor eine Analyse der Struktur und Stärke der linksextremistischen Szene in Deutschland und der Ausschreitungen in Hamburg zugrunde legt.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (Hrsg.): „Paternalistisch sind schon die Internetkonzerne unterwegs.“ Staatsrechtslehrer Udo Di Fabio empfiehlt das Prinzip der Privatautonomie als Kompass für die Regulierung des Internets. Ein Interview, Sankt Augustin/Berlin, Juni 2018, broschiert, 20 Seiten.

Droht der digitalen Gesellschaft Kontrollverlust, weil Netz- und Digitalkonzerne die Steuerung übernehmen? Wie lassen sich Freiheits- und Persönlichkeitsrechte schützen, ohne dass ein neues Regulierungsdickicht entsteht? Der Bonner Staatsrechtslehrer Udo Di Fabio gibt Antworten und Anregungen, wie sich das Recht im Zeitalter von Internet und Digitalisierung behaupten kann.

Lange, Josef: Differenzierung und Diversifizierung – Herausforderungen für Hochschulen und Hochschulpolitik, Sankt Augustin/Berlin, Mai 2018, 31 Seiten.

Im Wintersemester 2017/18 waren etwa 2,848 Millionen Studierende in circa 19.000 verschiedenen Studiengängen an deutschen Hochschulen immatrikuliert. Mit Daten und Fakten gibt der Autor einen umfassenden Blick in eine differenzierte und diversifizierte Hochschullandschaft.

Schäfer, Matthias (Hrsg.): Der Gesetzesentwurf zur „Musterfeststellungsklage“. Ein Sammelband aktueller Beiträge, Sankt Augustin/Berlin, Juni 2018, Onlinepublikation, 139 Seiten.

Der Sammelband beleuchtet den Gesetzgebungsprozess zur Einführung einer Musterfeststellungsklage unter anderem aus der richterlichen Praxis, gibt Einblicke in die parlamentarische Sicht und zieht einen internationalen Vergleich.

Schebesta, Martin: Monitor Ordnungspolitik. Die Soziale Marktwirtschaft: Kompass für aktuelle Herausforderungen. Welche Parteien halten Kurs?, Sankt Augustin/Berlin, 2018, Onlinepublikation.

Die Soziale Marktwirtschaft hat sich als erfolgreiche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung bewährt. Anhand der Themen Freihandel, Europa- und Haushaltspolitik werden die Parteipositionen zur Sozialen Marktwirtschaft analysiert.

Zusammengestellt von Marianne Graumann, Teamleiterin Publikationen, Print und Qualitätssicherung.

PERSONALIA

Seit dem 1. Juli leitet *Michael Borchard* die Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik. Er übernimmt die Leitung von *Hanns Jürgen Küsters*, der in den Ruhestand geht.

Karsten Dümmel, zurzeit Auslandsmitarbeiter in Bosnien-Herzegowina, wird mit Wirkung zum 1. Januar 2019 neuer Leiter des Politischen Bildungsforums Saarbrücken. *Helga Bossung-Wagner* wird in den Ruhestand verabschiedet.

Das Team Politikdialog und Analyse aus der Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit wurde neu strukturiert und besteht seit dem 1. Juni 2018 aus drei Teams. Leiter des Teams Agenda 2030 ist *Winfried Weck*. *Sebastian Enskat* leitet das Team Globale Ordnung und Internationale Netzwerke. Das Team Außen-, Sicherheits- und Europapolitik wird von *Nils Wörmer* geleitet werden, der zum 1. September von seinem Auslandseinsatz für die Länder Syrien und Irak in die Zentrale der Konrad-Adenauer-Stiftung zurückkehrt.

Seit dem 1. Juli leitet *Johann Fuhrmann* das Auslandsbüro in der Mongolei, *Fabian Blumberg* das Auslandsbüro in Pakistan und *Stefan Jost* das Auslandsbüro auf den Philippinen.

Ein Service der Peking Ente Berlin.



**„REICHSKANZLEI
1870 BIS 1945 -
SEIT 1999: PEKING ENTE“**

Man kann sich nicht sicher sein, was der an historischer Stelle, am einstigen Standort der Reichskanzlei, aufgestellte „Service“ eines Restaurantbetreibers dokumentiert: die Inbesitznahme der Erinnerung durch den Tourismus oder den endgültigen Sieg über den Nationalsozialismus?

Foto: Juliane Liebers / KAS

Die nächste Ausgabe erscheint im Oktober 2018
zum Thema

Normal

Gibt es das noch?

Mit Beiträgen unter anderen von Jana Rückert-John,
Annette Widmann-Mauz, Holger Bonin und Martin Bujard.

IMPRESSUM

Nr. 551, Juli/August 2018, 63. Jahrgang, ISSN 0032-3446

DIE POLITISCHE MEINUNG



Konrad
Adenauer
Stiftung

Herausgegeben für die Konrad-Adenauer-Stiftung von

Wolfgang Bergsdorf, Hans-Gert Pöttering
und Bernhard Vogel

Begründet 1956 von

Otto Lenz und Erich Peter Neumann

Redaktion

Bernd Löhmann (Chefredakteur)
Ralf Thomas Baus (Redakteur)
Cornelia Wurm (Redaktionsassistentin)

Anschrift

Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin
Klingelhöferstraße 23, 10785 Berlin
Telefonnummer: (0 22 41) 2 46 25 92
Faxnummer: (0 22 41) 2 46 26 10
ralf.baus@kas.de
cornelia.wurm@kas.de
www.politische-meinung.de

Redaktionsbeirat

Alexander Brakel, Ulrike Hospes,
Paul Linnarz, Matthias Schäfer

Verlag und Anzeigenverwaltung

Verlag A. Fromm,
Postfach 19 48, 49009 Osnabrück
Telefonnummer: (05 41) 31 03 34
Faxnummer: (05 41) 31 04 11
C.Brinkmann@fromm-os.de

Herstellung

Druck- und Verlagshaus FROMM GmbH & Co. KG
Breiter Gang 10-16, 49074 Osnabrück

Konzeption und Gestaltung

Stan Hema GmbH
Agentur für Markenentwicklung, Berlin
www.stanhema.com

Bezugsbedingungen

Die Politische Meinung erscheint sechsmal im Jahr.
Der Bezugspreis für sechs Hefte beträgt 50,00 €
zzgl. Porto. Einzelheft 9,00 €. Schüler und Studenten
erhalten einen Sonderrabatt (25 Prozent). Die Bezugs-
dauer verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern
das Abonnement nicht bis zum 15. November eines
Jahres schriftlich abbestellt wird. Bestellungen
über den Verlag oder durch den Buchhandel.

Das Copyright für die Beiträge liegt bei der Poli-
tischen Meinung. Nicht in allen Fällen konnten
die Inhaber der Bildrechte ermittelt werden. Noch
bestehende Ansprüche werden ggf. nachträglich
abgegolten. Die Zeitschrift wird mitfinanziert durch
Zuwendungen der Bundesrepublik Deutschland.

HELMUT KOHL – FÜR DEUTSCHLAND. FÜR EUROPA

SONDERAUSGABE DER POLITISCHEN MEINUNG

MIT BEITRÄGEN U. A. VON
**GEORGE H. W. BUSH, ALFRED GROSSER, JEAN-CLAUDE JUNCKER,
KLAUS KINKEL, JULIA KLÖCKNER, CHARLOTTE KNOBLOCH,
NORBERT LAMMERT, SIR CHRISTOPHER MALLABY, ANGELA MERKEL,
WOLFGANG SCHÄUBLE, BERNHARD VOGEL**



ERHÄLTlich
IM ZEITSCHRIFTEN-
HANDEL, PER E-MAIL
ODER PER POST *

Juni 2018
5 Euro

Helmut Kohl hat deutsche
und europäische Geschichte
geschrieben. Zu seinem
ersten Todestag hat
„Die Politische Meinung“ vor
allem Weggefährten und nahe-
stehende Beobachter befragt,
für die Helmut Kohl längst
nicht Geschichte geworden ist.
Ihnen stehen seine „Lebendigkeit
und Mission“ (Martin Walser)
vor Augen. Sie neu zu entdecken,
kann in einer Zeit, in der erneut
viele in Bewegung gerät, nur
hilfreich sein – für Deutschland,
für Europa!

* Bestellung per Mail: politische-meinung@kas.de
Bestellung per Post: Redaktion Politische Meinung, Konrad-Adenauer-Stiftung, Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin

OSWIECIM-AUSCHWITZ

b. hitlerowski obóz zagłady.
Fragment obojowiska i wieża strażnicza.
The former 'Nazi extermination camp'.
Part of the enclosure and guard tower.
Ancien camp hitlerien d'extermination.
Ditail de l'ensemble et murador.

Das ehemalige Nazi-Vernichtungslager.
Fragment der Umzäunung und der Wachturm.

ОСВЕНЦИМ

Бывший концентрационный лагерь смерти.
Часть ограждения и сторожевой вышка.

Dr. A. Steinbach



BIBLIOTEKA WYDAWNICZEJ KUCHNI

WYDZIAŁ JAZBYCZONO

150

150



ul. Bentarmińska 55.



1992
1992
1992